Archivexemplar

Stenographisches Protokoll.

149. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

Freitag, den 24. November 1922.

Tagesordnung: 1. Bericht des Sonderausschusses zur Beratung der Genfer Konvention über die Vorlage der Bundesregierung (1225 der Beilagen), betreffend die in Genf unterzeichneten Protokolle (1280 der Beilagen). — 2. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses, betreffend die Vorlage der Bundesregierung (1258 der Beilagen) über die zur Aufrichtung der Staats- und Volkswirtschaft der Republik Österreich zu treffenden Maßnahmen (Wiederaufbaugesetz) (1281 der Beilagen). — 3. Bericht und Antrag des Sonderausschusses zur Beratung der Genfer Konvention, betreffend ein Bundesverfassungsgesetz über die Ausübung der außerordentlichen Vollmachten, die der Bundesregierung gemäß dem Genfer Protokolle Nr. III vom 4. Oktober 1922 eingeräumt werden (1282 der Beilagen).

Inhalt.

Personalien.

Abwesenheitsanzeigen (Seite 4725).

Nachruf des Präsidenten anläßlich des Hinscheidens des Abgeordneten Hans Laimer (Seite 4725).

Mitteilung des Präsidenten, betreffend das Auslieferungsbegehren des Bezirksgerichtes Bregenz gegen den Abgeordneten Hermann Hermann wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre — Zuweisung an den Verfassungsausschuß (Seite 4725).

Zuschrift des Bundeskanzleramtes,

betreffend das Handelsübereinkommen mit Polen (1276 der Beilagen [Seite 4725] — Zuweisung an den Ausschuß für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten [Seite 4768]).

Zuschriften der Bundesregierung,

betreffend die Gesetzentwürfe:

1. betreffend die Aufhebung von Preisnachlässen beim Bezuge von unveränderten Abdrücken der Katastralmappen (1277 der Beilagen [Seite 4726] — Zuweisung an den Ausschuß für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten [Seite 4768]);

2. über die Erhöhung der Geldstrafen im Verwaltungsstrafrechte (2. Verwaltungsstraferhöhungsgesetz) (1278 der Beilagen [Seite 4726] — Zuweisung an den Justizausschuß [Seite 4768]).

Handelsstatistischer Dienst.

Zuschrift des Bundesministeriums für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, betreffend die Publikation über den auswärtigen Handel Österreichs im ersten Halbjahre 1922 (Seite 4725).

www.parlament.gv.at

Verhandlungen.

Bericht des Sonderausschusses für die Beratung der Genfer Konvention über die Vorlage der Bundesregierung (1225 der Beilagen), betreffend die in Genf unterzeichneten Protokolle (1280 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Miklas [Seite 4726 und 4748], Bundeskanzler Dr. Seipel [Seite 4730], die Abgeordneten Dr. Renner [Seite 4733], Doktor Zeidler [Seite 4740], Dr. Deutsch [Seite 4747] — Annahme des Antrages des Sonderausschusses für die Beratung der Genfer Konvention [Seite 4750]).

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses, betreffend die Vorlage der Bundesregierung (1258 der Beilagen) über die zur Aufrichtung der Staats- und Volkswirtschaft der Republik Österreich zu treffenden Maßnahmen (Wiederaufbaugesetz) (1281 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Heinl [Seite 4753], Abgeordneter Eldersch [Seite 4755], Bundesminister für Finanzen Dr. Kienböck [Seite 4762]).

Ausschüsse.

Mitteilung des Präsidenten Seitz, betreffend die Niederlegung des Mandates als Mitglied, beziehungsweise als Ersatzmann im Finanz- und Budgetausschusse seitens des Abgeordneten Dr. Dinghofer, beziehungsweise Clessin (Seite 4768).

Ersatzwahlen des Abgeordneten Clessin als Mitglied und des Abgeordneten Dr. Hampel als Ersatzmann im Finanz- und Budgetausschusse (Seite 4769).

Zuweisungen:

1. 1273 und 1275 der Beilagen an den Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft (Seite 4768);

2. 1274 der Beilagen an den Ausschuß für soziale Verwaltung (Seite 4768).

Verzeichnis

der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen.

Anträge

1. der Abgeordneten Seitz, Dr. Adler, Eldersch und Genossen, betreffend eine Ergänzung des Bundesgesetzes vom 19. November 1920, B. G. Bl. Nr. 10, über die Geschäftsordnung des Nationalrates und eine Ergänzung der Geschäftsordnung des Nationalrates (1283 der Beilagen [Seite 4751] — Antrag des Präsidenten Dr. Dinghofer auf Vornahme der ersten Lesung [Seite 4751] — Annahme des Antrages [Seite 4751] — Redner: Abgeordneter Seitz [Seite 4751] — Zuweisung an den Verfassungsausschuß [Seite 4753]);

2. des Abgeordneten Bösch und Genossen, betreffend Zurückziehung der Vollzugsanweisung des Bundesministeriums für Volksernährung im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen vom 5. Oktober 1920, St. G. Bl. Nr. 471 (1285 der Beilagen);

3. des Abgeordneten Dr. Gimpl und Genossen, betreffend die Ausdehnung der Verordnung vom 20. September 1899, R. G. Bl. Nr. 175 (Aktienregulativ) auf Unternehmungen, welche Bank- und Kreditgeschäfte betreiben (1286 der Beilagen).

Anfragen

1. des Abgeordneten Dr. Hampel und Genossen an den Bundesminister für Finanzen, betreffend die Handhabung der Devisenordnung im österreichischen Grenzgebiete (Anhang I, 467/I);

2. der Abgeordneten Dr. Schönbauer, Lanner und Genossen an den Bundesminister für Inneres, betreffend das Verbot des Anzengruber-Stückes „Der Pfarrer von Kirchfeld" durch die Bezirkshauptmannschaft Waidhofen an der Thaya (Anhang I, 468/I);

3. der Abgeordneten Rieger, Dr. Bauer, Schulz und Genossen an den Bundesminister für Finanzen, betreffend eine Schadenersatzvergütung an den Schreibergartenverein „Landstraße" (Arsenalweg) (Anhang I, 469/I).

Zur Verteilung gelangen am 24. November 1922:

die Regierungsvorlagen 1271, 1272, 1277 und 1278 der Beilagen;

die Berichte des Finanz- und Budgetausschusses 1279 und zu 1281 der Beilagen;

die Anfragebeantwortung 204;

die Anträge 1268, 1273, 1274 und 1275 der Beilagen.

Beginn der Sitzung: 3 Uhr 15 Minuten nachmittags.

Vorsitzende: Präsident Dr. **Weiskirchner**, zweiter Präsident **Seitz**, dritter Präsident Dr. **Dinghofer**.

Schriftführer: **Seidel, Sever**.

Bundeskanzler: Dr. **Seipel**.

Vizekanzler und Leiter des Bundesministeriums für Inneres und Unterricht: Dr. **Frank**.

Bundesminister: Dr. **Grünberger** für Äußeres, Dr. **Waber** für Justiz, **Vaugoin** für Heereswesen, Dr. **Kienböck** für Finanzen, **Buchinger** für Land- und Forstwirtschaft und Leiter des Bundesministeriums für Volksernährung, **Kraft** für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, **Schmitz** für soziale Verwaltung, Dr. **Odehnal** für Verkehrswesen, Dr. **Schneider**, betraut mit der Führung der Angelegenheiten des Unterrichtes und des Kultus.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll über die Sitzung vom 14. November d. J. ist in der Kanzlei zur Einsicht für die Abgeordneten aufgelegen, unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Die Abgeordneten Scheffauer und Schoiswohl haben sich krank gemeldet.

Der Abgeordnete Kunschak hat seine Abwesenheit durch seine dringende Anwesenheit in der Gemeinderatssitzung entschuldigt.

Hohes Haus! Der Abgeordnete für den 16. Wahlkreis (Traunviertel), Hans Laimer, ist in der Nacht vom 23. d. M. eines plötzlichen Todes gestorben. *(Das Haus erhebt sich.)*

Von Beruf Holz- und Salinenarbeiter, ist Laimer, der auch der Gemeindevertretung von Ebensee und dem oberösterreichischen Landtag als Mitglied angehörte, im Dezember 1920 als Ersatzmann des in den Bundesrat entsendeten Abgeordneten Hafner in den Nationalrat eingetreten und hat hier die Interessen seiner Wähler aus dem Salzkammergute mit großem Eifer vertreten. Von Jugend auf in der Waldwirtschaft wohl bewandert, war er auch von der Tribüne dieses hohen Hauses aus ein beredter Anwalt der Forstarbeiter in wirtschaftlichen Fragen und trat auch in Angelegenheiten, die das Salinenwesen betrafen, mit Geschick und urwüchsigem Temperament als Redner auf.

Schon während des Krieges war er eifrig für die Approvisionierung seines Bezirkes tätig und trat mannhaft und unerschrocken für diese Volksinteressen ein.

Das öffentliche Wirken dieses lebhaften Mannes von natürlicher, frischer Ausdrucksweise, dessen gerades, offenes Wesen ihm vielseitige Sympathien erwarb, wird bei allen, deren er sich in ihren Nöten mit Rat und Tat annahm, in dankbarer Erinnerung bleiben. Auch wir wollen dem frühzeitig aus unserer Mitte gerissenen Kollegen ein freundliches Andenken bewahren.

Der sozialdemokratische Verband veranstaltet morgen, Samstag, 1/2 4 Uhr nachmittags, im Arbeiterheim Favoriten eine Trauerfeier, zu welcher die Kollegen eingeladen wurden.

Sie haben sich, geehrte Damen und Herren, zum Zeichen der Trauer von den Sitzen erhoben und damit Ihrer Zustimmung Ausdruck verliehen, daß diese Kundgebung dem amtlichen Protokoll der heutigen Sitzung einverleibt werde.

Das Bezirksgericht Bregenz ersucht um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Herrn Abgeordneten Hermann Hermann wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre.

Diese Zuschrift werde ich dem Verfassungsausschusse zuweisen.

Das Bundesministerium für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten hat im Sinne der in der Sitzung des Nationalrates vom 20. Oktober vorigen Jahres gefaßten Entschließung die vom handelsstatistischen Dienst des Bundesministeriums zusammengestellte Übersicht über den auswärtigen Handel Österreichs im ersten Halbjahr 1922 vorgelegt.

Diese Publikation wurde der Bibliothek einverleibt, wo sie den geehrten Abgeordneten zum Studium zur Verfügung steht.

Es sind Zuschriften eingelangt, mit denen die Einbringung von Vorlagen der Bundesregierung angekündigt wird; ich ersuche um Verlesung dieser Zuschrift.

Schriftführer **Sever** *(liest)*:

„Auf Grund Beschlusses der Bundesregierung vom 11. November l. J. beehrt sich das Bundeskanzleramt, das am 25. September 1922 in

Warschau unterzeichnete Handelsübereinkommen mit Polen samt dessen Beilagen A und B sowie dem dazu gehörigen Schlußprotokoll im französischen Originaltext samt deutscher Übersetzung, ferner den deutschen und den französischen Originaltext der Beilage C des Handelsübereinkommens *(1276 der Beilagen)* mit dem Ersuchen zu übermitteln, diesen Staatsvertrag der Behandlung gemäß Artikel 50, Absatz 1, B. V. G. zuzuführen.

„Erläuternde Bemerkungen" zu dieser Vorlage sind angeschlossen.

Das Bundeskanzleramt gestattet sich zu bemerken, daß der gleichfalls vereinbarungsgemäß als authentischer Text in Betracht kommende polnische Text der Beilage C des Handelsübereinkommens nachträglich vorgelegt werden wird.

Schließlich gestattet sich das Bundeskanzleramt namens der Bundesregierung um eine möglichst beschleunigte Behandlung dieser Vorlage im Nationalrate zu ersuchen.

Wien, 21. November 1922.

Im Auftrage:
Uebelhör."

„Auf Grund der mir in der Sitzung des Ministerrates vom 31. Oktober 1922 erteilten Ermächtigung beehre ich mich, den Entwurf eines Bundesgesetzes, betreffend die Aufhebung von Preisnachlässen beim Bezuge von unveränderten Abdrucken der Katastralmappen *(1277 der Beilagen)*, mit dem Ersuchen zu übersenden, diesen Entwurf als Vorlage der Bundesregierung der verfassungsmäßigen Behandlung zu unterziehen.

Wien, 18. November 1922.

Der Bundesminister:
Kraft."

„Auf Grund der mir in der Sitzung des Ministerrates vom 20. November 1922 erteilten Ermächtigung beehre ich mich, den Entwurf eines Bundesgesetzes über die Erhöhung der Geldstrafen im Verwaltungsstrafrechte (2. Verwaltungsstraferhöhungsgesetz) *(1278 der Beilagen)* mit dem Ersuchen zu übersenden, diesen Entwurf als Vorlage der Bundesregierung der verfassungsmäßigen Behandlung zu unterziehen.

Wien, 21. November 1922.

Der Vizekanzler als Leiter des Bundesministeriums für Inneres und Unterricht:
Dr. Frank."

Präsident: Diese Vorlagen werden geschäftsordnungsmäßig behandelt werden.

Wir gelangen nunmehr zur Tagesordnung.

Erster Punkt ist der Bericht des Sonderausschusses zur Beratung der Genfer Konvention über die Vorlage der Bundesregierung (1225 der Beilagen), betreffend die in Genf unterzeichneten Protokolle *(1280 der Beilagen)*.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Miklas; ich ersuche ihn, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter **Miklas:** Hoher Nationalrat! Am 11. Oktober legte die österreichische Regierung dem Nationalrat drei Protokolle vor, die zusammen mit ihren Annexen die sogenannte Genfer Konvention bilden, Protokolle, die der Bundeskanzler namens der Regierung der Republik Österreich am 4. Oktober 1922 zu Genf unterzeichnet hat. Sie bilden in ihrer Gesamtheit einen Staatsvertrag von sicherlich weittragender Bedeutung für unser Volk und Vaterland, einer Bedeutung, an der auch die Tatsache nichts zu ändern vermag, daß sich an ihre Publikation in Österreich eine überaus lebhafte Kontroverse nicht nur im Kreise der politischen Parteien knüpfte, sondern auch in den weitesten Bevölkerungskreisen ein scharfer Aufeinanderprall der Meinungen erfolgte über Wert und Bedeutung des Völkerbundpaktes sowie über die sich daraus für Österreich ergebenden politischen, finanziellen und wirtschaftlichen Folgen. Ein unbefangener Beobachter, ein kühler Beurteiler würde sich vielleicht, um das richtige Urteil zu gewinnen, unter anderem auch nach den Wirkungen fragen, die dieser Genfer Pakt für Österreich hatte, und zwar schon bisher hatte, noch bevor alle Bedingungen erfüllt sind und noch bevor die Ratifizierung selbst erfolgt ist. Ein solch unbefangener Beobachter müßte vor allem feststellen, daß zunächst das politische Vertrauen Europas in die österreichische Republik seit der Unterzeichnung der Genfer Protokolle ganz unverkennbar gestiegen ist, ja eigentlich erst wieder gewonnen wurde — ein sicheres Anzeichen für die günstige Beurteilung, die dieser Genfer Pakt draußen in der großen Welt in der Gemeinschaft der europäischen Kulturvölker gefunden hat. Er würde auch feststellen können, daß sich seit Abschluß der Genfer Konvention die finanzielle Lage Österreichs entschieden zum Besseren gewendet habe, daß die beängstigend rapide und schier unaufhaltsame Entwertung der Krone erfreulicherweise gehemmt sei, ja sogar, wie es das Fallen des Index und der Preisabbau beweisen, einer langsamen, allmählichen Aufwärtsbewegung Platz gemacht hat. Er müßte endlich auch feststellen, daß sich in der Stimmung

des österreichischen Volkes, die noch in den Sommermonaten eine nahezu verzweifelte war, außerordentlich viel zum Besseren gewendet habe, daß insbesondere das Vertrauen auf die Zukunft, das weiten Kreisen des österreichischen Volkes geschwunden schien, wieder hergestellt sei und hoffnungsvoller Zuversicht, die Rettung des Vaterlandes werde trotz allem doch gelingen, Platz gemacht hat.

Dieser moralische Erfolg des Genfer Werkes ist allein schon ein nicht hoch genug einzuschätzender Gewinn, und er ist vielleicht sogar höher zu schätzen als selbst die materiellen Wirkungen des Genfer Werkes.

Was ist nun der Inhalt dieses Paktes von Genf, daß er geeignet ist, solche Wirkungen auszulösen — auszulösen noch vor seiner Ratifizierung? Wer ist der Völkerbund, der uns diese Botschaft sendet, und was sagt uns Österreichern seine Botschaft? War es überhaupt notwendig, daß wir Österreicher nach Genf gingen, den Pakt zu erlangen und die Bedingungen für die Völkerbundhilfe so, *wie sie jetzt* vorliegen, anzunehmen, oder hätte es noch andere Wege gegeben, Österreich zu retten? Das sind Fragen von einschneidender Bedeutung, Schicksalsfragen für unser Volk, die eine klare Antwort erheischen, aber eine Antwort, frei von der Leidenschaft des Augenblicks, eine Antwort nach kühler Überlegung, getragen von tiefem sittlichen Ernst und gegeben im Bewußtsein der immensen Verantwortlichkeit für unser Volk und vor der Geschichte.

Wer also ist der Völkerbund, der uns aus Genf Botschaft sendet? Alle diejenigen, die den Vertrag bekämpfen oder aus Parteigegnerschaft seine Verwerfung fordern, sind vielleicht mit ihrer Antwort rasch zur Hand und sagen, der Völkerbund sei doch nichts anderes als ein Geschöpf des Siegerwillens derselben Mächte, die uns den Diktatfrieden von Saint-Germain auferlegten, er sei nichts anderes als ein geeignetes Instrument der Siegermächte zur Aufrechterhaltung ihrer Vorherrschaft auf dem Kontinent, er sei auch in seiner Zusammensetzung durchaus unvollständig, da gerade die Deutschen und Russen, die größten Völker auf dem europäischen Kontinent, darin nicht vertreten seien und Amerika sich bisher davon fernhalte. Mag an dieser Kritik des Völkerbundes auch manches wahr sein, mögen in der Geburtsstunde des Völkerbundes, bei den Vätern dieser Institution auch manche Motive mitbestimmend gewesen sein, die sich nachträglich im reinen Lichte der Geschichte nicht durchwegs als edel erweisen werden, so ist es doch gewiß, daß die Idee, welcher der Völkerbund seine Schöpfung verdankt, an sich eine erhabene ist, und daß der Völkerbund von heute, in dem ja nicht bloß die Siegermächte vertreten sind, sondern auch unser armes Österreich, auch die neutralen Staaten Europas, auch die uns so befreundete Schweiz, auch das jederzeit hilfsbereite Holland, auch die germanischen Nordstaaten usw., sich trotz mancher Schwierigkeiten und Mängel heute als etwas wesentlich anderes gibt, als er noch in seiner Geburtsstunde *gewesen* sein mag. Heute ist er trotz aller Mängel ein immerhin brauchbares, wenn auch gewiß noch unvollkommenes Forum über den Nationen der Erde, dem die Wahrung des Völkerfriedens und die Ausgleichung der Gegensätze bei auftauchenden Streitfällen anvertraut ist. Es ist ein übernationaler Areopag, dessen Bedeutung verschieden beurteilt werden mag, dessen Bestand aber auch für die besiegten Nationen der einzige Lichtpunkt ist in der Fülle harter und kaum zu ertragender Bestimmungen der aufgezwungenen Friedensverträge.

Dieser übernationale Areopag ist es nun, der uns die Botschaft sendet, die, kurz zusammengefaßt, besagt: Österreich, der ärmste Staat Europas, dieses arme Österreich, das man zum wehrlosen Krüppel geschlagen hat und das dem Untergange geweiht schien, dieses arme Österreich kann und soll gerettet werden, und zwar durch die Hilfe des Völkerbundes, wofern Österreich selbst es nur will. Wie dies geschehen soll, besagen uns die drei zu Genf am 4. Oktober 1922 unterzeichneten Protokolle, die innerlich zusammenhängen und samt ihren Annexen einen Staatsvertrag bilden.

Schon der Eingang des I. Protokolls stellt den Zweck der ganzen Genfer Aktion fest, zu dem sich unter der Ägide des Völkerbundes England, Frankreich, Italien und die Tschecho-Slowakei zusammengefunden haben. Sie wollen es unternehmen, „Österreich in seinem Werke der wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufrichtung zu helfen, einzig und allein im Interesse Österreichs und des allgemeinen Friedens und in Übereinstimmung mit den Verpflichtungen, welche diese Mächte beim Eintritt in den Völkerbund übernommen haben". Dazu kommt dann im Protokoll die feierliche Erklärung eben dieser Mächte, daß sie die politische Unabhängigkeit, die territoriale Integrität und die Souveränität Österreichs respektieren werden. Sie fügen daran die Versicherung, daß sich die den Kredit für Österreich garantierenden Mächte ausdrücklich verpflichten, dafür von Österreich keine besonderen Vorteile zu verlangen, wie sich auch anderseits Österreich verpflichtet, keiner andern Macht solche Vorteile zu gewähren, die seine wirtschaftliche Unabhängigkeit gefährden könnten.

Was im besonderen diese Gegenerklärung Österreichs betrifft, gemäß dem Wortlaute des Artikels 88 des Vertrages von Saint-Germain seine Unabhängigkeit nicht aufzugeben und sich jeder Bindung zu enthalten, die geeignet wäre, diese Unabhängigkeit direkt oder indirekt zu beeinträchtigen, so mag uns diese Erinnerung an den Diktatfrieden

von Saint-Germain zwar schmerzlich berühren — das wollen wir der Welt nicht verhehlen —, aber sie geht mit keinem Worte über die schon im Friedensvertrag übernommene Verpflichtung hinaus. Gegen Mißdeutungen dieser Stelle durch Leute, die darin eine Verschärfung oder neue Beschränkungen sehen wollen, müßte man mit aller Entschiedenheit Verwahrung einlegen.

Das Protokoll II sichert vor allem in Artikel 1 die Garantien der beteiligten Mächte für die der österreichischen Regierung zu gewährenden Kredite zu und setzt die Höhe derselben mit 650 Millionen Goldkronen fest. Die weiterhin im Protokoll II enthaltene Forderung auf Einsetzung eines Kontrollkomitees der garantierenden Mächte und auf Ernennung eines Generalkommissärs ist eine sich daraus ergebende natürliche Folgerung, eine Folgerung aus den von diesen Mächten zu übernehmenden Garantien. Es ist auch selbstverständlich, daß Kredite, für die die Mächte garantieren, nicht ohne ihre Mitwirkung abgeschlossen werden können, und es erscheint wohl der Wunsch dieser Mächte begreiflich, daß sie in der Lage sein wollen, auf die Bedingungen dieser Kredite einen Einfluß zu üben, was übrigens für uns nur von Vorteil sein kann, weil die Interessen der Mächte in dieser Hinsicht, namentlich in der Erreichung möglichst günstiger Bedingungen, mit unseren eigenen Interessen parallel laufen. Man kann es billigerweise den Mächten, deren Garantien in Anspruch genommen werden sollen, auch nicht verargen, daß sie sich für den Fall, als die von uns für den Anleihedienst gestellten Sicherheiten nicht ausreichen sollten, eine Kontrolle über die Gebarung der Staatseinnahmen, die als Sicherheiten dienen, vorbehalten haben. Im übrigen lassen die Bestimmungen dieses Protokolls II im allgemeinen ein gewisses Bestreben erkennen, eine Einmischung des Kontrollkomitees in unsere inneren Angelegenheiten und Verhältnisse möglichst zu vermeiden und die Einflußnahme auf diejenigen Interessen der Mächte zu beschränken, die sich aus der finanziellen Garantie ergeben.

Im III. Protokolle sind die inneren Voraussetzungen festgelegt, unter denen die Mächte bereit sind, die Garantien zu übernehmen und uns zur Beschaffung der Kredite zu verhelfen. In diesem Protokoll ist der Versuch gemacht, das schwierige Problem der gegenseitigen Bedingtheit der inneren Sanierungsmaßnahmen und der äußeren Kredithilfe zu lösen. Es ist der Weg aufgezeigt, wie innere Reformen und äußere Kredite gleichzeitig durchgeführt werden können. Die Lösung wird in einem sachlichen und in einem persönlichen Moment gelegen sein. Das erstere besteht in dem vom Völkerbunde geforderten, aber auch ganz unabhängig davon aus sachlichen Gründen unumgänglich notwendigen Reform- und Sanierungsprogramm und in der nötigen Vollmacht der Regierung zur Durchführung dieses Programms.

Was das erstere anbelangt, so ist sich wohl der weitaus größte Teil der Bevölkerung Österreichs von allem Anfang an der großen wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten seiner Durchführung bewußt gewesen und unterschätzt auch nicht die politischen Hemmungen und Hindernisse, die sich seiner Verwirklichung entgegenstellten und entgegenstellen. Wir dürfen uns daher darüber nicht wundern, daß die Vertreter der ausländischen Mächte diese Schwierigkeiten wie wir gleichfalls kennen, ja daß sie dieselben vielleicht noch höher einschätzen als wir selbst, und daß sie es nicht für möglich halten, sie ohne außerordentliche Maßnahmen und Maßregeln zu überwinden. Wir müssen daher ihre weitere Forderung begreiflich finden, daß der österreichischen Regierung die notwendigen Vollmachten gegeben werden, die geeignet sind, das Sanierungsprogramm mit möglichster Ausschaltung der in normalen Zeiten wirksamen Hemmungen rasch in die Tat umzusetzen und zu verwirklichen. Aber diese Vollmachten sollen — wohlgemerkt — nicht etwa einem Ausländer gegeben werden, sondern der vom österreichischen Volke selbst legal bestellten Regierung. Das ist der Wille des Völkerbundes und dies der Sinn der außerordentlichen Vollmacht für die Regierung.

Die persönliche Garantie für rechtzeitige und ausreichende Reformen in unserer Staatsverwaltung und für die richtige Verwendung der Kredite findet das III. Protokoll von Genf in der Stellung des Generalkommissärs. Gerade die Einsetzung dieses Generalkommissärs und die damit verbundene Kontrolle haben in Österreich bei der Besprechung des Genfer Werkes zu lebhafter Kritik vielfach Anlaß geboten. Es ist dabei vielfach verkannt worden, daß wir seit dem Abschlusse des Staatsvertrages von Saint-Germain tatsächlich unter der finanziellen Kontrolle der alliierten und assoziierten Mächte stehen, deren Organ hiefür die Reparationskommission ist. Die Kontrollrechte, die der Reparationskommission auf Grund des Diktatfriedens von Saint-Germain zustehen, gehen in Wirklichkeit viel weiter als die des Generalkommissärs und — was ganz wesentlich ist — sie verfolgen vor allem einen ganz andern Zweck, den Zweck einer Sühne und Wiedervergeltung für Kriegsschäden, die man uns zur Last legt. Demgegenüber soll der Zweck der Kontrolle des Generalkommissärs nicht Sühne und Wiedervergeltung, sondern Sanierung und Rettung Österreichs sein. Es ist dies ein wesentlicher Unterschied, der gewiß auch bedeutsam ist für die Art der Ausübung der Kontrolle. Nun wurde allerdings in Genf der Friedensvertrag selbst nicht geändert, aber Bedeutung und Sinn der Genfer Vereinbarungen kann doch nur der sein, daß nunmehr die finanziellen Kontrollrechte von den alliierten und assoziierten

Siegerstaaten gewissermaßen mit deren Zustimmung an den Völkerbund übergehen, in dem wir selbst als Mitglied aufgenommen sind, und daß die Kontrollrechte der Reparationskommission nunmehr auf den Generalkommissär übergehen, der sie mit einer ganz andern, freundlicheren Zweckbestimmung ausübt. Wir haben keinen Grund, diese geänderte neue Form der Kontrolle abzulehnen, im Gegenteil, wir müssen es begreiflich finden, daß der Völkerbund, unter dessen Ägide sich die Kreditaktion vollzieht, durch ein von ihm bestelltes Organ die Verwirklichung der finanziellen Reformen kontrolliert und die Sanierung Österreichs, die in gleicher Weise Voraussetzung und Zweck der großen Genfer Aktion ist, überwacht, ja wir dürfen darin sogar politisch und wirtschaftlich einen gewissen Fortschritt erblicken gegenüber dem Zustande, wie er sich nach den harten Bestimmungen des Diktatfriedens von Saint-Germain für unsern Staat und für unser Volk seinerzeit ergeben hat.

Mit den Bemerkungen zum Inhalt des III. Protokolls glaube ich aber auch schon die dritte, eingangs gestellte Frage, ob es überhaupt notwendig gewesen sei, nach Genf zu gehen und die Bedingungen der Genfer Protokolle anzunehmen, oder ob es nicht andere Wege gegeben hätte, Österreich zu retten, angeschnitten und implizite im Sinne der Notwendigkeit der ersteren Alternative beantwortet zu haben. Es ist aber doch einigermaßen auffällig, daß die Idee, Österreichs Rettung auf anderem Wege zu versuchen, auf dem Wege einzig und allein der Selbsthilfe, mit einer gewissen Impulsivität gerade in einem Augenblick vertreten wird, wo zum ersten Male wirkliche Sanierungskredite, nicht bloß Kredite, die ausschließlich, wenigstens tatsächlich, Konsumptionskredite gewesen sind, durch die Hilfe des Völkerbundes sichergestellt erscheinen und das Rettungswerk für Österreich aus dem Bereiche der bloßen Wünsche nunmehr in das Gebiet der Verwirklichung, in das Gebiet der Tatsachen eintritt. Vor Tische las man's anders; da galt so ziemlich in allen Bevölkerungskreisen als anerkanntes Axiom, daß dieses im Weltkrieg zum Krüppel geschlagene Österreich, das von den Vorratskammern Europas durch den Friedensvertrag abgeschnitten ward, seine Volkswirtschaft nicht so ohneweiters umstellen, seine Staatsfinanzen nicht aus eigener Kraft allein sanieren könne, sondern daß es hiezu unbedingt auch auswärtiger Hilfe bedürfe. Es war auch bei allen bisherigen Versuchen der Republik Österreich, die finanzielle Sanierung des Staates herbeizuführen, allgemein anerkannter Grundsatz, daß die Sanierung nur dann gelingen könne, wenn die inneren Reformen gleichzeitig mit der Gewährung ausländischer Kredite erfolgen. Freilich sind die bisherigen Versuche, wie bekannt, daran gescheitert, daß die ausländischen Kredite meist zu spät oder in zu geringem Umfange zugestanden worden sind. Das Ausland, von dem wir die Kredite verlangten, machte seinerseits wieder die Gewährung dieser Kredite davon abhängig, daß sie nicht nutzlos aufgezehrt, sondern bei gleichzeitiger Durchführung innerer Reformen zur finanziellen Wiederaufrichtung Österreichs verwendet werden. Diese gegenseitige Bedingtheit innerer Maßnahmen und äußerer Hilfe bildete die große Schwierigkeit des zu lösenden Problems, an dem wir fast zugrunde gegangen wären. Es liegt mir fern, darob Rekriminationen gegen frühere Regierungen zu erheben, denn die Lage unseres Volkes und unseres Staates war ja in den ersten Monaten und Jahren unmittelbar nach dem Umsturz so, daß es auch bei aufopferndster Anstrengung andern Staatsmännern angesichts der treibenden politischen Kräfte in Europa, aber auch der sozialen Kräfte in unserem Volke kaum gelungen wäre, viel bessere Resultate zu erzielen. Daß aber die Genfer Protokolle, die Genfer Vereinbarungen nunmehr einen solchen, wirklich gangbaren Weg zur Lösung des Problems eröffnen, ist immerhin als wichtige Tatsache zu buchen. Es ist das erstenmal, daß uns ein solcher Weg zur Lösung des Problems eröffnet und gezeigt wird. Die Beschreitung dieses Weges jetzt verhindern zu wollen, könnte nur eine herostratische Tat sein, die keiner Bevölkerungsgruppe Österreichs zugemutet werden darf, und ich darf wohl sagen, auch keiner ernst zu nehmenden Partei dieses hohen Hauses, die sich der Verantwortung vor dem Gesamtvolke bewußt ist, zugemutet werden kann, trotz aller sonstigen politischen Stellungnahme gegenüber der Genfer Konvention und trotz der politischen Meinungsverschiedenheiten im einzelnen.

Theoretisch mag man zwar die Möglichkeit anderer Wege zur Rettung des Vaterlandes erörtern; tatsächlich, praktisch aufgefaßt, hat das österreichische Volk unter den gegebenen Verhältnissen in Wirklichkeit gar keinen andern Weg zur Rettung als jenen, den uns die Genfer Protokolle eröffnen. Ihn eröffnet zu haben, ist das Verdienst der gegenwärtigen Regierung und vor allem in hohem Maße das persönliche Verdienst des jetzigen Bundeskanzlers Dr. Seipel. *(Lebhafter Beifall.)*

Als im Monat August die Londoner Konferenz der Premiers der Westmächte über Österreichs Gesuch um Kredithilfe ziemlich schroff zur Tagesordnung überging und die Kabinette der Großmächte es ablehnten, für Österreich weiterhin auch nur einen einzigen Franken zu bewilligen, als dann die entsetzliche Inderziffer von Mitte August — 124 Prozent — bekannt wurde, da drohten in Österreich auch den stärksten und mutigsten unter den Staatsmännern die Nerven zu reißen. Nur einer blieb fest und riß, sozusagen im letzten Augenblick, das Steuerruder des Staatsschiffes, das dem

Untergange zurafte, mit kräftigem Ruck herum, indem er mit Zielsicherheit die österreichische Frage als politisches Problem Mitteleuropas aufrollte. Mit einem Schlage war Österreich dank der aktiven Politik des Bundeskanzlers nunmehr im Zentrum der politischen Erörterung Europas und blieb es durch Wochen, bis der Bundeskanzler über Prag, Berlin, Verona und schließlich Genf mit dem Pakte vom 4. Oktober des Jahres 1922 heimkehrte, der den derzeit einzig gangbaren Weg zur Rettung unseres Vaterlandes eröffnete. Dafür gebührt ihm und allen, die daran ihren Anteil haben, der Dank des Vaterlandes. *(Beifall.)*

Nun ist es am österreichischem Volke, durch seine berufenen Vertreter zu entscheiden, ob es diesen Weg gehen will. Es ist eine schicksalsvolle Entscheidung an einem Scheidewege der Geschichte, an dem wir stehen. Linker Hand führt die breite begangene Straße, die wir nach dem Umsturz betreten haben und die trotz aller gut gemeinten Einzelversuche von früher, die wir zur Umkehr machten, bis heute von uns gewandelt wurde. Diese breite Straße führt abwärts in das Verderben, in den Abgrund. Rechter Hand dagegen steigt der schmale, steinige und mühselige Weg empor, der Weg zur Rettung, aber auch der Weg der Pflicht und Selbstverleugnung, der Weg des Opfergeistes und Opfermutes, der Weg der Arbeit und Sparsamkeit, der Weg des Gottvertrauens und der Vaterlandsliebe. Er steigt empor zur lichten Höhe, wo uns die Sonne wahrer politischer und wirtschaftlicher Freiheit winkt.

Möge die Entscheidung, die Sie, sehr geehrte Damen und Herren, zu fällen haben, unserem Volke zum Heil, aber auch ganz Europa, dessen Herz dieses Österreich ist, zum Frommen gereichen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident: Ich eröffne die Debatte, und zwar werde ich, da die Protokolle ein selbständiges Ganzes bilden und nur in toto angenommen oder abgelehnt werden können, nur eine Debatte führen. Zum Worte gelangt der Herr Bundeskanzler Dr. Seipel.

Bundeskanzler Dr. **Seipel:** Hohes Haus! Der Nationalrat ist eben an die Erledigung einer Angelegenheit herangetreten, die ihn und die ganze Öffentlichkeit seit langem beschäftigte und die eine leidenschaftlichere Erörterung hervorrief als die meisten andern.

Es ist vielleicht am Platze, sich in diesem Augenblick die Hauptdaten der vergangenen Verhandlungen vor Augen zu halten. Wir sind im hohen Hause in die Erörterung der Sanierungsaktion, die wir jetzt, so weit es an uns liegt, zum Abschluß bringen sollen, schon am 31. August eingetreten. Damals hatte ich Gelegenheit, zuerst im Ausschusse für Äußeres über die Reisen und diplomatischen Verhandlungen Bericht zu erstatten, die den Weg für eine Lösung der großen finanzpolitischen Schwierigkeiten, die aber auch damals schon sehr stark ins allgemein politische umzuschlagen drohten, eröffnen sollten. Am 13. September trat ich wieder vor den Ausschuß für Äußeres und berichtete über die ersten Verhandlungen in Genf. Diese ersten Verhandlungen rollten schon ein verändertes Bild vor uns auf, aber immerhin hatten wir noch Grund genug, zu zweifeln, ob wir auf dem beschrittenen Wege zu einem guten Ziele kommen würden. Am 14. September befaßte sich der Nationalrat mit diesem Gegenstand und wir führten hier die ersten „Genfer Debatten" ab. Rasch schritten unterdessen die Verhandlungen in Genf fort. Bereits am 19. September konnte ich im Hauptausschuß über diese Fortschritte berichten. Dann folgt der längere Aufenthalt in Genf. Von dort zurückgekehrt, konnte ich im Ausschusse für Äußeres am 11. Oktober zum erstenmal die Genfer Protokolle vorlegen, die heute der Genehmigung des hohen Hauses unterbreitet sind. Wieder erfolgte gleich am nächsten Tage die Verhandlung im Nationalrat. Am 13. Oktober trat zum erstenmal der Sonderausschuß zusammen, der für die Verhandlungen dieses Gegenstandes gewählt worden war. Am 18. Oktober empfingen wir die provisorische Delegation des Völkerbundes in Wien. Am 19. konnten wir den Parteien, am 20. der weiteren Öffentlichkeit den ersten Entwurf für das Wiederaufbaugesetz und das Finanz- und Reformprogramm übergeben. Am 4. November wurde der endgültige Regierungsentwurf im Hause eingebracht, am 6. hatten wir die erste Lesung, am 22. endlich wurde im Sonderausschusse zur Behandlung der Genfer Verhandlungen jene Ergänzung zu den früheren Regierungsvorlagen in der Form eines Initiativantrages der Parteien eingebracht, die gleichfalls auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung steht und die ein Bundesverfassungsgesetz über die Ausübung der Vollmachten, die im dritten Protokoll von Genf für die österreichische Regierung vorgesehen sind, zum Gegenstande hat.

Wenn wir jetzt auf die lange Zeit der Verhandlungen zurückblicken, so tun wir dies insbesondere deswegen, um uns selbst vor einem etwaigen künftigen Vorwurf zu sichern, als ob wir eine so ernste und wichtige Angelegenheit nicht mit aller Gründlichkeit verhandelt und beraten hätten.

In diesen Verhandlungen ist es naturgemäß dazu gekommen, daß starke Meinungsverschiedenheiten unter den Parteien dieses Hauses hervortraten. Es ist für unser politisches Leben vielleicht von besonderer Bedeutung, festzustellen, daß sich die beiden

Lager, die sich für und wider die Genfer Vereinbarungen bildeten, vollständig mit den beiden Lagern der Mehrheit im Parlament und der Opposition gegen die gegenwärtige Regierung überhaupt decken. Es ist in diesem hohen Hause zu keiner Absplitterung gekommen; frühzeitig haben auf beiden Seiten sich die Meinungen festgesetzt: auf der einen, daß die Genfer Vereinbarungen nicht abgelehnt werden können, da sie den — wenigstens möglichen — Ausweg aus einer dauernden Notlage unserer Staats- und Volkswirtschaft bilden, nach dem wir uns so lange gesehnt haben, und auf der andern Seite ist ebenso entschieden vom ersten Anfang an der ablehnende Standpunkt eingehalten worden. Wenn wir jetzt auf diese Zeit zurückblicken, so können wir nicht anders, als in der Auswahl der Argumente, die in den Vordergrund gerückt wurden, eine gewisse Wandlung zu verzeichnen. Zunächst haben jene, die die Genfer Vereinbarungen und ihre Folgerungen bekämpften — wohl dadurch voreingenommen, daß diese Vereinbarungen nicht schlechthin von einer Auslandshilfe für uns sprachen, sondern daß in ihnen von Anfang an eine Rettung nur durch eine enge Verbindung zwischen Selbsthilfe und Auslandshilfe in Aussicht gestellt wurde — den Gedanken zu vertreten gesucht, daß wir unter Bedingungen, wie sie uns hier vorgeschrieben wurden, ja wohl auf die Auslandshilfe verzichten könnten, wenn ohnehin eine so schwere und so viele Opfer fordernde Selbsthilfe von unserem Volke gefordert wird.

Man ist dann von der Betonung dieses Standpunktes etwas abgekommen. Es hat sich wenigstens die Überzeugung durchgerungen, daß man, nachdem wir schon solange Zeit immer auf dem Wege vorgeschritten waren, unsere größten Anstrengungen für die Selbsthilfe zu versprechen, aber dazu doch die Auslandshilfe als unumgänglich notwendig zu fordern, daß in einem solchen Zeitpunkt, ohne eine große Gefahr für die wirtschaftliche und politische Existenz unseres Staates heraufzubeschwören, nicht schlechterdings dem Werke von Genf entgegentreten kann. Wenn ich mich heute frage, warum eine solche Umstellung in den Argumenten — denn ich rede nur von einer Umstellung — vorgenommen wurde, so glaube ich sagen zu können, daß man sich zuerst wohl deswegen so völlig gegen das Genfer Werk wendete, weil man nicht an seine Durchführung glaubte, weil man meinte, wir würden zwar gedrängt werden, unsererseits wieder Schritte auf dem Wege der Selbsthilfe zu unternehmen, aber das Ausland würde uns im Stiche lassen. Nun haben wir seither genügend viele Anzeichen beobachten können, die selbst den stärksten Pessimisten in seiner Überzeugung wankend machen müssen, daß wir diesmal im Stiche gelassen werden. Wir haben trotz des Wechsels der Regierungen in einigen der wichtigsten unter den garantierenden Staaten, wir haben, trotzdem in einem dieser großen Staaten auch das Parlament durch Neuwahlen sich erneuert hat, so viele Äußerungen gehört, daß die Staaten, die in Genf im österreichischen Komitee vereinigt waren, dabei bleiben, das zu erfüllen, was sie uns in Aussicht gestellt haben, und ich darf daran erinnern, daß erst in allerletzter Zeit die österreichische Angelegenheit auch eine besondere Erwähnung in der englischen Thronrede im neuen englischen Parlament gefunden hat.

Wir verdanken es den verschiedenen Äußerungen der ausländischen Staatsmänner, die zu Österreichs Gunsten lauten, daß auch hier das Vertrauen, das seit dem Abschlusse der Genfer Vereinbarungen sich zeigt, befestigt worden ist und daß auf Grund dieses Vertrauens auch der Mut wächst, an das große Werk der Selbsthilfe, die nach Erlangung der Auslandshilfe durchgeführt werden muß, in allem Ernste heranzutreten. *(Zustimmung.)*

Etwas Ähnliches kann ich von der Behandlung des zweiten großen Arguments sagen. Man hat eine gewisse begreifliche Furcht davor gehabt, daß eine Auslandskontrolle über unsere Staatswirtschaft eingeführt werden soll. Nicht mit Unrecht hat man sich vor Augen gehalten, daß Staatswirtschaft und Volkswirtschaft naturgemäß aufs engste miteinander verbunden sind, daß daher unter dem Vorwande, eine Kontrolle der Staatswirtschaft durchzuführen, im eigennützigen Interesse derer, die die Kontrolle ausführen oder ausführen lassen, auf unsere Volkswirtschaft ein ungünstiger Einfluß ausgeübt werden könnte. Ich glaube, auch dieser Zweifel ist schwächer geworden, als er anfangs war, und zwar deswegen schwächer geworden, weil man doch nach und nach, indem man sich eingehender und gründlicher mit dem Wortlaute der Protokolle der Genfer Vereinbarungen beschäftigte, darauf gekommen ist, welche Schranken der ausländischen Kontrolle gezogen und welche Garantien uns geboten sind, daß die Völkerbundskontrolle, ausgeübt durch einen neutralen Generalkommissär, doch etwas ganz anderes ist als eine Kontrolle durch die Reparationskommission oder durch irgendein anderes Organ der Siegerstaaten selbst.

Und dann, glaube ich, hat noch etwas anderes mitgewirkt. Wir haben, wie ich bereits erwähnte, seit dem 18. Oktober die provisorische Delegation des Völkerbundes hier. Wir arbeiteten mit ihr auf das engste zusammen, um den Finanz- und Reformplan aufzustellen. Wir haben bezüglich der Gesetzentwürfe, die dem hohen Hause vorliegen, immer mit ihr verhandelt, um sicher zu sein, daß nicht etwa das hohe Haus hier etwas beschließe, das dann von denen, die über die Verwirklichung

des Genfer Werkes zu entscheiden haben, als nicht genügend erklärt wird. Ich muß hier mit Dankbarkeit feststellen, daß sich die Mitglieder der provisorischen Delegation des Völkerbundes in Wien so zurückhaltend, so taktvoll benommen haben, daß es gewiß auch diesem Verhalten zuzuschreiben ist, wenn die Furcht und das Mißtrauen gegen die künftige Völkerbundkontrolle abgenommen hat.

In der letzten Zeit war der Hauptangriffspunkt gegen die Genfer Vereinbarungen wieder etwas anderes, nämlich daß in ihnen für die Regierung außerordentliche Vollmachten auf die Dauer von zwei Jahren gefordert werden.

Was wurde nicht alles hinter dieser Forderung vermutet! Daß die gegenwärtige Regierung und ihr ohnehin als herrschsüchtig verschriener Bundeskanzler keine andere Absicht hatten, als hier eine grausame Diktatur aufzurichten! Das war noch das Mindeste. Man hat auch vermutet, es handle sich um eine Verschwörung der internationalen Bourgeoisie, um eine bestimmte Klasse der Bevölkerung, das Proletariat niederwerfen zu können. Oder man hat vermutet, es handle sich hier um irgendeine geheimnisvolle Abmachung zwischen uns und verschiedenen unserer Nachbarstaaten, die eine Umwälzung in der politischen Gestaltung Europas planen und die vielleicht auch hier eine Veränderung der Staatsform oder irgend etwas Ähnliches durchführen wollten. *(Zwischenrufe.)*

Nun, meine sehr geehrten Frauen und Herren, ich glaube, die Regierung selbst hat vom ersten Augenblick an gezeigt, daß es sich ihr nicht um derartige Dinge handelt. *(Zustimmung.)* Sie hat ja gar nicht den Versuch gemacht, die Vollmachten, die sie verlangen mußte, allzuweit auszudehnen. Sie hat im Gegenteil den Versuch gemacht, mit den Vollmachten im Rahmen des Wiederaufbaugesetzes trotz der natürlichen Beschränkungen, die sich daraus ergaben, das Auslangen zu finden. Die Regierung ist dann bald selbst in Zweifel gekommen, ob sie mit diesen Vollmachten das Auslangen finden würde, und zwar nach doppelter Richtung hin: einerseits ob es möglich ist, mit den Vollmachten, die ihr das Wiederaufbaugesetz allein hätte einräumen können, die Sanierungsaktion wirklich in der dafür zur Verfügung stehenden Zeit durchzuführen; anderseits war der Zweifel übrig, ob die garantierenden Mächte, ob das von ihnen beauftragte österreichische Komitee des Völkerbundes in Genf solche Vollmachten als genügend anerkennen würde, ob nicht etwa ein zu geringer Umfang diese Vollmachten zum Anlaß oder auch nur zum Vorwande genommen werden könnte, um unserer Aktion nicht die zugesicherte Auslandsaktion folgen zu lassen. Ich habe daher schon bei der ersten Lesung des Wiederaufbaugesetzes angekündigt, daß wir möglicherweise weitere Vollmachten würden fordern müssen. Ich habe aber auch damals schon angekündigt, daß die Regierung bereit ist, nach irgendeinem Auswege zu suchen, um, soweit nur nicht der Begriff der Vollmachten dadurch aufgehoben wurde, eine Kontrolle, eine Mitwirkung des Parlamentes möglich zu machen.

Und nun sind wir in den Verhandlungen, die seitdem in den Ausschüssen und neben den Ausschüssen geführt wurden, dazugekommen, den Gesetzentwurf, den wir damals vorgelegt haben, durch den Entwurf eines eigenen Bundesverfassungsgesetzes zu ergänzen. Ich erkläre hier offen und unumwunden, daß dasjenige, was in diesem Gesetzentwurfe steht, durchaus den Charakter eines Kompromisses an sich trägt. *(Lebhafte Zustimmung.)* Aber ich glaube, den Charakter eines Kompromisses, das völlig im Geiste der Bestimmungen des dritten Protokolls von Genf gelegen ist, denn das kann ich als den in mir lebendig gebliebenen Eindruck aller Verhandlungen, die in Genf geführt wurden, heute nur wieder bestätigen, daß niemals an etwas anderes gedacht war, als daran, daß die Regierung solche Vollmachten haben müßte, die sie instand setzen, den Sanierungsplan mit dem einzigen Ziel der Herstellung des Gleichgewichtes in unserem Staatshaushalte durchzuführen. Deswegen konnten wir jene genauere Umschreibung der Vollmachten, wie sie im Bundesverfassungsgesetz über die Ausübung der Vollmachten im Vergleiche zum Text des dritten Protokolls von Genf enthalten ist, wohl wagen und dafür die Zustimmung der provisorischen Delegation des Völkerbundes wohl erlangen.

Genau denselben Kompromißcharakter trägt dieses Bundesverfassungsgesetz aber auch nach der andern Seite an sich. Wenn in ihr von einem außerordentlichen Kabinettsrate, von einer erweiterten Regierung, von Vollmachten, die diese erweiterte Regierung hat, die Rede ist, so nehme ich das im vollen Sinne des Wortes ernst. Aber es ist auch wahr, daß dabei nach einem Auswege gesucht worden ist, um auch der andern Forderung, die Ausübung der Vollmachten durch die Regierung selbst einer gewissen Kontrolle des Parlaments oder einer parlamentarischen Körperschaft zu unterstellen, Rechnung zu tragen. Beides wurde zusammengefaßt, und eben daraus ist das Kompromiß entstanden. Ich will daher ausdrücklich betonen, daß wir nach meiner festen Überzeugung mit diesem Kompromiß auch ganz gut vor dem Völkerbund und vor die garantierenden Mächte hintreten können. Es ist hier nichts gemacht worden, was dem Geiste der Genfer Protokolle widerspräche, und es ist vor allem nichts gemacht worden, was, soweit wir es jetzt überblicken können, die Durchführung der Sanierungsaktion ernstlich hemmen könnte.

Hohes Haus! Ich möchte diese Worte nicht schließen, ohne jener zu gedenken, die uns in diesen schweren Zeiten langwieriger Verhandlungen zur Seite standen, und ganz besonders des Finanzministers, der von dem Tag an, da ich aus Genf zurückgekehrt war, in den Vordergrund der Arbeiten und namentlich der Verhandlungen treten mußte, und der mit vorbildlicher Treue und vorbildlicher Selbstaufopferung seine Arbeiten geleistet hat. Es ist mir ein Gegenstand aufrichtigen Bedauerns, daß er in den Tagen, da das hohe Haus diese Angelegenheit, wie ich hoffe, zu gutem Abschlusse bringen wird, nicht mehr an meiner Seite stehen kann. Ich werde ihm selbstverständlich für all das, was er in der Zeit, in der wir die Verhandlungen über das Genfer Werk führten, geleistet hat, für immerwährende Zeiten dankbar sein und möchte nichts mehr begrüßen, als wenn er bald wieder an hervorragender Stelle im öffentlichen Leben tätig sein könnte. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Hohes Haus! Wenn ich nun auf das zurückgreife, was ich über den Charakter des Genfer Werkes, wie es während der Verhandlungen, die im Parlament und in der Öffentlichkeit geführt wurden, geworden ist, gesagt habe, so kann ich nur zu dem Schlusse gelangen: Ich glaube, wir können, wenn wir den Genfer Vereinbarungen die höchste parlamentarische Sanktion geben, dies mit vollkommen gutem Gewissen tun. Wir tun dabei nichts, was wir mit den Interessen unseres Staates und mit der Würde unseres Vaterlandes nicht in Einklang bringen könnten, wir tun dabei aber auch nichts, was uns nicht den vollen Anspruch darauf sichern müßte, daß nun auch das Ausland tue, was es uns versprochen hat und was es schuldig ist, zu tun, wenn wir die Vorbedingungen, die zunächst wir zu leisten hatten, erfüllen. Aber selbstverständlich, ich rede bisher nur von den Vorbedingungen, die wir zu leisten haben, es kommt nun erst noch unsere eigentliche Arbeit; denn wenn das hohe Haus die Genfer Vereinbarungen und die Gesetze, die zu ihrer Durchführung bestimmt sind, beschlossen und wenn der Bundesrat keinen Einspruch gegen sie erhoben haben wird, dann, meine sehr geehrten Frauen und Herren, fängt für die Regierung, für die Volksvertretung und für alle Schichten unseres Volkes erst die Zeit der ganz großen Arbeit an. Und nur deswegen, weil ich das Vertrauen habe, daß jetzt, wenn die politischen Erörterungen zum Abschlusse gekommen sind, wirklich alle, die dazu berufen sind, zur Rettung unseres Vaterlandes zusammenarbeiten werden, nur deswegen hoffe ich mit unbedingter Zuversicht auf die Rettung. *(Lebhafter, langanhaltender Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Renner; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Renner:** Hohes Haus! Noch einmal werde ich den Versuch unternehmen, die Grundauffassungen meiner Partei vorzuführen, die es ihr verbieten, für die Genfer Protokolle zu stimmen, und ich sehe mich um so mehr dazu genötigt, weil ich aus den Ausführungen sowohl des Herrn Berichterstatters wie des Herrn Bundeskanzlers entnommen habe, daß über diese Auffassungen noch manche Mißverständnisse obwalten. Ich spreche, um das Haus zu warnen und die Verantwortlichkeiten für die Zukunft festzustellen. Dabei möchte ich vorausschicken: Die Verhandlungen der letzten Tage haben ein verwirrendes Detail von Einzelfragen aufgeworfen und es droht die Gefahr, daß man das Ganze des Problems nicht mehr sieht. Weiters! Die Not des Tages erzeugt über den Kreis der Parlamentarier hinaus im ganzen Volke die Stimmung, sich an das Nächste zu hängen und als Hauptfrage die eine zu stellen: Wann kommen denn die ersten Millionen der Kredite, wann kommen die einzelnen Raten, wie viele Millionen sind das? Oder etwa die Freude der besitzenden Klassen, die sich jedesmal, wenn eine Sendung von, sagen wir, 20 Millionen Goldkronen kommen wird, freudig sagen werden: Das sind die 20 Millionen Goldkronen, die sonst wir hätten leisten müssen und die jetzt in Form eines Darlehens aus dem Auslande kommen. Es ist auch die große Gefahr, daß im Getriebe der parlamentarischen Verhandlungen und Abstimmungen der einzelne der einen oder andern Abstimmung zuviel Gewicht beilegt, und daß der eine aus einer einmaligen Abstimmung, weiß Gott, weil ein paar Stimmen mehr für ihn gesprochen haben, einen, großen und bedeutenden Sieg daraus lesen möchte. Inmitten dieser Einzelheiten und Einzelkämpfe vergessen wir nur zu leicht, worüber wir den eigentlich abstimmen.

Hohes Haus! Wenn wir über diese Genfer Protokolle und insbesondere über das Protokoll I abstimmen, so stimmen wir nicht für heute ab und nicht für die nächsten drei Monate, bis die erste Kreditrate kommt, wir stimmen nicht über irgendeinen Geldbetrag ab, wir stimmen auch nicht über die zwei Jahre ab, welche die Durchführung des Reform- und Sanierungsprogramms in Anspruch nehmen soll, sondern wir stimmen ab und entscheiden unsere völkerrechtliche Stellung, unsere politische Machtstellung nach außen für mindestens 20 Jahre; das ist also praktisch beinahe ein ganzes Menschenalter, über das wir das Los werfen.

Diese Tatsache vergißt man zu leicht, wenn man mitten im Kampf und mitten in Sorgen steht, und ich muß schon, um auch die Mißverständnisse abzuwehren, welche aus den Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers hervorgegangen sind, auf diesen großen geschichtlichen Zusammenhang hinweisen. Der Herr Bundeskanzler meint, es sei

doch eine Wandlung in den Auffassungen der Opposition eingetreten, und diese Wandlung habe bewirkt, daß die vorliegenden Entwürfe zum Teil einen Kompromißcharakter tragen. Meine Herren! Während also der Herr Bundeskanzler von einer allmählichen Wandlung der öffentlichen Meinung und von einem Kompromißcharakter spricht, triumphiert auf der andern Seite draußen ein Teil der Presse über eine angebliche oder wirkliche Niederlage der Sozialdemokratie und einen Sieg der Regierung und verspottet die Bestrebungen und Bemühungen der Sozialdemokratie, uns durch Selbsthilfe zu retten.

Bei diesem Anlasse, hohes Haus, möchte ich eine Erinnerung aus der Zeit des alten Österreichs und aus der Stellung meiner Partei in jener Zeit anbringen. Wir Sozialdemokraten haben im alten Österreich das Los gehabt, beinahe immer überstimmt zu werden, wir haben nichts als Niederlagen erlitten, und die bürgerlichen Parteien und die bürgerliche Presse haben uns fast unablässig gehöhnt. Weil ich aber meine, daß der heutige Tag und eine Abstimmung unser Geschick mindestens auf 20 Jahre festlegt, möchte ich eine Schicksalsfrage des alten Reiches und unsere Haltung zu ihr als Beispiel anführen. Es war im Jahre 1899, ein Vierteljahrhundert vor dem Ausbruche des Weltkrieges, als die Sozialdemokratie das nationale Problem des alten Österreichs beriet und in Brünn zu der Entscheidung kam: Österreich wird sein ein demokratischer Bundesstaat freier Nationen, oder es wird nicht sein! Wir haben das von Kongreß zu Kongreß wiederholt, die Regierungen haben uns deshalb weiter verfolgt, die bürgerlichen Parteien haben uns deshalb weiter verlästert und wir sind immer überstimmt worden. Es war charakteristisch, daß, als das letzte Haus, das letzte Parlament des alten Österreichs im Jahre 1911, zur Zeit der Regierung Bienerth gewählt wurde und die damalige österreichische kaiserliche Regierung Bienerth den Wahlkampf im Namen des Nationalismus gegen die Sozialdemokratie führte, die „Wiener Zeitung" in einem Leitartikel darauf hinwies, daß der Nationalismus, Gott sei Dank, über den Internationalismus gesiegt und die Sozialdemokratie eine Niederlage erlitten hat. Das war im Jahre 1911, und wieder haben wir gesagt: Österreich muß ein demokratischer Bundesstaat freier Nationen sein oder es wird nicht sein! Wir sind deshalb niedergestimmt, wir sind deshalb verlacht worden, aber unsere Voraussage ist zur Wahrheit geworden, und alle diejenigen, die sie nicht verstanden und verlästert haben, sie haben den meisten Grund, ihr Verhalten zu bedauern. Wir haben damals den Nationalisten, deren Nachfahren hier in der Mitte des Hauses Platz genommen haben, zugerufen: Denkt nicht nur an das Heute der Nationen, an die gegenwärtigen Machtverhältnisse, denkt auch an die Zukunft! Aber sie haben uns nicht gehört. Wir haben den sogenannten Patrioten zugerufen: Kämpft nicht um die eine oder andere Straßentafel, sondern kämpft um das Ganze der Nation! Sie haben uns nicht gehört, und sie haben uns verspottet und verlacht, und nun haben sie tatsächlich, indem sie immer das Gegenwartsinteresse und das augenblickliche Tagesinteresse suchten, die Zukunft der Nation im Ganzen verspielt und, indem sie um die eine oder die andere Straßentafel stritten, das Reich verloren!

Hohes Haus! Ich erinnere an diese Tatsache und unsere Stellung in den damaligen Zeiten, wenn ich von der heutigen Lage spreche. Auch heute sehen Sie nur den Tag und seine Not und Sie sehen nicht die Zukunft. Und auch heute sehen Sie nur das Interesse eines Nationsteiles und nicht des Nationsganzen, und Sie werfen uns vor, daß wir eine unsachliche, unberechtigte, parteiische, erregte Politik machen, während wir in Wahrheit die Zukunft und das Ganze der Nation vor Augen haben, wenn wir diese Vorlagen ablehnen. Wir sind also gegen diese Vorwürfe abgehärtet, denn wir wissen, daß wir zwar heute noch nicht recht bekommen haben in der Mehrheit unseres Volkes, wir wissen aber, daß Völker langsam lernen, und wir haben die Geduld, sie zu lehren. Wir hoffen auch, daß diesmal unser Volk nicht zu spät lernen wird.

Nun sehen wir die Schwelle vor Augen, die Sie uns überschreiten heißen. Sie sagen: Genehmigen Sie diese Kreditaktion, nehmen Sie den Genfer Vertrag an, und Österreich wird einer lichten Zukunft entgegengehen — so hat der Herr Berichterstatter gemeint. Vor allem andern sehen wir etwas anderes vor Augen. Wir sehen 20 Jahre einer Schuldknechtschaft vor uns, einer Schuldknechtschaft an das Ausland, welche sehr bald alle Klassen, alle Schichten der Bevölkerung sehr deutlich empfinden werden. Es ist die Kleinigkeit von 70 Millionen Goldkronen im Jahre, die sie an Zinsen durch 20 Jahre leisten werden; und so, wie man Ihnen heute schon sagt: Baut ab, Ihr könnt solche Kulturbedürfnisse nicht befriedigen, baut ab, so wird man Ihnen, wenn es heißt, unser Volk braucht Spitäler, unser Volk braucht Pflegestätten, später zurufen: Zahlt erst eure Zinsen! Und wenn man sagen wird, unsere Landwirtschaft braucht eine entsprechend wirksame, kräftige Agrikulturverwaltung, die Geld kostet, dann wird man sagen: Zahlt erst eure Zinsen! Und wenn man sagen wird, unsere Universitäten und Hochschulen brauchen eine Ausgestaltung, dann wird man uns zurufen: Zahlt erst eure Zinsen!

Nun können Sie mir sagen: Ja, auch andere Staaten sind verschuldet, und eine gewisse Ver-

schuldung Österreichs ist unvermeidlich. Darum ist auch nicht in der Tatsache der Schuldverpflichtung der Hauptvorwurf gelegen, sondern eben in der Art der Kontrolle, wie sie ausgeübt werden soll. Und der Herr Bundeskanzler, der über so mancherlei Motive der Opposition gesprochen hat, ist doch nur sehr flüchtig über den Einwand hinweggeglitten, den wir ständig und vom ersten Tag an gegen die Genfer Kontrolle vorgebracht haben: Sie bringen eine Kontrolle, welche uns mit Rücksicht auf die Zukunft unseres Volkes nur mit schwerste Sorge erfüllen kann. Vor allem andern sagt man: Ja, wir kennen den Generalkommissär Dr. Zimmermann; er ist ein Mann, der sich in der öffentlichen Verwaltung bewährt hat, ein Mann von Maß, ein Mann von wirtschaftlicher Einsicht. Wir haben keine Ursache, in die gute Leumundsnote des Generalkommissärs Zweifel zu setzen. Aber ebenso gewiß ist es, daß dieser Generalkommissär Instruktionen unterworfen ist, die wir nicht kennen. Wir wissen, daß dieser Generalkommissär ablösbar ist, vor allem andern aber wissen wir, daß das Kontrollkomitee, das so lange beisammen sein wird, als die Schulden nicht vollkommen rückerstattet sind, unter anderem aus Vertretern von Nachbarstaaten zusammengesetzt ist, die ganz andere Interessen haben als unsere Volkswirtschaft. Niemand von Ihnen kann wissen, was aus dem Völkerbund in einem, in zwei oder fünf Jahren wird. Niemand kann wissen, wie unsere Nachbarstaaten das Instrument der Kontrolle zu handhaben wünschen, jetzt, in einem Jahr, in fünf und in zehn Jahren. Welche Wandlungen hier möglich sind, mag nur eine Tatsache veranschaulichen: Wir hatten in Italien vor zwei Jahren eine Regierung Nitti, die Österreich, Deutschland und der Wiederaufrichtung der mitteleuropäischen Welt sehr wohl gesinnt war, und wir haben heute in Italien ein Ministerium Mussolini von ganz anderer Denkungsart. Wir wissen auch das eine nicht, wozu die eigene Not der Nachbarstaaten in einer ferneren Zukunft ihre Vertreter nötigen kann. Es ist eine Kontrolle, die aus einer Augenblicksnot zugelassen wird, die aber auf 20 Jahre und mehr, vielleicht auf ein ganzes Menschenalter wirkt.

Und das ist es, warum wir von der ersten Stunde an gegen dieses Gesetz, gegen jede Form der Kontrolle die allerstärksten Bedenken gehabt haben. Die Wahrheit ist: Wir geben die Zukunft unseres Volkes und unseres Landes durch dieses Gesetz in ungewisse, fremde Hände. Und das ist der allerletzte Schritt, den ein Volk unternehmen sollte. Nun haben die Verhandlungen im Ausschusse, die Durcharbeitung der ganzen Materie, die ja — ich brauche da gar nicht den ganzen Geschichtskalender aufzuzählen, wie es der Herr Bundeskanzler getan hat — tatsächlich von außerordentlicher Gründlichkeit war, von einer außerordentlichen Zähigkeit im Verhandeln, ja auch hier das Kampffeld klarer gestellt. Wir wissen heute, warum wir die Kontrolle bestellen. Der zweite Teil unserer Verhandlung wird das Reform- und Sanierungsprogramm zum Gegenstande haben, das die Opfer begrenzt, die wir selbst zu bringen haben. Es ist dasjenige, was nach unserem Empfinden der erste Beratungsgegenstand sein sollte, ja der einzige, mit dem wir uns beschäftigen sollten, allerdings in anderer Gestalt, als es hier vorliegt. Dieses Reform- und Sanierungsprogramm sagt nun, welche Opfer die Städte und das Land, Wien und die einzelnen Bundesländer, die Industrie und die Landwirtschaft, welche Opfer die Angestellten, die Arbeiter zu bringen haben. Wir sehen also, welche ungeheuren Leistungen aufgebracht werden müssen — ich will die Kritik dieses Programms späteren Rednern überlassen —, um uns selbst zu helfen. Und nun sehen wir: Es fehlt zu den Leistungen des Sanierungsprogramms nur ein kleines Plus, nur etwas mehr, um die Selbsthilfe wirklich zu einer wirksamen und alleinigen zu machen. Wir werden durch die Vermittlung des Völkerbundes vom internationalen Kapital in dem Maße monatliche Zuschüsse bekommen, als die aufgelegten Anleihen wirklich subskribiert werden. Diese Zuschüsse werden monatsweise vielleicht 20, 25 oder 30 Millionen Kronen ausmachen. Wenn wir annehmen, daß unser Reform- und Sanierungsprogramm so erstellt ist — und es ließe sich so erstellen —, daß wir nach einem halben Jahr aus der Kraft der eigenen Volkswirtschaft das decken, was wir brauchen, so hätten wir nur durch sechs Monate etwa den Betrag von 20 bis 30 Millionen Goldkronen im eigenen Land aufzubringen gehabt, und das wäre, hohes Haus, gegenüber den Unsummen, die durch das Sanierungsprogramm aufgebracht werden müssen, im ganzen tatsächlich nur ein gewisses Plus, ein gewisses Mehr darüber. Wenn wir strenge urteilen wollen, so unterscheiden wir uns ziffermäßig nur in diesem Plus; denn wir haben ein Reform- und Sanierungsprogramm verlangt, daß alle Schichten der Bevölkerung heranzieht, das das Defizit des Staatshaushaltes ausgleicht und die Stillegung der Notenpresse möglich macht. Wir haben aber zweitens die sofortige Erfassung der Goldwerte verlangt, die es uns erspart, Anleihen vom Ausland aufzunehmen. Dieses Plus ist der einzige Streitgegenstand, wenn wir von der Detaildurchführung absehen. Dieses Plus hätten natürlich im großen und ganzen weder die Bauern noch die Arbeiter zu leisten vermocht; es wäre von den besitzenden Klassen durch Erfassung ihrer Goldwerte aufzubringen gewesen. Man erspart diesen obersten Schichten unseres Volkes durch fünf, sechs oder acht Monate die Leistung von monatlich etwa 20 bis 30 Millionen Goldkronen. Um diese Entlastung handelt es sich im Grunde genommen — denn

allen andern Schichten wird nichts erspart —, und diese Aufbringung der Goldwerte, die notwendig gewesen wäre, um die fremde Kredithilfe zu vermeiden, ist der eigentliche Streitgegenstand. Um nun diese oberen Schichten der Besitzenden zu schützen, aus diesem Grunde ist man nach Genf gegangen, aus diesem Grunde hat man die fremde Hilfe hereingerufen, und aus diesem Grunde hat man die Unabhängigkeit unseres Landes preisgegeben. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Unser Programm war: wir bringen selbst diese Beträge im eigenen Land auf und behaupten dafür die Freiheit. Ihr Programm war: wir erkaufen uns eine gleiche Summe durch Auslieferung unserer Selbstbestimmung an das Ausland. Und darin unterscheiden wir uns vom Anbeginn, darin haben wir uns unterschieden vom ersten Tage bis zum letzten, vom Anbeginn bis heute, und darin werden wir uns auch mutmaßlich in der Zukunft so lange unterscheiden, bis Sie gezwungen sind, unseren Grundsätzen Rechnung zu tragen.

Es ist nun ganz klar, daß die Arbeiterklasse gerade diese Summe nicht aufzubringen vermochte, es ist klar, daß sie aus ihrer eigentlichen wirtschaftlichen Kraft heraus gerade die Goldwerte nicht zur Verfügung stellen konnte; es ist aber auch klar, daß die Arbeiterklasse zusammen mit den Vertretern des Bürgertums und der Bauernschaft die oberen Schichten der Besitzenden hätte zwingen können, dieses Opfer zu bringen. Und hätten Sie dabei mitgetan, so wäre uns der Gang nach Genf erspart geblieben. Daß Sie es nicht getan haben, das ist nicht unsere Schuld und das ist nicht ein Mißerfolg der Arbeiterklasse, sondern ist die Schande der besitzenden Klassen und die Schande der bürgerlichen Parteien dieses Hauses. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Es ist nun keineswegs wahr, was der Herr Abgeordnete **Miklas** als Berichterstatter gesagt hat, daß unsere Politik gegen diese Art der Kredite gerade in diesem Augenblick eingesetzt und den stärksten Widerstand erhoben habe, während man es vor Tisch anders gelesen. Ich muß, um diese Behauptung zurückzuweisen, Sie an folgendes erinnern, und es wird auch keiner Agitation möglich sein, die Erinnerung daran zu verdunkeln. Es war im Herbste 1921, wo die oberste Parteikörperschaft der Sozialdemokratie — und Sie können diese Dinge im Protokoll nachlesen — ein Finanzprogramm und auch ein Reform- und Sanierungsprogramm verkündet hat. Mit welcher Begründung? Wir haben damals gesagt: die monarchische Gefahr kann im Augenblick als überwunden angesehen werden, aber die Republik ist von einer andern Seite bedroht.

Die wirtschaftliche Entwicklung bedroht sie mit dem finanziellen Zusammenbruch, und dieser bedeutet die Bedrohung der Unabhängigkeit der Republik. Schon damals haben wir in guter Voraussicht der Gefahren, denen wir entgegengehen und denen das Regime **Seipel** auch tatsächlich zum Opfer gefallen ist, gesagt: Im Interesse der Unabhängigkeit der Republik fordern wir die Durchführung eines Finanzprogramms, und schon damals haben wir gesagt: Alle müssen Opfer bringen, auch die Arbeiterklasse wird die Opfer bringen, die nottun zur Rettung der Unabhängigkeit des Landes. Das haben wir im Juni 1922, dasselbe im August gesagt, und damals sind wir einen Schritt weiter gegangen und haben, wieder mit klarem Hinweis auf die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit des Landes, ausdrücklich in Aussicht gestellt, daß wir bereit sind, eine Konzentrationsregierung zu bilden. Es ist also nicht so, geehrte Männer und Frauen, daß die Frage der Unabhängigkeit der Republik für uns akzessorisch im letzten Moment nur zufällig oder gelegentlich hereinkam, sondern seit mehr als Jahresfrist wird die Unabhängigkeit der Republik nach außen mit der Notwendigkeit eines Finanz- und Sanierungsprogramms und mit der Notwendigkeit der Selbsthilfe in Zusammenhang gebracht. Darum ist der Einwand so kindisch, der von mancher Seite gemacht wird, warum denn die Arbeiterklasse nicht bei dem Genfer Werke dabei sei, sie könnte ja ebensogut mitwirken. Hohes Haus! Wenn die Arbeiterklasse schon freiwillig Opfer bringen soll, so kann sie sie nur bringen für die Unabhängkeit der Republik *(lebhafter Beifall und Händeklatschen)*, sie kann sie nicht bringen für die Unterwerfung der Republik unter ein fremdes Regime und sie kann sie nicht bringen, um der obersten Schichte der besitzenden Klassen die notwendigen Opfer an Goldwerten zu ersparen. Das ist eine unmögliche Zumutung. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Deshalb mußten wir uns vom ersten Tag an jedem Versuche fernhalten, die Not unseres Landes dazu zu benutzen, um die Freiheit des Landes den Nachbarn, der Welt, dem Völkerbund oder wem immer auszuliefern.

Nun kann aber jemand einwenden, und der Kleinmut in unserem Lande wendet das ja immer ein: Ach was Unabhängigkeit! Ach was Anschluß! Wir sind doch so arm und klein, wir sind so machtlos, wir können niemand Hilfe bringen, wir müssen uns gefallen lassen, daß wir von jedem, der will, gerettet werden, wir müssen deshalb unsere Unabhängigkeit preisgeben! Dieser Einwand wird ja vielfach gemacht und insbesondere scheint er dem Denken mancher Großdeutschen zugrunde zu liegen. Sie scheinen für den Verrat an der nationalen Sache diesen Kleinmut als ihre Lebenslüge ausgewählt zu haben. Es gibt arme Völker, die es verstanden haben, frei zu bleiben und ihre Freiheit wieder zu gewinnen. In der Zeit, wo wir das irische Volk

sich aufraffen sehen, um seine Freiheit von dem mächtigen England zurückzuerobern, in den Tagen, wo die Türkei aus der tiefsten Erniedrigung sich emporgearbeitet hat, in diesen Tagen ist es doppelt schmerzlich zu sehen, daß die Republik Deutschösterreich und ihr Volk, das wenigstens die halbe Freiheit des Artikels 88 in Saint-Germain mitbekommen hat, nun selbst hingeht und diesen achtundachtzigsten Artikel den Fremden preisgibt und die nationale Selbstbestimmung opfert. Ich brauche in diesem Stadium nicht mehr zu erwähnen, was im Ausschuß und überall gesagt worden ist, daß das Protokoll, wenn es so bestehen bleibt und Rechtskraft hat, tatsächlich die Anschlußhoffnungen auf nahezu ein Menschenalter hinaus eitel und trügerisch macht, ich brauche nicht zu erwähnen, daß eine viel stärkere Bindung aus dem Protokoll hervorgeht, besonders darum, weil wir es uns gleichsam erbeten haben, während der Vertrag von Saint-Germain uns aufgezwungen worden ist. Nun sehen wir, daß dieselben Kreise, die schon vom ersten Tage an den Anschlußgedanken sabotiert haben, die Kapitalistenklasse es ist, welche am meisten über Genf jubelt, und wir begreifen schon, daß diese Klasse und ihre Vertreter, daß auch diejenigen Schichten, bei denen ein klares und deutliches Bewußtsein ihrer nationalen Zugehörigkeit noch nicht vorhanden ist, dem Anschlußgedanken diesen üblen Dienst geleistet haben. Aber traurig und schmerzlich ist es für uns, daß auch die Großdeutsche Partei bei dieser Gesellschaft ist, daß sie an diesem neuerlichen gefährlichen Attentat auf den Anschlußgedanken mitschuldig ist.

Nun müssen wir uns, wenn wir heute über diese Protokolle abstimmen sollen, fragen: Was soll denn unser Volk, unser Deutschösterreich in diesen nächsten Jahren, für die die Protokolle gelten, in der Welt? Es kommt sehr darauf an, daß wir uns ein Bild davon machen, was denn die Zukunft sein soll, in der dieses Deutschösterreich zu wirken hat. Das nächste Jahrzehnt, vielleicht die zwei nächsten Jahrzehnte werden es sein, in denen Mitteleuropa und damit auch die deutsche Nation wieder aufgerichtet werden soll. Es wird ein Jahrzehnt der Neuaufrichtung von ganz Europa sein, das Jahrzehnt, in dem eine Neuordnung der Welt durch ein überstaatliches System, für das der Völkerbund ja nur ein Vorbild ist, versucht werden wird. In dieser Zeit haben auch die kleinsten Völker den stärksten Beruf in sich gefühlt, frei zu sein, um mitentscheiden zu können. In diesen nächsten Jahren, wo über das Schicksal der deutschen Nation entschieden, wo Mitteleuropa neu geordnet werden wird und wo die wirtschaftlichen Bedingungen aller Staaten im Rahmen der Weltwirtschaft festgelegt werden sollen, werden wir nicht mitten im Rate der Völker sitzen, wenn wir auch formell Mitglied des Völkerbundes sind, sondern werden als Schuldknechte, als Supplikanten draußen vor den Toren stehen. Wir haben unsere Unabhängigkeit unseren Nachbarn gegenüber in der gefährlichsten Zeit unserer Existenz eingebüßt. Und doch war es ja der Glaube, das gemeinsame Bekenntnis aller Österreicher nach dem Zusammenbruch, in der Revolution, bei der Aufrichtung des Staates: Wir haben gewußt, wir werden arm sein und Entbehrungen leiden müssen; wir haben gewußt, daß wir uns nur mit Mühe des Andranges unserer Nachbarn würden erwehren können. Wir haben uns aber dennoch gesagt, wir werden trotz aller Entbehrungen mit allen Mitteln unsere Freiheit so lange zu behaupten suchen, bis wir den Anschluß zu vollziehen imstande sind. Nun haben wir gerade in dieser kritischen und entscheidungsvollen Zeit für uns und unsere Nachbarn die Freiheit aufgegeben. Gerade dann und dort, wo es darauf ankam, wenn auch unter Leiden frei zu bleiben, haben wir es vorgezogen, uns für eine Scheinrettung aus unseren ökonomischen Schwierigkeiten zu verkaufen und unsere Freiheit aufzugeben. Und darin liegt Seipels geschichtliche Schuld.

Hohes Haus! Wir meinen, daß der Zusammenhang mit der Gesamtaufgabe unserer Republik und mit dem Gesamtschicksal der deutschen Nation außer Acht gelassen wurde, als man nach Genf ging und daß dieser Zusammenhang von den Massen der Bürger und Bauern nicht empfunden wurde, daß wir in dem Augenblick, wo wir unsere Freiheit in der Gesamtheit der andern Völker und in der Zukunft retten sollten, uns nicht aufraffen konnten, die Selbsthilfe zu schaffen und durch eigene Kraft zu organisieren. Wir haben diesen Augenblick versäumt und wir haben ihn nicht durch die Schuld der Arbeiterklasse versäumt.

Der Herr Bundeskanzler hat, wie ich eingangs erwähnt habe, einen gewissen Wandel in unserer Haltung konstatieren zu müssen geglaubt. Der Herr Berichterstatter hat davon gesprochen, daß die Verantwortung für das Genfer Werk, die vorliegenden Protokolle und das Sanierungsprogramm so groß sei, daß kein Mensch daran denken könne, zu obstruieren. Diese Ausführungen sind von der einen wie von der andern Seite in ganz gleicher Weise mißverständlich. Es hat die Sozialdemokratie niemals mit dem Gedanken auch nur kokettiert, daß solche Vorlagen durch das bloße Mittel einer parlamentarischen Obstruktion einer Minderheit aus der Welt geschaffen werden könnten. Vom ersten Tage an haben wir die Frage so gestellt: Uns ist diese Selbstentäußerung Österreichs, die Preisgabe der Freiheit, der Selbstbestimmung, die Hingabe an ungewisse Fremde etwas so wider die Natur gerichtetes, uns erscheint es so gefährlich für unsere Nation, daß wir alles unternehmen werden, um die Nation selbst, das Volk selbst in seiner Ganzheit aufzurufen und

von ihm die Opfer zu verlangen, die zur Selbsthilfe gehören. Wir haben erklärt, daß diese Selbsthilfe ökonomisch und finanziell möglich ist, daß sie aber politisch unmöglich werden müßte dann, wenn die besitzenden Klassen versagen, wenn es ihnen an Empfindung für das Volksganze fehle, an Empfindung für den Anschlußgedanken an das Reich. Wir haben zunächst diesen Appell an das ganze Volk gerichtet und ihm die Entscheidung an die Hand gegeben. Wir haben aber zu unserem Schmerze sehen müssen, daß dieser Selbsthilfewille nicht besteht, daß diese Opferfreudigkeit, diese Opferkraft nicht besteht; denn trotz des Druckes vom Völkerbunde war ja diese Opferfreudigkeit nicht einmal so groß, daß sie das Hindernis des Haustrunkes und freien Schnapsbrandes hätte nehmen können. Wir haben gesehen, wie opferbereit die Agrarier sind, wir haben gesehen, wie opferbereit unser Bürgertum ist. Wir sehen es an diesem Finanz- und Sanierungsprogramm, wir sehen es an der Tatsache, daß die Besteuerung der Einkommen und der Vermögen in den oberen Stufen eher noch herabgemindert wird. Wir haben da die Grenzen Ihrer Opferbereitschaft gesehen und das ist die traurige Antwort auf die Frage, die wir unserem Volke gestellt haben — wir meinen, die vorläufige Antwort.

Es ist auch nicht richtig, daß ein Mißverständnis in bezug auf die Kontrolle und die Diktatur unsererseits vorgewaltet habe. Der Herr Bundeskanzler hat zwar gemeint, er habe das mit der Diktatur ja nie so verstanden, es war das übertriebenes Mißtrauen und übertriebene Befürchtungen und das Verfassungsgesetz, das beschlossen werden und das die Diktatur ausschließen oder eindämmen soll, beweise ja eben, daß solche Absichten nie bestanden haben. Wir erinnern uns aber zu genau daran, was der Herr Bundeskanzler hier ausgeführt hat. Er hat gemeint, er werde vielleicht noch größere Vollmachten in Anspruch nehmen müssen, er werde aber auf der andern Seite nichts dagegen haben, daß ein Ausschuß des Hauses zusammentritt, dem die Regierung jederzeit Bericht zu erstatten gehalten wäre. Nun, ich glaube, aus der bloßen Berichterstattung ist nichts geworden. Ich habe den Eindruck, daß man heute in Regierungskreisen mit gutem Grund jede Absicht einer Kontrolle oder einer Diktatur ableugnet. Wir haben Gelegenheit gehabt, einen harten Kampf um diese Dinge zu führen, und während dieses harten Ringens um die Rechte des Parlaments sind gewissen Absolutisten, gewissen Lohgerbern des Absolutismus die Felle allmählich davongeschwommen. Der Herr Bundeskanzler leugnet, zu diesen Lohgerbern zu gehören, und meint, er habe nie mit einem solchen Fell etwas zu tun gehabt. Wir werden es ihm also glauben; aber er wird begreifen, daß, nachdem eine solche Unbestimmtheit in den Vorlagen von Anbeginn war, daß wir in Zusicherungen dieser Art kein besonderes Vertrauen setzten, daß wir uns eher genötigt sehen, den Schutz, den wir für das Parlament brauchen, uns selbst zu besorgen.

Wenn nun aber die Tatsache feststeht, daß die bürgerlichen Parteien in ihrer großen Mehrheit das Genfer Programm wollen und die Selbsthilfe nicht wollen, so ist es eben so klar, daß eine Zwangslage für uns geschaffen war, eine Zwangslage, die es für den Augenblick so erscheinen ließ, als wäre unsere Politik vergebens gewesen. Aber unsere Sache ist darum nicht verloren, weil es uns nicht gelungen ist, Genf zu verhindern. Unsere Sache ist darum nicht verloren, weil der Kampf, den wir um die Unabhängigkeit unseres Landes aufgenommen haben und den wir im Zusammenhange mit den finanziellen Dingen im Grunde genommen schon über ein Jahr lang führen, heute schon seine ausgezeichneten und besten Früchte gezeitigt hat. Bestand doch, hohes Haus, die Gefahr daß diese Auslandskontrolle von ganz Österreich mit dankbarer Ergebenheit, mit dankbarer Unterwürfigkeit aufgenommen wird wie eine Gnade aus den Händen der Siegermächte. Daß uns diese Schande erspart worden ist, das dankt Österreich der Sozialdemokratie und ihrem energischen Widerstand. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Es bestand auch die Gefahr — und sie war nicht von vornherein ausgeschlossen —, daß die Vormünder, die nun kommen und die als wohlwollende Freunde uns dargestellt werden, zu uns gekommen wären wie zu Unmündigen, daß sie verleitet gewesen wären, ihren souveränen Willen an Stelle des gründlichen Studiums des Landes und der sorgfältigen Wahrnehmung der Interessen des Landes zu setzen. Wir haben von vornherein verlangt, daß diejenigen, die da kommen werden, daß alle diejenigen, die nach Wien kommen und die in Genf über unser Schicksal entscheiden sollen, darüber belehrt werden, daß die Österreicher kein Volk sind, das sich so leicht begnaden und begönnern läßt, sondern ein Volk, das, wenn auch seine Freiheit noch jung ist, dennoch auf seine republikanischen Gerechtsamen zu achten weiß und seine Unabhängigkeit nicht wird kränken lassen.

Ich möchte in diesem Augenblicke den Herrn Bundeskanzler, der eine so lange chronologische Aufzählung gegeben hat, an ein Wort erinnern, das er selbst gesagt hat und das, wie ich glaube, zu der gegenwärtigen Lage viel besser taugen würde. Er hat in Genf selbst gesagt — ich glaube es war in seiner Schlußrede —, daß, wenn er mit diesem Programme nach Hause kommen wird, gewaltige und langwierige Kämpfe einsetzen werden und ich war ihm damals, wiewohl ich über sein ganzes Verhalten selbstverständlich gleich gedacht habe wie alle meine Parteigenossen, wenigstens für dieses eine

Wort dankbar, weil es dort wirklich den Glauben zu zerstreuen imstande war, daß in Österreich nur Leute sind, die das von Genf Gebrachte hinnehmen werden wie eine Gnade, für die man fußfällig zu danken habe. Wir werden, wenn es darauf ankommt, auch in Zukunft mit vollem Nachdrucke den Beweis erbringen, daß wir in der Gewährung von Krediten, in welcher Form sie immer erfolgen, nichts anderes sehen können, als die Erfüllung der in der Mantelnote übernommenen Verpflichtungen, als ein schwaches Entgelt für das furchtbare Unrecht, das uns in den Friedensverträgen selbst geschehen ist. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Wir werden uns deshalb gegen jede Diktatur, die von außen zu kommen droht, genau so zu wehren wissen, wie gegen jeden Versuch der Diktatur im Inneren. Wir haben durch unseren Kampf diese eine Schande von Österreich abgewehrt, daß man über uns im Auslande gering denkt. Wir haben durch unserem Kampf bewiesen, daß wir gegenüber künftigen Zumutungen der ausländischen Mächte, die im Zusammenhange mit der Kreditfrage stehen, abwehrbereit sind, und wir sehen nun heute, wenn diese Kredite genehmigt sind, unseren Kampf lange noch nicht als beendet an. Denn der Kampf um unsere Unabhängigkeit geht fort, von dem Tage an, wo die erste Schuldverpflichtungsurkunde unterfertigt ist, bis zu dem Tage, wo die letzte Schuldurkunde gelöscht ist. Unser Kampf um die Unabhängigkeit der Republik kann erst an dem Tage schließen, wo der letzte Vertreter einer fremden Macht, die uns zu kontrollieren hat, das Land verlassen hat; unser Kampf um die Unabhängigkeit, unser Kampf gegen Genf kann erst schließen in dem Augenblicke, wo Genf ausgelöscht ist, wo unser Land wieder die volle Unabhängigkeit gewonnen hat.

Dieser Kampf ist also keineswegs eine Gelegenheits- oder Verlegenheitsplattform, die wir bezogen haben. Ich habe gezeigt, daß wir diesen Kampf gleichzeitig mit unserem ersten Reform- und Sanierungsprogramm angekündigt haben, und ich habe Ihnen dargetan, daß wir diesen Kampf fortführen werden, wie immer die politischen Verhältnisse in diesem Lande sich noch gestalten. Es ist deshalb eine merkwürdige Verirrung, wenn ein Blatt schreibt, die Sozialdemokratie habe sich durch diesen Kampf isoliert und geschwächt. Ich habe im Gegenteil die Empfindung, daß wir niemals so stark waren, wie in dem Augenblicke, wo wir in diesem Kampfe allein waren. *(Lebhafter Beifall.)* Wir sind nicht schwächer geworden dadurch, daß wir heute die einzige und alleinige, die österreichische Unabhängigkeits- und Anschlußpartei schlechtweg geworden sind, nachdem die bürgerliche Anschlußbewegung von den Bürgerlichen selbst verraten worden ist. *(Lebhafter Beifall.)* Es kann sein, daß der Kleinmut unserer Bevölkerung, auf den Sie spekulieren, eine Zeitlang uns mißversteht. Wir haben die Geduld zu warten, wir wissen zugleich, daß nichts für uns mehr streitet als das Werk selbst, das Sie vollbracht haben. Sie legen uns ein Finanzreformprogramm vor und der Herr Berichterstatter Miklas erzählt uns, daß schon durch dieses Programm Vertrauen in unsere Wirtschaft eingekehrt sei, eine allgemeine Besserung der Krone sei eingetreten usw. Aber zugegeben, daß die Krone um die schwersten Opfer der Volkswirtschaft stabil erhalten worden ist; wie sieht es denn in Wahrheit mit unserem Wirtschaftsleben aus? Eine tiefe Verzweiflung hat die breiten Massen des Volkes erfaßt, eine tiefe Verzweiflung die Arbeiterschaft, die heute schon hunderttausend und mehr Familienväter arbeitslos sieht; eine tiefe Verzweiflung auch die Industrie, welche ihre Konkurrenzfähigkeit völlig schwinden sieht. Eine gewisse Verzweiflung hat auch die denkenden Landwirte erfaßt, welche sehen, daß die Bedingungen ihrer Wirtschaft nach allen Richtungen hin erschwert werden. Es ist eine allgemeine Verzweiflung und diese allgemeine Verzweiflung, die insbesondere durch den Abbau hervorgerufen wird, zwingt doch allen Menschen die Frage auf: Steht denn das Opfer, das wir bringen, zu diesem Erfolg im Verhältnis? War nicht ein anderes, aus eigener Kraft gewonnenes Reform- und Sanierungsprogramm einem Programme vorzuziehen, das uns vom Ausland aufgenötigt, an Termine gebunden, in gewisse Formeln gezwängt ist, die nur dem westländischen Kapital verständlich sind, aber auf ein besiegtes Land gar nicht passen? Wir sehen, daß im Gefolge dieses Sanierungsprogramms Leiden ohne Zahl über unser Volk gebracht werden, Leiden, von denen ein großer Teil hätte vermieden werden können. Das Werk, das Sie vollbringen und das ja noch im einzelnen der Kritik unterliegen wird, dieses Werk streitet auch für uns. Es tut uns sehr leid, daß unser Volk dieser schweren Prüfung ausgesetzt wird, die durch dieses vom Ausland her diktierte Sanierungsprogramm über das Land verhängt wird. Wir empfinden seine Leiden und bedauern es außerordentlich, daß das Volk nicht selbst aus eigener Kraft zuvorgekommen ist und sich selbst ohne fremden Einfluß das Maß gesetzt hat. Es werden unsere lieben Österreicher schon dahinterkommen, daß die Sanierung aus eigener Kraft billiger und besser und für die Dauer ehrenvoller ist als eine Sanierung mit Hilfe des Auslandes. Wir aber werden darüber wachen, was immer geschehe und wer immer ins Land kommt und wer immer das Land von außen zu kontrollieren sucht, das Band, das Genf um uns schlingt, die Fesseln, die uns angelegt werden, immer mehr zu lockern und so rasch als möglich zu zerreißen. Der Kampf um die Unabhängigkeit des Landes, der Kampf um den Anschluß geht fort und nichts in der Welt wird uns zwingen, anzuerkennen,

daß das Protokoll Nr. I, welches vorsieht, daß wir auch nicht einmal irgendeinem Staate, also Deutschland, ein Sondersystem oder Vorteile zugestehen dürfen, die geeignet wären, diese Unabhängigkeit zu gefährden, daß diese weit über den Vertrag von Saint-Germain hinausgehenden Sätze uns binden können. Wir sind der Auffassung, daß der Friedensvertrag von Saint-Germain zwischen allen Signatarmächten durch einen gemeinsamen Akt aller dieser Mächte geschlossen worden ist und daß diese Abänderung des Vertrages, die über den Vertrag von Saint-Germain hinausgeht, nur von fünf Mächten gezeichnet worden ist. Es ist nun undenkbar, daß ein solcher Teilakt über den Vertrag von Saint-Germain hinaus Gewalt hätte, daß dieser Vertrag neben dem Vertrag von Saint-Germain rechtsbeständig sein könnte. Wir werden uns also durch das Protokoll I überall dort, wo es auf uns ankommt, wo wir zu entscheiden haben, einfach nicht gebunden erachten deshalb, weil wir es nicht mit unseren Stimmen bekräftigt haben, und nicht gebunden deshalb, weil wir es nicht als international rechtskräftig ansehen können. Der Kampf gegen den Vertrag von Genf ist also dadurch, daß hier in diesem Hause über ihn abgestimmt wird, daß er beschlossen wird, daß die Protokolle Gesetzeskraft erlangen, für uns nicht zu Ende. Wir werden den Kampf fortführen, bis die Unabhängigkeit der Republik Österreich verwirklicht ist, bis die Unabhängigkeit der Republik Österreich uns dazu befähigt, den Anschluß zu vollziehen.

So schließe ich denn mit dem, womit ich neulich geschlossen habe: Wir haben gegen die Genfer Protokolle nur ein dreifaches Nein! Was aber unser letztes Ziel anbelangt, so rufe ich Ihnen zu: Die Unabhängigkeit der Republik Österreich und der Anschluß an unser deutsches Mutterland, sie leben hoch! Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Partei bringen ein dreimaliges Hoch aus. *(Lebhafter anhaltender Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident Dr. **Dinghofer** *(welcher während vorstehender Rede den Vorsitz übernommen hat)*: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Doktor Zeidler; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Zeidler**: Mein unmittelbarer Herr Vorredner hat in seiner Rede außerordentlich häufig das Wort „Nation" gebraucht und er hat fast in jedem zehnten Worte seinen Schmerz darüber ausgedrückt, daß nicht alle Bürger des Staates ein tiefes Zusammengehörigkeitsgefühl besitzen. Wenn man bedenkt, daß diese Worte aus dem Munde eines der Führer der Sozialdemokratie stammen, die in ihren Taten fortwährend das Gegenteil von dem bewiesen haben, was jetzt gesprochen wird *(Sehr richtig!)*, so muß man sich wundern, daß der Herr Sprecher an die Möglichkeit eines so kurzen Gedächtnisses glaubt. Ich werde mir erlauben, in meinen Ausführungen zu beweisen, daß sowohl die österreichische, als auch die Sozialdemokratie des Deutschen Reiches fast in allen Punkten das Gegenteil von dem getan hat, was der verehrte Redner jetzt vorbrachte.

In den letzten Wochen wurde in der sozialdemokratischen Presse und wohl auch von sozialdemokratischen Rednern niemand so sehr angegriffen wie wir Großdeutschen. Ich werde mich nun bemühen, zu zeigen, daß weder die Angreifer, die Sozialdemokraten berechtigt sind, irgendwelche Angriffe aus diesem Grunde gegen irgend jemanden zu richten, noch vor allem, daß wir Großdeutschen irgend etwas getan haben, was die Angriffe gegen uns auch nur im entferntesten rechtfertigt. Wenn in dem Areopag der Sozialdemokraten — er nennt sich, glaube ich, Parteirat, es ist eine der letzten Nomenklaturen — erst vor wenigen Tagen der Abgeordnete Dr. Bauer sein Bedauern darüber ausgesprochen hat, daß es ihm nicht gelungen sei, auch die Bürger und die Bauern vor seinen Triumphwagen zu spannen, daß es ihm auch nicht gelungen sei, die Bürger und die Bauern mit seinen Ideen zu erfüllen, so muß ich sagen, daß das zu den komischesten Dingen gehört, die ich seit langer Zeit erlebte. Wir sind ja gewohnt, daß manche der Herren auf dieser Seite nicht überaus bescheiden sind, aber von solcher Unbescheidenheit zu sein und zu glauben, daß wir uns durch ihre Argumente überzeugen lassen, uns selbst umzubringen, das ist mir doch eine ganz wunderliche, fast unglaubliche Sache.

Es ist jetzt ein ungeheurer Kampf mit fabelhafter Aufmachung geführt worden und ich möchte wissen, wie sehr eigentlich das parlamentarische Leben von heute die Menschen verbraucht. Wenn Sie die Stunden zusammenzählten, meine sehr verehrten Herren, auf dieser (linken) Seite, die Sie vertrödelt haben, um angeblich die Seele des Arbeiters zum Kochen zu bringen, so muß ich wohl sagen, daß der Parlamentarismus und der politische Kampf wohl als das Unökonomischeste erscheint, was man sich vorstellen kann. Viel nützlichere Arbeit hätte doch vollbracht werden können, als es diejenige war, die Sie in zahllosen Versammlungssälen, in zahllosen Stunden dadurch aufgebracht haben, daß Sie angeblich die Seele des Arbeiters mit Schmerz über etwas erfüllen wollten, was ihm doch im letzten Grunde zu großem Vorteile gereicht. Wenn Sie doch nur aufrichtig wären! Sie haben den Kampf so dargestellt, als würde es sich um Weltanschauungen handeln — das sind wir bei Ihren Kämpfen gewöhnt — als würde es sich um die letzten Prinzipien, um Himmel und Hölle handeln. Wären Sie doch aufrichtig gewesen und

hätten Sie gesagt: Wir sind sehr besorgt Genossen, daß unsere gewerkschaftliche Organisation erschüttert wird! Aber warum damit „Nation", „Zusammengehörigkeit", „Anschluß an das Deutsche Reich" und „Weltanschauung" und was für Dingen herumwerfen? Das wäre viel ehrlicher gewesen und würde wahrscheinlich auch das Volk mehr überzeugt haben.

Wenn, glaube ich, vorgestern bei diesem Parteirat und auch heute wieder vom Abgeordneten Dr. Renner gesagt wurde, niemals fühle sich die Sozialdemokratie stärker, niemals habe sie mehr den Beweis ethischer Höhe erbracht als in diesem Kampfe, so erlauben Sie mir, daß ich einige wenige kleine Bilder aus meinen eigenen Erfahrungen der letzten Zeit vorführe. Auch ich, wie jeder großdeutsche Abgeordnete habe ja die Verpflichtung gehabt, um die Betörung Ihrerseits halbwegs wettzumachen, Aufklärung in die Menge hinauszutragen, und wir sind da sehr häufig mit Arbeitern in Industriestädten ziemlich scharf zusammengestoßen. Ich habe mir wiederholt in Versammlungen, die ich abgehalten habe, die angeblich erbitterten, schmerzerfüllten Arbeiter angesehen und habe sehr häufig gefunden, daß in meiner Zuhörerschaft 17-, 18-, 19jährige Jünglinge saßen, und die riefen auf Ihre sehr geschickte Morsetelegraphie — denn Sie pflegen bei gewissen Momenten, wo Sie Beifalls- oder Mißfallsbezeugungen erregen wollen, irgendein Signal zu geben — und da fiel dann irgend so ein Jüngling, der wahrscheinlich keine Ahnung hat, wo Genf liegt, noch was eine Konvention ist, geschweige denn, daß er wüßte, was eine Genfer Konvention ist, geschweige denn, daß er Schmerz empfände über die Genfer Konvention, der fiel dann — wie eine Guillotine sauste das nieder — mit einem furchtbaren Pfui! ein. Gleich darauf habe ich wie gewöhnlich gesehen — denn ich interessiere mich für die Psychologie meines Volkes — wie dieser junge Herr lebhaft lachte und wie er ganz deutlich zum Ausdruck brachte, daß ihm das ganze ein höchstes Gaudium sei. Ich habe mich auch einmal überzeugt und einen solchen Herrn gefragt: Ja, sagen Sie mir, warum sind Sie denn so erbittert? Er gab mir allerdings eine Antwort, die ich aus Höflichkeitsgründen vor dem hohen Hause nicht wiederholen kann *(Heiterkeit)*, die aber jedenfalls nicht beweist, daß er lebhaften Schmerz über die Genfer Konvention oder dergleichen empfunden hätte. *(Lachen.)* So sieht es tatsächlich in Wirklichkeit aus und Sie werden mich durch Ihr Gelächter nicht überzeugen. Im Gegenteil, die älteren Arbeiter — ich habe doch auch sicherlich so viel Menschenkenntnis wie Sie, meine Herren, und wie man durchschnittlich zu haben pflegt — die älteren Arbeiter hielten sich gewöhnlich sehr zurück. Sie waren ernst und die Frauen dieser älteren Arbeiter noch viel mehr und ich bin fest überzeugt, wenn man — was ja wiederholt in diesem Saale gesagt wurde — in den Kreisen dieser älteren Arbeiter, wenn man in den Kreisen der Familien, in den Kreisen der Frauen eine Abstimmung einleitete, ohne irgendwelchen Parteizwang, so würden Sie mit Ihrer parlamentarischen Vertretung bedeutend im Hintertreffen bleiben.

Nun, meine verehrten Anwesenden, ist es doch immerhin eine ganz erfreuliche Sache, daß zum Beispiel der Herr Abgeordnete Renner, aber auch der Abgeordnete Bauer, mündlich und in der Presse soviel von der Nation sprachen, soviel davon sprachen, es sei eine Schmach, die Nation zu knechten, es sei eine Schmach, den Anschluß an unser Vaterland hinauszuschieben oder unmöglich zu machen. Ich freue mich darüber, denn ich sage, Sie, meine Herren, namentlich die jüdischen Führer dieser Partei, haben eine sehr feine Witterung für das, was kommt; Sie haben eine sehr feine Witterung für die Mächte der nächsten Zeit, und wenn Sie, um Ihren Argumenten ein größeres Gewicht zu verleihen, fortwährend von der Nation sprechen, so müssen Sie offenbar der Meinung sein, daß das eine Macht ist, mit der wir in Zukunft rechnen müssen. Ich quittiere das mit Vergnügen; vielleicht hat Ihnen Herr Mussolini etwas bange gemacht, vielleicht haben Sie tatsächlich das Gefühl, daß in ganz Europa wieder eine nationale Welle kommt, welche alles überdecken wird. Sie rechnen damit; denn kluge Rechner — ich bemerke das noch einmal — und Kenner der Volksseele, die Sie gut beobachten, sind Sie — das ist nicht zu bestreiten — und ich freue mich daher noch einmal, daß fast jedes vierte Wort des Herrn Abgeordneten Renner „Nation" und „Zusammengehörigkeitsgefühl" ist, und ich freue mich übrigens auch sehr, zu hören, daß er uns Großdeutsche eigentlich sehr liebt, denn es hat den Eindruck gemacht, er fühle sich geradezu gekränkt durch unser vaterlandsloses Vorgehen. Nun muß man sich aber doch wieder die Wirklichkeit vor Augen halten, und wenn man sich doch wieder fragt, wie Sie eigentlich in Wirklichkeit sind, und nach Aussprüchen und Taten ihrer Vertreter forscht, so findet man, daß es gar nicht lange her ist, daß ein Mitglied des Deutschen Reichstages, Crispien, der erst vor wenigen Wochen anläßlich einer Tagung Ihrer Partei in Wien Ihr Gast war, daß dieser im Deutschen Reiche von den Sozialisten gefeierte sozialdemokratische Führer vor gar nicht langer Zeit das Wort ausgesprochen hat: Ich kenne keine nationale Ehre, ich kenne nur eine persönliche Ehre! Das ist ganz ehrlich, denn so haben Sie es tatsächlich überwiegend gehalten. Und derselbe Herr Crispien hat auch anläßlich eines der Kongresse der letzten Monate — oder hat er es im Reichstag gesagt? Es ist übrigens ganz gleichgültig — aber jedenfalls hat er das

interessante Wort ausgesprochen: Ich kenne kein Deutschland als Vaterland, mein Vaterland ist die Welt! Wie sich das mit dem nationalen Schmerz um die Unterwerfung unter den fremden Generalkommissär zusammenreimt, wissen die Götter oder vielleicht der Herr Abgeordnete Renner. Es hat mir wirklich einen sehr komischen Eindruck gemacht, als anläßlich einer der letzten Äußerungen auf Ihrem Parteitag der Herr Abgeordnete Dr. Deutsch, glaube ich, bedauerte, daß auch die Heeresangelegenheiten in irgendeiner Weise bei den Abmachungen, die jetzt das Parlament beschäftigen, geregelt werden sollen. Er hat wieder seinen Schmerz ausgedrückt und hat es auch im Ausschuß getan. Er hat sich auch bemüht, die Sache anders zu regeln, damit die Wehrmachtsangelegenheit aus dem ganzen Gesetzeskomplex herausgenommen werde, und unsere Wehrmacht nicht irgendwie unter die böse Kontrolle des Auslandes, unter die böse Kontrolle des Generalkommissärs komme. Das hat sich allerdings der Herr Abgeordnete Dr. Deutsch vor vier Jahren noch nicht vorgehalten; ich glaube nicht, daß es dem Herrn Abgeordneten Dr. Deutsch noch vor vier oder fünf Jahren ebenso überaus schmerzlich gewesen wäre, wenn unser Heer, das Heer des damaligen Staates, unter eine fremde Kontrolle gekommen wäre. Es geht nicht an, daß man einfach sagt: Mit der Vergangenheit machen wir Schluß, das ist die elende alte Zeit gewesen! Wer in der Vergangenheit ein Verräter gewesen ist, der hat nach meiner festen Überzeugung auch heute nicht das Recht, sich hier in die Toga des ethischen Edelmuts zu kleiden *(lebhafter Beifall und Händeklatschen)* und uns von allen möglichen Dingen zu predigen. Ich brauche doch nur auf das Buch hinzuweisen; gerade er ist einer derjenigen, die sogar geglaubt haben, eine große Tat begangen zu haben, wenn er, obwohl er Offizier des alten Heeres war, zur Zeit als das Herr noch bestand, gegen dieses Heer, gegen seinen Eid, gegen seine Verpflichtungen tatsächlich beigetragen hat, daß dieses alte Heer zerfallen ist. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Was haben denn die Herren im Kriege getan? Der Herr Abgeordnete Dr. Renner hat doch von der Vergangenheit gesprochen, er hat von der Regierung Bienerth gesprochen, vom Jahre 1911 und dann hat er noch weiter zurückgegriffen; er hat dann auch weit in die Zukunft vorausgegriffen, und da muß er es mir schon gestatten, wenn auch ich ein bißchen in die Vergangenheit, aber nicht auf das Jahr 1911, sondern ein bißchen auf den Krieg zurückgreife. Ich mache es möglichst kurz, ich sage Ihnen klipp und klar: Sowohl die Sozialdemokratie Österreichs, als auch die Sozialdemokratie Deutschlands hat vor dem Kriege, im Kriege und nach dem Kriege gegen die Nation den schmählichsten Verrat geübt, der jemals in der Geschichte von einem Teil eines Volkes am ganzen verübt wurde. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Es ist eine Kühnheit sondergleichen, wenn jetzt diese Herrschaften fortwährend mit dem Verrat gegen uns, die unter dem Zusammenbruch unendlich gelitten haben und seelisch heute noch unendlich leiden, herumwerfen. Es ist eine der größten Feigheiten der Sozialdemokratie, daß sie sich nicht getraut, ehrlich zu sagen: Ja, wir haben den Verrat begangen! Das ist eine Feigheit, die ich Ihnen unendlich übelnehme. Sie wissen ja, daß Sie damals, um auf den Trümmern Deutschlands Ihren rot ausgeschlagenen Thron aufzurichten, nichts gescheut haben. Warum geben Sie es nicht ehrlich zu? Warum wehren Sie sich dagegen, wenn man Ihnen den Vorwurf macht, daß Sie das deutsche Volk und sein Heer von rückwärts erdolcht haben? Warum wenden Sie sich immer dagegen? Ich erkläre nochmals, daß das eine moralische Feigheit ist, die gar nicht niedrig genug gehängt werden kann.

Man muß sich doch zu dem bekennen, was man getan hat; und daß Sie sich nicht dazu bekennen, ist auch sehr unklug, denn es pfeifen es alle Spatzen auf dem Dache, und es ist gar keine Bibliothek, die so groß ist, um alle Beweise für Ihre Tat fassen zu können.

Ich möchte nur ein paar Kleinigkeiten anführen. Ich habe erst vor wenigen Tagen in der Bibliothek unseres Parlaments in alten stenographischen Protokollen nachgeblättert und habe mir die Protokolle des Hauses aus den Jahren 1917 und 1918 herausgezogen. Ich lese sonst, offen gestanden, lange Reden der Herren Sozialdemokraten nicht gern, weil ich meine Zeit mit besseren Dingen auszufüllen weiß, aber ich habe da eine Rede gelesen, die, nachträglich gelesen, unendlich interessant ist. Es war das eine Rede des Herrn Präsidenten dieses Hauses, des damaligen Abgeordneten Seitz. Nun halten Sie sich folgendes vor Augen. Ich glaube, mit dieser einzigen Tatsache Ihnen den Verrat der Sozialdemokratie an unseren, damals österreichischen Angelegenheiten wirklich beweisen zu können. Es war gerade um die Verhandlungen von Brest-Litowsk herum. Es ist das Budgetprovisorium im alten Hause eingebracht worden; die Sozialdemokratie hat, obwohl sie für das Provisorium stimmte, doch die Kredite verweigert. Natürlich war das für Italien ein Signal, daß Österreich müde sei, ein Signal des baldigen Zusammenbruches, und diese Verweigerung der Heereskredite durch die damals immerhin schon starke sozialdemokratische Partei hat natürlich den schon absinkenden Kampfesmut Italiens bedeutend erhöht.

Nun hat Herr Abgeordneter Seitz etwas sehr Sonderbares gesagt. Er hat die Bemerkung gemacht: wir Sozialdemokraten können weder an

unseren deutschen, noch an unseren bulgarischen Bundesgenossen Freude haben; denn diese deutschen Bundesgenossen fangen an, Imperialismus zu treiben, sie wollen in den Randstaaten Eroberungen machen. Ich will darüber nicht sprechen; es ist das zumindest eine kindliche Auffassung gewesen. Aber interessanter ist noch, was er von Bulgarien sagt. Er erklärt dann, sich auch scharf gegen Bulgarien wenden zu müssen, und sagt, es sei eine ungeheure Ungerechtigkeit, daß nunmehr Bulgarien rumänisches Gebiet in Anspruch nehme. Das war in dem Augenblicke, wo Rumänien unser tückischer und gefährlicher Feind und Bulgarien fast unser einziger aufrechter Freund im Süden war. Darauf erwiderte ihm damals der Abgeordnete Waber in sehr zutreffender Weise, daß doch die Dobrudscha, die Bulgarien in Anspruch nehme, vollkommen bulgarisches Bauernland sei. Er wies darauf hin, daß nach einem Memorandum, das damals nach Wien und Berlin geschickt wurde, die Dobrudscha selbst auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker sehnlichst den Anschluß an Bulgarien anstrebe, er wies darauf hin, daß schon im Jahre 1878 nach dem Frieden von San Stefano in der rumänischen Kammer einsichtige rumänische Abgeordnete erklärt haben, der Raub der Dobrudscha werde, weil sie ein bulgarisches Land ist, für Rumänien niemals gute Früchte tragen, und er wies auf das von den Sozialdemokraten vertretene Prinzip der Selbstbestimmung hin. Trotzdem blieb der Abgeordnete Seitz dabei, zu erklären, daß es eine ungerechte Sache sei, und daß sich die Sozialdemokratie damit nicht abfinden könne. Ist das nicht der nackte Verrat? Können Sie sich vorstellen, daß ein Abgeordneter in der französischen oder italienischen Kammer oder im englischen Unterhause so gesprochen hätte? Mit dem hätte Clémenceau kurzen Prozeß gemacht, der wäre auf einen Sandhaufen von Saint-Vincennes geführt und seine verräterischen Mätzchen wären ihm bald ausgetrieben worden. Ich will darüber kein weiteres Urteil fällen. Aber Tatsache ist, daß man derartige Dinge in einem andern Parlament nicht zugelassen hätte.

Und wissen Sie nicht — ich habe in diesem Hause das schauerliche Wort des Herrn Abgeordneten Adler schon einmal zitiert — wissen Sie nicht, daß er im Herbste 1918 nach dem Zusammenbruch, ich glaube, in einer Arbeiter- und Soldatenräteversammlung — oder war es in einer Betriebsräteversammlung — erklärt hat: Nunmehr, da Rußland zusammengebrochen, da in Rußland die Revolution ausgebrochen ist, war es für uns Sozialdemokraten sofort klar, daß Deutschland und Österreich nicht siegen dürften. Klarer kann man wohl seinen Verrat überhaupt nicht mehr ausdrücken, als es in diesen Worten geschehen ist. Oder ich erinnere Sie an eine in der „Arbeiter-Zeitung" sehr gefeierte Heldentat eines offenbar Ihrer Partei angehörigen Feldwebels — ich weiß übrigens nicht, welche Charge er innehatte. Es war in Cattaro, ich glaube im Jahre 1917. In einem Feuilleton der „Arbeiter-Zeitung" wurde lang und breit erzählt, wie ein Unteroffizier die in Cattaro liegende österreichische Flotte bewegen wollte, zu Italien überzugehen, und nur dadurch verhindert wurde, daß deutsche Kanonenboote zur rechten Zeit diesem Herrn Mores beibrachten. Der Herr wandte sich dann an sehr hochmögende Herren der sozialdemokratischen Partei in Wien, und vermutlich wird er sich auch heute eines blühenden Gedeihens erfreuen.

Diese Dinge weiß ich aus einer ausführlichen Darstellung in der „Arbeiter-Zeitung" selbst, denn im Jahre 1920 galt das ebensosehr als Heldentat, was Crispien und andere im Deutschen Reiche heute feiern können. Im Deutschen Reiche ist man in dieser Beziehung fast noch ärger, wenn das möglich ist. In Deutschland ist alles großartiger, auch der Verrat, das Gute ist großartiger, aber auch das Böse ist großartiger. Im Deutschen Reiche läßt sich der Verrat der Sozialdemokratie förmlich an Schulbeispielen darstellen. Ich will nur einzelne ganz kleine Proben herausgreifen, um zu beweisen, daß die Worte, die ich jetzt sage, keine Übertreibung sind. In einer Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte in Magdeburg hat der Führer der Unabhängigen, das ist ein Flügel, der Ihnen, meine Herren, sehr nahe steht, das Exekutivmitglied Vater, folgendes gesagt *(liest)*:

„Uns ist diese Revolution nicht überraschend gekommen. Seit dem 25. Jänner d. J. haben wir den Umsturz systematisch vorbereitet. Die Arbeit war schwierig und gefahrvoll zugleich, wir haben sie mit vielen Jahren Zuchthaus und Gefängnis bezahlt. Die Partei hatte gesehen, daß die großen Streiks nicht zur Revolution führen, es mußten daher andere Wege beschritten werden. Die Arbeit hat gelohnt. Wir haben unsere Leute, die an die Front gingen, zur Fahnenflucht veranlaßt, die Fahnenflüchtigen haben wir organisiert, mit falschen Papieren ausgestattet, mit Geld und unterschriftslosen Flugblättern versehen. Wir haben diese Leute nach allen Himmelsrichtungen, hauptsächlich wieder an die Front geschickt, damit sie die Frontsoldaten bearbeiten und die Front zermürben sollten. Diese haben die Soldaten bestimmt, überzulaufen. Und so hat sich der Zerfall allmählich, aber sicher vollzogen."

Das ist eine der Taten der deutschen Sozialdemokratie, der sich ja sehr viele andere Dokumente hinzufügen ließen. Wir haben zum Beispiel einen sehr interessanten Weihnachtsbrief der Sozialdemokratie vom Ende 1917, wo es in Rußland schon

kriselte. Da haben die Führer der deutschen Unabhängigen an die sogenannten Maximalisten, das sind die Trotzky-Leute von damals gewesen *(Lachen)*, ein Schreiben gerichtet, worin sie die Russen aufforderten, sie mögen doch die Verhandlungen möglichst hinausziehen, da sich in Deutschland bereits eine revolutionäre Bewegung vorbereite, es würde daher der Abschluß eines Sonderfriedens nur die reaktionären Mächte in Deutschland stärken. Das sind Dinge, meine verehrten Herren, die Sie natürlich nicht durch Lächeln aus der Welt schaffen können. Es ist sehr nützlich, Ihnen die Äußerungen Ihrer eigenen Leute vorzuführen, denn wenn man Ihnen etwas anderes behauptet, so erklären Sie ja in der Regel: Ja, das sei doch nicht so ganz richtig. *(Zwischenruf des Abgeordneten Schneidmadl.)* Ich spreche ja auch nicht für Sie! Sie sind mir ganz gleichgültig, verehrter Herr *(Lebhafter Beifall)*, denn ich habe allerdings die Überzeugung, daß Sie nicht mehr belehrbar sind.

Erlauben Sie, meine Herren, daß ich Ihnen nur in wenigen Worten ein Bild vorführe, wie sich der allmähliche Zusammenbruch und die Revolution selbst — genau das gilt ja auch von unsern österreichischen Verhältnissen — im Kopf eines gewiß sehr bedeutenden Mannes widerspiegelt, dessen Bedeutung auch die Sozialdemokratie nicht in Abrede stellen kann. Ich meine Oswald Spengler, der jedenfalls als einer der bedeutendsten Geschichtsphilosophen von heute in Anspruch genommen werden kann. Oswald Spengler schreibt in seinem vorliegenden Buch „Preußentum und Sozialismus" — das ist ein Ausschnitt aus dem „Untergang des Abendlandes" — über den allmählichen Zusammenbruch und die Revolution etwas ungemein Interessantes, das ich dem hohen Hause doch nicht vorenthalten möchte. Er erklärt hier *(liest)*:

„Die Härte der Staatsgewalt brechen, nichts Entscheidendes mehr über sich dulden, ohne selbst Entscheidungen gewachsen zu sein, das war der rein negative Sinn des Staatsstreiches. Absetzung des Staates, Ersatz durch eine Oligarchie subalterner Parteihäupter, die nach wie vor Opposition als Beruf und Regieren als Anmaßung empfanden, vor dem lachenden Gegner, vor verzweifelnden Zuschauern im Innern Stück für Stück abtragen, anbohren, verrücken, die neue Allmacht an den wichtigsten Beamten erproben, wie ein Negerkönig ein Gewehr an seinem Sklaven, das war der neue Geist, bis in der schwarzen Stunde des letzten Widerstandes dieser Staat verschwand." *(Lebhafte Zwischenrufe.)*

Ich glaube, so etwas Geistvolles, so etwas Gescheites haben Sie selbst dann nicht gehört, wenn der Herr Abgeordnete Leuthner sprach. *(Zwischenrufe. — Liest)*:

„Der Schauplatz wurde aus dem Sitzungssaal auf die Straße verlegt. Gedeckt durch die Meuterei der „Heimatarmee" brachen die Leser der radikalen Presse los, von den klügeren Führern verlassen, die nur noch halb von ihrer Sache überzeugt waren. Auf die Revolution der Dummheit folgte die der Gemeinheit. Es war wieder nicht das Volk, nicht einmal die sozialistisch geschulte Masse; es war das Pack mit dem Literatengeschmeiß an der Spitze, das in Aktion trat . . . Es war die sinnloseste Tat der deutschen Geschichte. Es wird schwer sein, in der Geschichte anderer Völker Ähnliches zu finden. Ein Franzose würde den Vergleich mit 1789 als eine Beleidigung seiner Nation mit Recht ablehnen. War das die große deutsche Revolution? Wie flach, wie flau, wie wenig überzeugt war das! Wo man Helden erwartete, fand man befreite Sträflinge, Literaten, Deserteure, die brüllend und stehlend, von ihrer Wichtigkeit und dem Mangel an Gefahr trunken, umherzogen, absetzten, regierten, prügelten, dichteten. Man sagt, diese Gestalten beschmutzen jede Revolution. Gewiß! Nur daß in den andern das gesamte Volk mit solcher Urgewalt hervorbrach, daß die Hefe verschwand. Hier handelte die Hefe allein.

Das ist immerhin sehr interessant und kennzeichnend, und ich glaube, daß eine Partei, die gerade den Trägern dieser Bewegung anhängt, uns jedenfalls Mangel an Ethik vorzuwerfen kaum in der Lage sein dürfte.

Nun, wie treiben Sie es weiter im Reich und in Österreich? Immer dasselbe. Sie haben tatsächlich — Sie gewiß nicht allein, aber zum großen Teil Sie — den vollen Zusammenbruch der Waffen hervorgerufen. Ich erinnere da an ein glänzendes Wort des Lloyd George, das er vor kurzem im Wahlkampf aussprach. Es ist so interessant, daß es auch hier zitiert werden muß. *(Zwischenrufe. — Ruf: Nur vorlesen!)* Das weiß ich glücklicherweise auswendig. Lloyd George erklärte vor wenigen Tagen anläßlich des Wahlkampfes: „Ich bin stolz darauf, im Kriege der Trommelschläger Englands gewesen zu sein, ich bin stolz darauf, den Kampfesmut meines Volkes aufrechterhalten zu haben. Deutschland hat es im Jahre 1918 an einem Trommelschläger gefehlt." *(Zwischenrufe.)* — Maultrommelschläger, meine Herren, das werden Sie ja vielleicht auch gewesen sein. *(Beifall und Händeklatschen. — Zwischenrufe.)* — „Deutschland würde heute anders dastehen, wenn es im Jahre 1918 einen Trommelschläger gehabt hätte, wie England mich." Sehen Sie, das ist mir wieder ein Beweis dafür, daß unser armes Volk nicht aus Not, nicht aus innerem Zwange zusammengebrochen ist, sondern deswegen, weil es von Baissespekulanten geführt war. Was hat denn der Herr Scheidemann und was haben denn Sie im Kriege überall in der Presse und in

den Versammlungen gepredigt? Ein Narr, wer noch an den Sieg glaubt! Lloyd George war, wie er selbst sagte, der Trommelschläger seines Volkes, und Sie haben erklärt: Ein Narr, wer an den Sieg glaubt. Glauben Sie nicht, daß man ein Volk moralisch damit entwaffnet, wenn man ihm in den Stunden der schwersten Entscheidung fortwährend predigt, daß ein Sieg und ein glücklicher Ausgang unmöglich sei? Vor der Geschichte werden — nicht Sie, die Sie da sitzen, denn Sie sind zu unbedeutend, als daß die Geschichte von Ihnen Notiz nehmen würde —, aber wird Ihre gesamte Partei deshalb in alle Ewigkeit mit schwerster Schuld belastet sein.

Und so etwas wagt es, uns vorzuwerfen, wir hätten Verrat geübt. Es gibt einen gewissen Dreh, den ich aus Höflichkeit, obwohl nur sehr wenige von Ihnen hier sitzen, nicht mit einem näheren Attribut bezeichne, aber diesen Dreh verstehen Sie ausgezeichnet: Selbst etwas Minderwertiges zu begehen und dann Ihre Handlungen auf die Drehscheibe zu stellen, herumzudrehen und zu sagen: Meine Herren, bedienen Sie sich, das habt Ihr getan. So machen Sie es mit allen kapitalistischen Dingen, so machen Sie es in nationaler Hinsicht, wie ich es Ihnen vorgeführt habe. Das, was Sie durch Ihre Führer und durch jene, welche Sie mit Ihrer Führung decken, in unserem Wirtschaftsleben verschulden, das schieben Sie dann uns zu, und damit suchen Sie die Massen gegen uns zu mobilisieren. Diese Pläne kennen wir und ich mache Sie aufmerksam, wie so ganz anders . . . *(Abgeordneter Schiegl: Länderbank!)* Mit der Länderbank ist die Geschichte so: Sie haben geteilte Rollen, und etwas muß ich da wohl sagen — gestatten Sie, verehrter Herr Abgeordneter Schiegl, — Wenn Sie die Führer auf dieser Seite abzählen — ich weiß nicht, ob Sie sich auch dazu zählen —, so können sie doch nicht bestreiten, daß der jüdische Geist überwiegt. Sie stehen doch überwiegend unter jüdischem Diktat. Ein paar Herren sind da, die recht brave Arbeiter sind, aber im großen und ganzen wird doch die Politik auf dieser Seite von jüdischen Führern gemacht. *(Ruf: Selbstverständlich!)* Selbstverständlich, gut. Und Sie werden mir doch nicht bestreiten können, daß es in keinem Volke der Erde eine größere Solidarität und ein größeres Zusammengehörigkeitsgefühl gibt als gerade bei der eben gekennzeichneten Nation. Glauben Sie denn wirklich, daß die jüdischen Führer auf Ihrer Seite tatsächlich die Todfeinde der jüdischen Führer auf der anderen Seite, auf der Seite des sogenannten Kapitalismus sind? Sie sind nur abkommandiert, meine Herren, sie spielen die Zutreiber. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Sie spielen lediglich die Zutreiber und das tun Sie deswegen, damit diejenigen Herrschaften, die Sie abkommandiert haben, um so sicherer unsere Taschen und die Taschen unseres armen Volkes plündern können. *(Beifall und Händeklatschen.)* Das ist uns geläufig, verehrte Herren. Ich glaube, der Abgeordnete Bauer ist es gewesen, der in einem großmächtigen Pronunziamiento erklärt hat: Wenn er auch nicht die Souveränität der Entente anerkenne, die Souveränität der Internationale erkenne er an. Und Sie haben sich denn auch tatsächlich an die verschiedenen angeblich internationalen Arbeiter in den verschiedenen Parlamenten gewendet, aber Sie sind, glaube ich, mit ziemlich vielen blauen Flecken nach Hause gekommen. Denn die tschechischen Genossen, die tschechischen angeblichen Internationalen, die sind leider verdammt national; wir sehen, wie sie die Deutschen in den Sudetenländern verprügeln. Ich verweise weiters auf Macdonald oder Henderson in England, auf Albert Thomas, der im Kriege — ich habe es einmal in einem Zwischenrufe gesagt und ein naiver Herr rief: So ein Unsinn — Munitionsminister gewesen ist, das ist eine unbestreitbare Tatsache. Einer der Führer der französischen Sozialdemokratie war französischer Munitionsminister. Können Sie sich vorstellen, Herr Abgeordneter Seitz, daß Sie im Kampfe des deutschen Volkes Munitionsminister gewesen wären? Das können Sie sich nicht vorstellen. *(Abgeordneter Seitz: Nein!)* Aber Sie können sich vorstellen, daß Albert Thomas Munitionsminister gewesen ist. Ich erinnere ferner an ein sehr interessantes Wort, glücklicherweise weiß ich es auswendig, denn es ist so plastisch, daß es zitiert zu werden verdient.

Der Abgeordnete Vandervelde, dem Sie vermutlich, wenn Sie in der sozialistischen Literatur belesen sind *(Lachen)*, eine gewisse Bedeutung nicht abstreiten können, hat, es ist kaum Jahresfrist her, in Moskau etwas überaus Interessantes erklärt, woran man sehr viel lernen kann. Einer der russischen Genossen hat Vandervelde den Vorwurf gemacht und gesagt: Es ist doch unbegreiflich, wie Du — er wird vielleicht Sie oder Exzellenz gesagt haben, ich weiß nicht, wie man in Rußland spricht . . . wie Du die deutschen Arbeiter dadurch, daß Du für den Vertrag von Versailles gearbeitet hast, dem westlichen Finanzkapital hast unterwerfen können. Daraufhin hat Vandervelde gesagt: Mache mir doch nicht den Vorwurf, ich bin im Kriege Minister Belgiens gewesen und habe nur die Verpflichtung gehabt, die Interessen meines Landes zu vertreten, und die haben mir geboten, auf diesen Vertrag hinzuarbeiten. Allerdings hat es mich unendlich gewundert, daß die deutschen Führer der Sozialdemokraten, so sagte Vandervelde, den Vertrag, der tatsächlich das deutsche Volk in furchtbare Knechtschaft stürzen mußte, unterschrieben haben. Mache also nicht mir, sondern diesen Herrschaften den Vorwurf.

Sie haben, meine sehr verehrten Herren von dieser Seite, in unzähligen Versammlungen der letzten Zeit sich beklagt, daß durch die Genfer Protokolle und die wahrscheinlich siegreiche Durchkämpfung derselben die Verfassung verletzt werde. Darüber zu klagen, haben Sie am allerwenigsten Recht. Das ist die bekannte Geschichte: Gracchi de seditioné quaerentes. *(Zwischenrufe.)* Schauen Sie nur einmal hinaus, meine verehrten Herren, wie es die Sozialdemokraten vor kurzem, wie es Herr Radbruch in Deutschland gemacht hat. Der hat Gesetze zum Schutze der Republik aufgerichtet mit einer so bodenlosen Verletzung jeder Verfassung, daß man sich wahrlich nur wundern kann, wie Sie, meine Herren, das Wort Verfassung noch überhaupt in den Mund nehmen können. „Rechts steht der Feind", das sagt ein Justizminister in der gesetzgebenden Versammlung, „rechts steht der Feind", das hat ein heute verflossener Kanzler im Parlament, an der Stätte der Gesetzgebung, gesagt. *(Zwischenrufe.)* Man hat alles versucht, alle Vereine, von denen man nur vermutet hat — und darum dreht sich die ganze Geschichte —, daß sie irgendwie antisemitisch angehaucht wären, hat man aufgelöst, man setzt ihre Mitglieder hinter Schloß und Riegel. *(Ruf: Das war der Bundeskanzler Wirth!)* Das war der Kanzler, der gesagt hat, er werde im Kampfe unbedingt auf seiten der Sozialdemokraten stehen. Man schützt Minister, auch gewesene Minister und schützt sie unendlich mehr, als man früher die Majestäten geschützt hat. Sie haben — es ist wieder kein deutsches Wort — ein crimen laesae majestatis, wie es allenfalls ein römischer Cäsar gekannt hat. Das verstehen Sie unter Verfassung. Eine Zeitung, es war wohl die „Rote Fahne", die vielleicht um eine Nuance purpurner ist als Sie, je nach der Konjunktur, hat ruhig gesagt: „Die Verfassung und ihre Rechte für uns, für unsere Gegner die Entrechtung". Das ist wenigstens ehrlich. Ich habe — nicht bei allen Herren dieser Seite, aber bei manchen gewiß — die Überzeugung, daß das im Grunde genommen der tiefste Sinn Ihrer politischen Weisheit ist. Sie klagen darüber, daß in den Genfer Protokollen das Parlament ausgeschaltet werde. Man war ja so liebenswürdig und hat Ihnen eine Brücke mit diesem Verfassungsgesetz gezimmert. Und wenn Sie für dieses Verfassungsgesetz stimmen — man kann sehr verschieden über dieses Verfassungsgesetz denken —, so stimmen Sie im *Grunde genommen* für das Gesetz selbst. Darüber scheint kein Zweifel zu sein. Es hat wohl der verehrte Herr Bundeskanzler gesagt, er nehme das Verfassungsgesetz selbst wie alles außerordentlich ernst, aber es ist doch sehr liebenswürdig von ihm gewesen, Ihnen diese Brücke des Rückzuges, die Sie gewiß jetzt gerne, wenn Sie auch nach außen hin den Kampf mimen, betreten, gebaut zu haben.

Klagen Sie auch nicht zu sehr über die Ausschaltung des Parlaments. So sonderbar das klingt, wenn ein Abgeordneter selbst so spricht; aber ich glaube, aus einer 170- oder 180köpfigen Versammlung — ich weiß nicht, wie viel Köpfe sie im Deutschen Reiche hat — kommt das Gute in den schwersten Krisenzeiten nicht. Wenn man so die Verhandlungen der letzten Zeit überblickt: der Genfer Ausschuß, Beratungen über Beratungen, 15, 16, 17 Sitzungen, 8 und 9 Stunden lang, und wenn man dann den heutigen Bericht in die Hand nimmt und sieht: es ist doch genau dasselbe, es ist nichts geändert worden, so sieht man eigentlich den Jammer unseres parlamentarischen Betriebes. Ich glaube, man braucht kein Professor zu sein, um zu sagen: nicht nur über diesem Hause, sondern auch über dem Hause in Berlin, vielleicht auch über dem Hause in Rom, vielleicht sogar auch über dem Hause in London schwebt so etwas wie eine Parlamentsdämmerung. Ich kann mir ganz gut vorstellen, wie eines Tages — ich weiß nicht, wann das geschehen wird, aber ich glaube, es wird kommen — ein Präsident auf der Tribüne dieses Hauses sitzen und bei irgendeiner feierlichen Verhandlung plötzlich die Glocke schwingen und sagen wird: „Ich bitte die Ruhe nicht zu stören, sonst werde ich die Galerie räumen lassen!" Es wird sich aber dabei herausstellen, daß die Galerie gar nicht gestört hat. Die Störung geht aber weiter und schließlich wird man darauf kommen, daß geradezu ein homerisches Gelächter aus der Bevölkerung von der Straße bis in diese Hallen hereindringt. Da mag es dann sein, daß der Präsident des Hauses sagen wird: „Ich vertage die Sitzung auf unbestimmte Dauer", und ich kann mir vorstellen, wie die Députés dieses Hauses sich dann so herzlich verabschieden, weil man meint, daß dieser Brief, durch den das Haus wieder einberufen werden soll, zu jenen Briefen zählen könnte, die ihn nicht erreichten. Treiben Sie es nur so fort, meine Herren, handeln Sie nur so weiter in Ihrer „produktiven parlamentarischen Tätigkeit" und der Augenblick könnte rascher kommen, als es uns allen, die wir die Verfassung lieben, genehm sein könnte. Aber aus vielem Meinungsstreit und aus vielem atheniſchem Gerede kommt natürlich niemals das Rechte heraus, sondern die Tat ist das Entscheidende.

Sie klagen, meine verehrten Herren auf dieser Seite, daß nun der Völkerbund Österreich gewissermaßen unter eine Gasglocke stelle, daß der Völkerbund Österreich in gnädige Obhut nehme. Sie sagen: dieser Völkerbund ist uns seinerzeit gewiß sehr genehm gewesen; nachdem wir aber die Verbrechen von Oberschlesien, von Schleswig-Holstein, in der Rheinprovinz usw. gesehen haben, denken wir über diesen Völkerbund anders. Sie werden doch nicht glauben, daß wir Sie für so dumm halten und

annehmen, daß Sie nicht auch seinerzeit, bei der Gründung des Völkerbundes, gewußt haben, daß der Völkerbund nichts anderes ist als ein Instrument zur Niederhaltung Deutschlands. Daß wir diesen Völkerbund jetzt sowie man ja auch einen ungünstigen Wind zum Lavieren benutzen kann, möglichst ausnutzen und auch mit dem Schlechten für uns das herausschlagen, was gut ist, ist selbstverständlich.

Sie haben aber nicht die geringste Ursache, über diesen Völkerbund zu klagen. Sie klagen darüber, daß Österreich unter fremde Kontrolle gestellt wird. So ist es nicht, meine verehrten Herren! Sie klagen gar nicht über das Wort „fremd", denn das Wort „fremd" ist Ihnen aus bekannten Gründen das vertraulichste und heimatlichste, das es nur geben kann. Sie klagen über die Kontrolle. Nichts ist Ihnen fataler als eine Kontrolle, sei es in dieser oder jener Form, eine Kontrolle über Mißbräuche, die sich — gewiß können auch Mißbräuche auf unserer Seite sein — aber zahlreicher in jenen Kreisen vollziehen, die Sie zu verwalten haben. Diese Dinge sind Ihnen nicht genehm, sie sind Ihnen unangenehm und nun sagen Sie in Ihrer Presse und in Ihren Versammlungen, daß die Kapitalisten von rechts — ich weiß nicht, ob ich auch dazu zähle — über die Unterwerfung des Proletariats jubelten, denn die Kapitalisten von rechts seien von einem wahren Hasse gegen den Arbeiter erfüllt. Das ist und bleibt eine Lüge, ich will gar nicht sagen, eine Unwahrheit, sondern es ist und bleibt eine Lüge. Wir jubeln nicht, sondern wir erkennen diese Verträge und die Gesetze, die jetzt beschlossen werden, als eine traurige Notwendigkeit, aber eben als eine Notwendigkeit, die darum eine Notwendigkeit ist, weil Sie das Volk und das Vaterland in all den Jammer gebracht haben, aus dem wir uns herushelfen müssen.

Der Herr Abgeordnete Dr. Renner hat gesagt, er sehe in die Zukunft, daß dieser Vertrag uns auf 20 Jahre belasten wird. Ich fürchte, er wird uns länger als 20 Jahre belasten, so lange, bis endlich die deutsche Kraft nach Zerreißung der jüdischen Fesseln in der Lage sein wird, auch diese Verträge zu sprengen. Gewiß, aus eigener Kraft, wie Sie immer sagen, aus eigener Kraft werden wir uns helfen müssen, und ich bin kein Anhänger der sogenannten Erfüllungspolitik des Deutschen Reiches, ich bin ein Anhänger der Erfüllungspolitik der Verpflichtungen; die brauchen wir im höchsten Maße, und wenn Sie früher dem Arbeiter vorgesagt haben: Dein Reallohn wird dir erhalten bleiben, so sage ich dem deutschen Arbeiter: Jawohl, nachdem man ihm den fiktiven Gauklerlohn auf Grund einer fortwährenden Geldfälschung in die Hand gedrückt hat, kommt jetzt der reale Lohn und der reale Lohn, der Lohn der Wirklichkeit, wird allerdings sehr traurig aussehen; aber gegen wirtschaftliche Entwicklungen gibt es natürlich keine künstlichen, politischen, gesetzlichen Maßnahmen, weil das alles zerrissen, weggeschwemmt und beseitigt wird wie der Strohhalm im Sturme. Der reale Lohn, der Lohn schauerlicher Wirklichkeit wird jetzt dem Arbeiter in die Hand gedrückt werden. Das geschieht nicht, wie der Herr Abgeordnete Dr. Renner gesagt hat, weil wir den Vertrag von Genf beschlossen haben, sondern deswegen, weil unsere Volkswirtschaft auf Grund der Verträge von Saint-Germain, Versailles und der ganzen Entwicklung verelendet und zusammengebrochen ist, so daß diese Verträge von Genf als einzige Rettungsmöglichkeit notwendig waren.

Ich glaube, es war der Herr Abgeordnete — er hat es damals als Abgeordneter gesagt — Präsident Seitz — ich war nicht hier —, der in der letzten Debatte die Großdeutschen heftig angriff. Ich habe seine Rede nicht gelesen; denn, wie ich früher bemerkt habe — ich gestehe es hier offen und wiederhole es hier in Gegenwart des Herrn Präsidenten —, ich habe etwas Besseres zu tun — er hat ja schließlich auch etwas Besseres zu tun — als lange Reden meiner Gegner zu lesen, wenn nicht die unbedingte Notwendigkeit besteht, wie es bei der Lesung dieser stenographischen Protokolle, die ich früher zitiert habe, tatsächlich der Fall war. Er hat uns vorgeworfen, wir verrieten den Anschluß an das Deutsche Reich. Das ist, gelinde gesagt — es gäbe auch andere Worte dafür — eine Unwahrheit, es ist nur einer der gewissen „Drehs", dem ich jetzt aus Höflichkeit das Epitheton nicht hinzufügen will. Aber er wird ja doch auch wissen, daß dieser Anschluß an das Deutsche Reich nicht von uns abhängt, er ist heute bei den Verhältnissen des Deutschen Reiches nicht möglich. Erst wird wieder das nationale Bewußtsein im ganzen Volke, das heute daniederliegt, eine Macht werden müssen, bis es dazu kommen kann, daß sich Deutschland erhebt. Ich glaube, daß sich dann immerhin das behelmte Haupt Deutschlands erheben wird, und dann wird schon die Stunde kommen, wo auch wir mitgehen können und — so hoffe ich — der gewaltige Trommelschläger kommen wird. Ob dieser Trommelschläger aus dem Haus eines deutschen Arbeiters, eines deutschen Bauern oder Bürgers kommen wird, wird uns gleichgültig sein, wir werden ihm mit Jauchzen folgen, wenn er uns zur Befreiung und zur Ehre unseres deutschen Volkes wieder zurückführen wird. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident Dr. **Dinghofer:** Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Deutsch.

Abgeordneter Dr. **Deutsch:** Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Dr. Zeidler hat mich persönlich apostrophiert. Ich glaube, es wäre ihm zuviel Ehre angetan, wenn ich darauf erwidern

wollte. Ich habe die Empfindung, daß er das meiste von dem, was er aus seinem Zettelkasten vorgelesen hat, selber nicht verstanden hat. Wenn er die alte, längst überlebte Dolchstoßlegende hier neuerdings aufgewärmt hat, so ist es überflüssig, mit ihm darüber zu reden; es ist darüber mit ernsten Leuten diskutiert worden, und diese Leute haben zugeben müssen, daß diese Dolchstoßlegende eine Legende ist. Es hat also keinen Zweck, den Herrn Dr. Zeidler darüber belehren zu wollen, daß ich als Sozialdemokrat, der ich doch war, als ich in den Krieg gezogen bin, nicht anders handeln konnte, als ich gehandelt habe, als ich als Offizier dem Habsburgerstaate dienen mußte. Er wird es nicht verstehen, daß ich mich niemals, wie die andern Herren, die sich heute Frontkämpfer nennen, in das Kriegsministerium gemeldet habe, und als ich im Kriegsministerium war, mich ungescheut und offen als Sozialdemokrat bekannt habe. Er wird es gewiß nicht verstehen, wenn ich ihm heute erkläre, daß ich mich zu dem, was ich damals getan habe, daß ich nämlich den Versuch gemacht habe, meine Freunde, meine Parteigenossen und meine Klassengenossen davor zu bewahren, daß ein fürchterliches Blutbad in den Straßen Wiens angerichtet wird, für verpflichtet gehalten habe. Ich habe versucht, mich gegen das drohende Blutbad zur Wehr zu setzen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen).* Hohes Haus! Es ist einfach lächerlich, hier von Verrat sprechen zu wollen, denn ich hätte unser Volk, ich hätte die Arbeiterklasse verraten, wenn ich damals anders gehandelt hätte, als ich gehandelt habe.

Wie gesagt, es lohnt sich nicht, darüber mit dem Herrn Dr. Zeidler zu diskutieren, es lohnt sich auch nicht, die andern Dinge zu besprechen, die er hier vorgebracht hat. Nur eines von dem vielen muß wohl herausgegriffen werden, weil es auch von ernsteren Leuten gesagt wird und wir infolgedessen verpflichtet sind, an deren Adresse ein Wort zu sagen. Er hatte gemeint, die Sozialdemokraten tun sich hier so auf, als ob sie gegen die fremde Kontrolle wären, in Wirklichkeit — meint der Redner der Deutschnationalen — sind wir gegen die Kontrolle überhaupt. *(Ruf: So ist es!)* Sie sagen: So ist es. Darauf sage ich als Antwort: Ja, wir sind gegen die Kontrolle, wir sind dafür, daß ein freies, souveränes Volk sich selbst kontrolliert. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Wir sind der Meinung, daß es undemokratisch ist, wenn ein Volk, das selbst die Männer seines Vertrauens in den Nationalrat schickt, ein Volk, das selbst seine Regierung einsetzt, einsetzen kann und einsetzen soll, sich über seine souveräne Vertretung noch einen Kontrollor setzt. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Wir waren gegen diese Art der Kontrolle auch in der alten Zeit des § 14, weil das damals eine ähnliche Konstruktion gewesen ist, und wir sind selbstverständlich heute neuerdings der Meinung, daß ein souveränes Volk eine Kontrolle nicht braucht.

Wenn aber der Redner der Deutschnationalen uns höhnisch apostrophiert und meint, die fremde Kontrolle erschrecke uns nicht, so möchte ich ihm doch erwidern, daß er hier ein schweres Unrecht begeht. Wir sind gewiß gegen die Kontrolle eines freien Volkes, wir sind gewiß dagegen, das man uns dadurch in eine Botmäßigkeit bringt, wir sind gewiß dagegen, daß neuerdings ein Untertänigkeitsverhältnis im Lande aufgerichtet wird, aber wir sind mit vermehrtem Nachdruck dagegen, daß man uns eine fremd Kontrolle auferlegt. Warum sind wir dagegen, daß man uns eine fremde Kontrolle auferlegt? Nicht allein deshalb, weil sie fremd, weil sie unserem Volke nicht entsprossen ist, sondern wir sind gegen die fremde Kontrolle auch aus vielen, vielen wirtschaftlichen Gründen. Die fremde Kontrolle bedeutet in Wirklichkeit die Auslieferung der heimischen Volkswirtschaft an das fremde Kapital. *(Beifall.)* Was die fremde Kontrolle bedeutet, kann jeder von uns an einem einfachen Beispiel ermessen. Er kann an der Agitation, die da gegen den Ausbau unserer Wasserwirtschaft betrieben wird, die fremden Einflüsse kennen lernen. Er kann sehen, daß die tschechischen Kapitalisten begreiflicherweise daran interessiert sind, ihre Kohle in diesem Lande zu verkaufen, und daß wir deshalb gezwungen werden, unsere Wasserkräfte nicht so rasch auszubauen, als wir es gerne möchten. Das sind die Einflüsse fremden Kapitals, und diese Einflüsse fremden Kapitals versuchen wir von unserer Volkswirtschaft fernzuhalten. Und darum, meine Herren, obwohl es sich sonst gar nicht lohnte, mit dem Herrn Zeidler zu polemisieren, möchte ich namens meiner Partei nachdrücklichst sagen: Ja, wir sind gegen die Kontrolle überhaupt, und wir sind erst recht gegen die fremde Kontrolle, weil wir auf dem Boden der Demokratie und der Selbstverwaltung unseres Landes stehen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident Dr. **Dinghofer:** Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet, die Debatte ist geschlossen; ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter **Miklas:** Hohes Haus! Der Wortführer der Opposition hat es für notwendig erklärt, neuerdings in dieser Debatte die entgegenstehenden Grundauffassungen der sozialdemokratischen Partei in der Frage des Genfer Werkes und seiner Ratifizierung dem hohen Hause gegenüber zu präzisieren. Er hat davon gesprochen, daß offensichtlich beim Berichterstatter und in der Rede des

Herrn Bundeskanzlers manche Mißverständnisse obwaltet hätten. Ich habe aber bei genauer Prüfung seiner Worte eigentlich nicht einen einzigen Punkt entdeckt, der es rechtfertigen würde, zu sagen, daß in den Ausführungen des Berichterstatters und auch des Bundeskanzlers wirklich irrige Auffassungen bezüglich der Stellungnahme der Sozialdemokratie zum Genfer Werke vorgekommen wären.

Gestatten Sie, daß ich gleichwohl auf einige Dinge, die der Wortführer der Opposition dabei vorgebracht hat, mit einigen Worten zu sprechen komme. Er hat sich neuerdings dazu bekannt, daß eine großzügige Selbsthilfeaktion das ganze Genfer Werk mitsamt der Kontrolle, die dasselbe bringe, für unseren Staat und unser Volk überflüssig gemacht hätte, und er hat dabei von der gewaltigen Anstrengung unseres Reform- und Sanierungsprogramms gesprochen und der Meinung Ausdruck gegeben, es hätte nur eines relativ geringen Plus bedurft, um ganze Arbeit zu leisten und damit die Genfer Kontrolle und den Genfer Pakt überflüssig zu machen. Nun gestatten Sie mir eine kleine Bemerkung. Wie schaut denn in Wirklichkeit dieses Plus nach dem Voranschlag, der vom Völkerbund, beziehungsweise der Regierung für die Budgets der Jahre 1923 und 1924 gemacht worden ist, aus? Diese Budgets der zwei nächsten Jahre haben nach den Berechnungen der Völkerbunddelegierten zusammen einen Abgang von, ich sage und schreibe, nicht weniger als 650 Millionen Goldkronen! Das sind, in unsere heutige Währung umgerechnet, an die 8 bis 10 Billionen. Das ist jenes geringe Plus, um das der Sanierungsplan der Regierung hätte erhöht werden müssen, um das Genfer Werk überhaupt als überflüssig erscheinen zu lassen und einzig und allein alles auf die Selbsthilfeaktion abzustellen.

Auch die Methoden, die für die Gewinnung dieses Plus vorgeschlagen sind, scheinen mir etwas veralteter Natur zu sein. Es sind dieselben Methoden, die aus der sozialistischen Wirtschafts- und Weltanschauung hervorgehen, die uns heute auch der Herr Staatskanzler Dr. Renner vorgetragen hat, indem er von der Erfassung der Goldwerte der besitzenden Klassen usw. gesprochen hat. Es ist ja eigentlich ein wenig unvorsichtig und, verzeihen Sie mir den Ausdruck, wenn ich ihn gebrauche, töricht, wenn man immer von Dingen redet, die man erfassen will, aber nicht bekommen kann, wie uns die Erfahrungen der letzten Jahre schon zur Genüge bewiesen haben. Aber abgesehen davon, ist es ja gerade dieser Vorschlag der alten sozialdemokratischen Methoden, die unser Österreich draußen bei den kreditgebenden Mächten bisher so in Mißkredit gebracht haben, weil man eben nicht wußte, ob nicht in Österreich ein Regierungssystem dieser Methoden Platz greife.

Gestatten Sie mir, daß ich auch noch auf die wiederholte Beteuerung der Unabhängigkeit und Freiheit unseres Volkes zurückkomme. Ja, wahrhaftig, wo es sich um die Unabhängigkeit und Freiheit unseres Volkes handelt, da werden sich — das sage ich in dieser geschichtlichen Stunde — auch die nichtsozialdemokratischen Parteien und die ganze nichtsozialdemokratische Bevölkerung dieses Staates in gemeinsamer Einheitsfront mit der Linken finden. Aber die Freiheit, die jetzt besteht, ist ja ein Hohn auf das Wort Freiheit. Wir haben das gar nicht, was man sonst gewohnt ist unter politischem Selbstbestimmungsrecht, unter wirtschaftlicher Freiheit zu verstehen. Ein Staat, der an die 10 Billionen dem Ausland schuldig ist, ein Staat, der die Fesseln des Diktatfriedens tragen muß, ein Volk, das durch die Verstümmelung des gesamten alten Wirtschaftskörpers in eine wirtschaftliche und finanzielle Lage versetzt ist, daß dieser Staat mit Recht ein Krüppelstaat genannt werden muß, hat in Wahrheit nicht das, was wir politische Freiheit nennen. Wir wollen sie aber, und nur bezüglich der Methoden, wie wir zu dieser Freiheit gelangen, unterscheiden sich eben die Rechte und die Mitte dieses Hauses von der Linken. Ihre Methode ist der alte, breite, ausgetretene Weg, den wir nun schon allzulange wandeln und der uns schließlich zum Verderben unseres Volkes führen muß. *(Sehr richtig!)* Unser Weg — und wir stehen an diesem Scheideweg — führt steil und steinig aufwärts, aber oben winkt uns die Sonne der Freiheit, der wahren und wirklichen Freiheit für unser Österreich und unser Volk. *(Beifall und Händeklatschen.)* Merken Sie sich, meine sehr verehrten Herren von der linken Seite: Mit dem Wort Freiheit darf man nicht zu sehr spielen. *(Gelächter.)* Freiheit ist für uns ein politisches Ideal, aber kein politisches Idol. *(Beifall und Händeklatschen. — Lachen.)* Zwar hat Herr Dr. Renner bezüglich dieser Vorlage der Regierung und uns unerbittlichen Kampf für die nächsten Jahrzehnte angesagt, bis die Unabhängigkeit für Österreich errungen ist. Es wäre viel besser gewesen, hätte er sich statt zu dieser negativen Politik lieber an unsere Seite zur positiven Politik der gemeinsamen Arbeit für unser Volk bekannt. *(Beifall und Händeklatschen.)* In diesem Sinne für unsere Freiheit zu kämpfen, in Arbeitsamkeit, in Opfermut, in Opfergeist, in Sparsamkeit, das ist die Methode, die wir von der Rechten und von der Mitte vorgeschlagen haben.

Und wenn Sie schon von der Kontrolle soviel gesprochen haben und absolut gar keine Kontrolle dulden wollen, so möchte ich demgegenüber das Wort eines großen deutschen Mannes zitieren: „Die großen Geister der Geschichte sind es nicht gewesen, die jede Führung von außen her als Entmannung ihrer Freiheit abgelehnt haben. Nur die kleinen

Geister, nur die Versandeten und Gestrandeten wollen eigensinnig allein ihr Schicksal gestalten." Das gilt auch von unserem Volke. Deshalb, sehr geehrte Herren, glaube ich nichts anderes tun zu können als hier an diesem Scheidewege, an dem wir stehen, unserem Volke zuzurufen: Jetzt gilt es sich zu entscheiden, jetzt gilt es, den Willen des Völkerbundes, den europäischen Willen, der uns retten will, umzuprägen in den eigenen Willen des österreichischen Volkes, umzuprägen in gute, echte österreichische Valuta, aber in Edelvaluta und in diesem Sinne heroische Aufbauarbeit zu leisten. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Wenn unser deutschösterreichisches Volk dieses heroische: Ich will! Ich will die Rettung, ich will die Sanierung! spricht, dann hat es die Kraft gewonnen, jenes stolze Wort in die Tat umzusetzen, jenes Wort „ich will", das Grabsteine hebt und Sterne vom Himmel reißt! Ich bitte um die Annahme der Genfer Protokolle. *(Lebhafter anhaltender Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident Dr. **Dinghofer:** Zur Abstimmung hat sich der Herr Abgeordnete Sever zum Worte gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Sever:** Ich stelle den Antrag, die Abstimmung über Protokoll I namentlich vorzunehmen.

Präsident Dr. **Dinghofer:** Ich mache darauf aufmerksam, daß der Antrag, welcher dem Nationalrate vorliegt, folgendermaßen lautet *(liest)*:

> „Den angeschlossenen, in Genf am 4. Oktober 1922 unterzeichneten, einen Staatsvertrag bildenden drei Protokollen einschließlich der zum Protokoll Nr. II gehörenden Beilagen A und B wird die verfassungsmäßige Genehmigung erteilt."

Ich fasse den Antrag des Herrn Abgeordneten Sever dahin auf, daß über diesen Antrag namentlich abgestimmt werden soll. *(Zustimmung.)*

Ich bitte diejenigen Frauen und Herren, welche den Antrag des Herrn Abgeordneten Sever unterstützen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht. — Zwischenrufe.)* Der Antrag des Herrn Abgeorgneten Sever ist genügend unterstützt. Es wird daher die namentliche Abstimmung durchgeführt.

Ich bitte diejenigen Frauen und Herren, welche dem Antrage des Sonderausschusses für die Beratung der Genfer Konvention zustimmen wollen, einen auf „Ja" lautenden, diejenigen, welche ihm nicht zustimmen wollen, einen auf „Nein" lautenden Stimmzettel abzugeben.

Ich ersuche die Beamten des Hauses, die Abstimmung durchzuführen.

(Nach Einsammlung der Stimmzettel:) Die Stimmenabgabe ist geschlossen. Das Skrutinium wird sofort vorgenommen werden. *(Nach Vornahme des Skrutiniums:)*

Die namentliche Abstimmung hat folgendes Ergebnis: Zahl der abgegebenen Stimmen: 171. Die absolute Mehrheit beträgt also 86 Stimmen. Mit „Ja" stimmten 103, mit „Nein" 68 Abgeordnete. Daher erscheint der Antrag des Ausschusses angenommen.

(Mit „Ja" stimmten die Abgeordneten:

Aigner, Altenbacher, Ammann, Angerer, Bichl, Binder, Bierbaumer, Bösch, Brinnich, Buchinger, Burgstaller, Clessin, Czernin, Dersch, Dostal, Duld, Edlinger, Eisenhut, Fink, Fischer, Födermayr, Frank, Geisler, Geyer, Gimpl, Größbauer, Gruber, Gürtler Alfred, Gürtler Johann, Haider, Hampel, Haueis, Hauser, Heigl, Heinl, Heitzinger, Höchtl, Hofer, Hollersbacher, Irsa, Jerzabek, Jutz, Kletzmayr, Klug, Kollarz, Kollmann, Kraft, Krüzner, Lackner, Lanner, Lieschnegg, Lump, Luttenberger, Maier Anton, Markschläger, Mataja, Mayr Otto, Miklas, Neuhofer, Niedrist, Odehnal, Partik, Paulitsch, Pauly, Pirchegger, Pischitz, Ramek, Renner Florian, Resch, Scharfegger, Schmidt, Schmitz, Schneider, Schönsteiner, Schoepfer, Schürff, Seipel, Siegl, Spalowsky, Steinegger, Stempfer, Stöckler, Stradal, Straffner, Thullner, Traxler, Unterkircher, Ursin, Vaugoin, Volker, Waber, Wagner, Waiß Erwin, Weigl, Weiskirchner, Weiss Josef, Wiesmaier, Wimmer, Wollek, Wollinger, Wunsch, Zauner, Zeidler;

mit „Nein" stimmten die Abgeordneten:

Abram, Adler, Allina, Austerlitz, Bauer, Baumgärtel, Boschek, Bretschneider, Danneberg, Deutsch, Domes, Ebner, Eisler, Elderch, Ellenbogen, Falle, Forstner, Freundlich, Gabriel, Geßl, Glöckel, Hammerschmied, Hammerstorfer, Hanusch, Hermann, Hölzl, Hubmann, Hueber, Lenz, Leuthner, Morawitz, Muchitsch, Pick, Pölzer, Polke, Popp, Prost, Rauscha, Renner Karl, Richter, Rieger, Scheibein, Schiegl, Schlager, Schlesinger, Schneidmadl, Schön, Schulz, Sailer, Seidel, Seitz, Sever, Skaret, Smitka, Stika, Strunz, Tomschik, Tuller, Tusch, Viehauser, Volkert, Weiser, Widholz, Wiedenhofer, Witternigg, Witzany, Zelenka, Zwanzger.)

Wir kommen zum nächsten Gegenstande der Tagesordnung. In dieser Beziehung möchte ich folgende Mitteilung machen. Auf der Tagesordnung steht zunächst das Wiederaufbaugesetz. Nun haben die Parteien vereinbart, daß ein Antrag, den die Herrn Abgeordneten Seitz, Adler, Elderch und

Genossen eingebracht haben, sofort jetzt dem hohen Hause zur Kenntnis gebracht werde und daß, nachdem auf Grund des § 87c der Geschäftsordnung, weil es sich um eine Abänderung unserer Geschäftsordnung handelt, eine erste Lesung über diesen Antrag abgeführt werden muß, diese erste Lesung sofort durchgeführt werde. Ich kann diesen Vorgang nur dann einhalten, wenn von keiner Seite irgendein Widerspruch erfolgt. *(Nach einer Pause:)* Es erfolgt kein Widerspruch, die Herren scheinen also mit diesem Vorgang einverstanden zu sein.

Ich bringe daher zunächst den Antrag zur Kenntnis des hohen Hauses *(liest)*:

„Antrag der Abgeordneten Seitz, Adler, Elderſch und Genossen, betreffend eine Ergänzung des Bundesgesetzes vom 19. November 1920, B. G. Bl. Nr. 10, über die Geschäftsordnung des Nationalrates und eine Ergänzung der Geschäftsordnung des Nationalrates.

Die Gefertigten beantragen:

I.

Der Nationalrat wolle dem beigeschlossenen Gesetzentwurfe, betreffend eine Ergänzung des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Nationalrates, die Zustimmung erteilen.

Bundesgesetz

vom . . . . . ,

betreffend

eine Ergänzung des Bundesgesetzes vom 19. November 1920, B. G. Bl. Nr. 10, über die Geschäftsordnung des Nationalrates.

Der Nationalrat hat beschlossen:

In das Bundesgesetz vom 19. November 1920, B. G. Bl. Nr. 10, über die Geschäftsordnung des Nationalrates, ist nach dem § 31 folgender § 31a einzufügen:

„„§ 31a.

(1) Der Nationalrat kann nur durch seinen Beschluß vertagt werden. Die Wiedereinberufung erfolgt durch seinen Präsidenten. Dieser ist verpflichtet, den Nationalrat sofort einzuberufen, wenn wenigstens ein Viertel seiner Mitglieder oder die Bundesregierung es verlangt (Artikel 28 B. V. G.).

(2) Übrigens kann, wenn aus irgendeinem Grunde für die nächsten acht Tage keine Sitzung des Nationalrates anberaumt ist, ein Viertel der Mitglieder des Nationalrates oder auch die Bundesregierung die Einberufung des Nationalrates innerhalb dieser Frist verlangen. Das Begehren ist mindestens vier Tage vor dem gewünschten Sitzungstage zu stellen. Der Präsident ist verpflichtet, die Einberufung sofort vorzunehmen.““

II.

In der Geschäftsordnung für den Nationalrat ist der dermalen einzige Absatz des § 35 mit „A“ zu bezeichnen; diesem Absatz ist folgender mit „B“ zu bezeichnender Absatz anzufügen:

„„B. Übrigens kann, wenn aus irgendeinem Grunde für die nächsten acht Tage keine Sitzung des Nationalrates anberaumt ist, ein Viertel der Mitglieder des Nationalrates oder auch die Bundesregierung die Einberufung des Nationalrates innerhalb dieser Frist verlangen. Das Begehren ist mindestens vier Tage vor dem gewünschten Sitzungstage zu stellen. Der Präsident ist verpflichtet, die Einberufung sofort vorzunehmen.““

In formaler Hinsicht wolle der Antrag dem Verfassungsausschusse zugewiesen werden.“

Ich nehme an, daß das hohe Haus einstimmig damit einverstanden ist, daß über diesen Antrag sofort die erste Lesung abgeführt wird. Es erfolgt kein Widerspruch, daher scheint das hohe Haus einstimmig mit diesem Vorgang einverstanden zu sein.

Zum Worte hat sich gemeldet der Herr Abgeordnete Seitz; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Seitz**: Hohes Haus! Ich habe mich eigentlich nicht zum Worte gemeldet, sondern ich habe die Pflicht, als Antragsteller in der ersten Lesung den Antrag zu vertreten, und ich werde mich dabei selbstverständlich sehr kurz fassen. Ich erbitte mir die Aufmerksamkeit des hohen Hauses für eine ganz nüchterne politisch-staatsrechtliche Frage.

Das Genfer Projekt sollte zwei Abhängigkeitsverhältnisse schaffen. Erstens die Abhängigkeit der Republik Deutschösterreich von einer internationalen Kontrollkommission und deren Organ am Sitze der Bundeshauptstadt. Hiedurch sollte gesichert werden, daß die österreichische Volkswirtschaft und Finanzwirtschaft strenge nach den Wünschen, beziehungsweise nach den volkswirtschaftlichen Interessen der die Kontrolle vornehmenden Staaten eingerichtet werde.

Die zweite Abhängigkeit sollte im Inlande bestehen, und zwar sollte die jeweilige, mit einfacher Majorität vom Parlament gewählte Regierung das Recht haben, ihr geeignet erscheinende volkswirtschaftliche, finanzielle oder Verwaltungsmaßnahmen nach Belieben zu treffen, ohne erst, wie es im

Artikel 3 des Genfer Protokolls Nr. III lautet, an das Parlament herantreten zu müssen. Schon an dem Tag als Dr. Seipel von Genf kam, war es für jeden klar, daß die bürgerlichen Parteien sich hinter ihn stellen und dieses Genfer Projekt akzeptieren werden, soweit es sich um die Errichtung des Abhängigkeitsverhältnisses gegenüber der ausländischen Kontrolle handelt. Es war deshalb klar, weil die einmal gesetzte Tat Seipels nicht mehr ohne die größten Gefahren aus der Welt geschafft werden konnte, eine einfache Rückversetzung in den politischen Zustand des August nicht möglich war, also bei einer Ablehnung unter solchen Verhältnissen ein wirklicher Zusammenbruch befürchtet werden mußte. Es ist daher auch Seipel gelungen, die Genfer Protokolle mit einer 17-Stimmenmehrheit zur Annahme zu bringen und das Abhängigkeitsverhältnis gegenüber dem Auslande gesetzlich festzulegen.

Die zweite Frage ist die Abhängigkeit der inländischen Bevölkerung von dem jeweiligen Belieben einer Regierung. Wir haben von Anfang an gesagt, wir verwerfen das Genfer Projekt, wir werden aber ebenso energisch gegen dieses Abhängigkeitsverhältnis im Inland ankämpfen. Der Kampf gegen das Genfer Projekt mußte mit dem Siege der bürgerlichen Parteien enden. Der Kampf gegen das zweite Projekt Seipel, die Abhängigkeit der inländischen Bevölkerung von der jeweiligen Regierung und die Ausschaltung der Volksvertretung, ist abgewehrt. Es ist uns gelungen, ihnen zu erweisen, daß sie eine solche Verfassungsänderung nicht durchsetzen werden. Sie mußten vielmehr ein Verfassungsgesetz vorlegen, das eine Anpassung des Protokolls III, Punkt 3, an unser Staatsrecht derart vorsieht, daß die Regierung mit jeder Verfügung, die sie treffen will, an eine parlamentarische Körperschaft, an den Staatsrat herantreten muß. Es war aus optischen Gründen notwendig, das Verfassungsgesetz so zu gestalten, als wäre jene parlamentarische Körperschaft, welche nunmehr zu verfügen hat, eine Regierung oder ein Kabinett. Daher der Name „Kabinettsrat". Faktisch aber besteht nunmehr der Zustand, daß ein Parlamentsausschuß von 26 Mitgliedern eingesetzt wird, daß diesem Parlamentsausschuß alle von der Regierung beabsichtigten Aktionen zu unterbreiten sind, und daß er darüber zu entscheiden hat, ob sie durchzuführen sind oder nicht. Wenn dieses Parlamentsorgan, dieser Ausschuß, die verfassungsmäßige Zustimmung gibt, so kann die Verfügung getroffen werden, wenn er sie ablehnt, nicht.

Aber auch das war noch nicht genug. Es gäbe demnach nur eine Entscheidung des Ausschusses. Wir durften aber nicht dulden, daß das Parlament ausgeschaltet werde, wir durften daher auch nicht dulden, daß das Plenum des Hauses ausgeschaltet wird. In der Regel werden zwar alle parlamentarischen Entscheidungen im Ausschusse getroffen und die Verhandlung im Plenum ist nur der Schlußsatz, die Auseinandersetzung vor der Öffentlichkeit. Aber auch diese Verhandlung des Parlaments ist nicht immer zu entbehren. Daher muß eine Sicherung getroffen werden, daß jede Aktion, die die Regierung beabsichtigt, dem Hause zur Entscheidung vorgelegt werden kann. Zu diesem Zwecke ist eine Änderung der Geschäftsordnung notwendig. Sie besteht darin, daß künftig ein Viertel der Abgeordneten die sofortige Einberufung des Hauses — innerhalb vier Tagen — begehren kann. In der Geschäftsordnung für den Staatsrat wird vorgeschrieben werden, daß zwei Tage vor der Verhandlung die Vorlage den Mitgliedern zuzugehen hat und daß die Verhandlung mindestens drei Tage dauern muß. Das sind zusammen fünf Tage. Innerhalb dieser fünf Tage hat nun der Staatsrat oder ein Viertel der Mitglieder des Hauses Gelegenheit, die Vorlage dem Hause zu unterbreiten. Dieses Viertel der Abgeordneten kann zu diesem Zweck eine Sitzung verlangen, das Parlament tritt zusammen und es kann, sei es in der Form der ersten Lesung irgendeines Resolutionsantrages, sei es in der Form einer dringlichen Anfrage mit Resolutionsantrag eine Entscheidung darüber fällen, ob das Haus die von der Regierung geplante Aktion billigt oder nicht.

Durch diese Änderung der Geschäftsordnung ist also die volle Mitwirkung des Parlaments sichergestellt. Es ist garantiert, daß das Haus jederzeit Gelegenheit hat, über eine von der Regierung geplante Aktion zu entscheiden, und keine vom Parlament gewählte Regierung wird diesem Votum trotzen können. Das Abhängigkeitsverhältnis im Inlande, die Ausschaltung der Volksvertretung und die Abhängigkeit des Schicksals des Volkes von dem Gutdünken einer Regierung ist also damit beseitigt. Das Parlament wird in einem Ausschuß und im Plenum Gelegenheit haben, über jede auf Grund dieses Programms von der Regierung beabsichtigte Maßregel parlamentarisch zu entscheiden und dadurch den Willen der Volksvertretung zur Geltung bringen.

Ich bitte den Nationalrat, diesen Antrag dem Verfassungsausschusse zuzuweisen mit dem Auftrage, noch in der morgigen Sitzung darüber zu referieren, so daß das gesamte Werk der Sicherung der Verfassung gegenüber den Gefahren, die das Genfer Projekt enthält, rechtzeitig zustande kommt.

Präsident *(welcher während vorstehender Rede den Vorsitz übernommen hat)*: Wünscht jemand in der ersten Lesung das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Das ist nicht der Fall, die Debatte ist geschlossen.

Nachdem ein anderer Antrag auf Zuweisung an einen Ausschuß nicht vorliegt, werde ich gemäß dem Antrage des Herrn Abgeordneten Seitz diese

Angelegenheit dem Verfassungsausschusse zuweisen mit dem Auftrage, bis morgen Bericht zu erstatten. Zu diesem Zwecke wird der Verfassungsausschuß heute fünf Minuten nach Schluß der Hassitzung zur Beratung zusammentreten.

Wir kommen nunmehr zum zweiten Punkt der Tagesordnung, das ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Bundesregierung (1258 der Beilagen), betreffend die zur Aufrichtung der Staats- und Volkswirtschaft der Republik Österreich zu treffenden Maßnahmen (Wiederaufbaugesetz). *(1281 der Beilagen.)*

Berichterstatter ist Abgeordneter Heinl; ich ersuche ihn, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter **Heinl**: Hohes Haus! Nach dem Genfer Protokoll III ist die Regierung verpflichtet gewesen, ein Reform- und Sanierungsprogramm und damit im Zusammenhang ein Bundesgesetz, betreffend die Wiederaufrichtung der Staats- und Volkswirtschaft unserer Republik dem Parlament in Vorlage zu bringen. Das erste sollte jene Maßnahmen enthalten, die es ermöglichen, innerhalb der nächsten zwei Jahre das budgetäre Gleichgewicht zu erlangen. Das zweite sollte eine Ermächtigung für die Regierung darstellen, im verkürzten Verfahren ohne Inanspruchnahme des Parlaments diese Maßnahmen auch durchzuführen. Wenn auch die Genfer Protokolle über Beschluß des hohen Hauses in einem eigenen Ausschuße verhandelt worden sind, so stehen doch das vorliegende Gesetz und das Finanz- und Sanierungsprogramm in einem innigen Zusammenhange zu den Genfer Protokollen und bilden ein Ganzes.

In einer Reihe von Sitzungen hat sich der Finanz- und Budgetausschuß mit den vorliegenden Entwürfen beschäftigt und sie eingehend beraten. Aber nicht nur dieser Ausschuß des hohen Hauses, meine sehr verehrten Damen und Herren, sondern die gesamte Öffentlichkeit hat sich seit Wochen mit dieser Angelegenheit beschäftigt und es kann ruhig behauptet werden, daß noch kein gesetzgeberischer Akt dieses hohen Hauses solches Interesse in der gesamten Öffentlichkeit hervorgerufen hat. Die politische Seite dieser Angelegenheit zu berühren, ist nicht meine Sache und ich werde mir daher nur erlauben, einen kurzen Überblick über die Verhandlung dieser Angelegenheit im Finanz- und Budgetausschuß zu geben.

In den Ausschußberatungen wurde vorerst die gesamte Materie in drei große Abschnitte geteilt, und zwar in die Reform der Bundesbetriebe, dann in die Reform der Hoheitsverwaltung und endlich in die finanziellen Angelegenheiten. Zuerst wurde in die Beratung des Reform- und Finanzprogramms eingegangen. Ich möchte hiebei noch erwähnen, daß für die finanziellen Angelegenheiten ein eigener Unterausschuß gebildet wurde.

Ich komme zuerst auf die Reform der Bundesbetriebe zu sprechen. Als solche haben nach dem vorliegenden Reform- und Finanzprogramm zu gelten: 1. die Monopolbetriebe (Tabakregie, Salinen, Schieß- und Sprengmittelbetriebe), 2. die Forst- und Domänenverwaltung, 3. die Montanbetriebe, 4. die Bundesdruckerei, 5. das kartographische Institut, ferner die im öffentlichen Interesse gelegenen Betriebe, wie die Bundesbahnen, das Postwesen, das Telegraphen-, Fernsprech- und Rohrpostwesen und jene Betriebe und Verwaltungszweige, bei denen der wirtschaftliche Charakter vorherrschend ist. Der Zweck der Reform soll vor allem andern darin bestehen, daß die Kommerzialisierung dieser Betriebe durchgeführt werden soll. Naturgemäß muß diese Kommerzialisierung nicht nur darin bestehen, daß man die kaufmännische Buchhaltung in diesen Betrieben einführt, sondern daß auch kaufmännischer Geist in diese Betriebe einzieht. Es wird außerdem das Hauptgewicht darauf gelegt, daß nicht durch lineare Erhöhungen der Erzeugnisse dieser Betriebe Mehreinnahmen erzielt werden, sondern daß vor allem auf der Ersparungsseite gewisse Reformen vorgenommen werden, die größere Erträgnisse bringen. Es wurde auch im Ausschuß eingehend der Plan der Regierung beraten, die momentan getrennten Verwaltungen des Postwesens und des Fernsprechwesens und Telephonwesens wieder in einen Betrieb zusammenzulegen. Der Finanzausschuß hat nach längerer Beratung sich zu dem Standpunkte bekannt, daß in prinzipieller Beziehung gewiß eine Zusammenlegung dieser beiden Betriebe von Vorteil wäre, daß aber immerhin noch gewisse Vorerhebungen über diese Absicht durchzuführen wären.

Was die Hoheitsverwaltung anbelangt, meine sehr verehrten Damen und Herren, so soll vor allem andern der bisherige luxuriöse Verwaltungsapparat abgebaut werden und einen, unseren derzeitigen staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechenden Umfang annehmen. Es ist aber selbstverständlich, daß diese Ersparungen und Reformen nicht einzig und allein bei der Hoheitsverwaltung des Bundes durchzuführen sein werden, sondern daß diese Ersparnisse auch für die übrigen Gebietskörperschaften, für die Landesregierungen und für die Gemeinden richtungsgebend sein müssen. Gerade bei den letzteren soll in der letzten Zeit in mancher Beziehung ein auffallender Luxus eingetreten sein und es wird im Interesse der Gebietskörperschaften notwendig sein, endlich auch dort einmal mit den Ersparnissen zu beginnen.

Einen breiten Rahmen in den Beratungen nahmen selbstverständlich diejenigen Maßnahmen ein, welche die Einnahmensteigerung herbeiführen sollen.

Vor allem andern ist hier die Zollfrage zu behandeln. Es war die ursprüngliche Absicht der Regierung in der ersten Vorlage, die Erträgnisse der Zölle auf 80 Millionen Goldkronen im Jahre zu steigern, im Jahre 1924 diese Erträgnisse auf 100 Millionen Goldkronen zu erhöhen. Es wurde bei den Ausschußberatungen darauf hingewiesen, daß es nicht zweckentsprechend sei, der Regierung die Ermächtigung zu geben, eventuell auch einen neuen Zolltarif einzuführen, ohne mit den Interessentenkreisen die entsprechende Fühlungnahme zu besitzen. Es ist klar, daß die Gegensätze speziell auf diesem Gebiet außerordentlich große sind, und es war daher nur zu natürlich, daß diese Ermächtigung der Regierung etwas eingeschränkt wurde, und zwar in der Weise, daß nur die Finanzzölle eine Erhöhung erfahren sollen. Es wurde weiters ein Resolutionsantrag im Finanz- und Budgetausschuß angenommen, der die Regierung verpflichtet, innerhalb der nächsten sechs Monate einen neuen Zolltarif dem hohen Hause in Vorlage zu bringen, das dann die Aufgabe hätte, diesen Zolltarif bis Ende Juni 1923 der Erledigung zuzuführen.

Es ist klar, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß gerade diese Angelegenheit im Interesse unserer Volkswirtschaft eine außerordentlich dringliche ist, weil naturgemäß der Zolltarif vom Jahre 1906 heute nicht mehr für unsere wirtschaftlichen Verhältnisse und für den derzeitigen Umfang unserer Republik maßgebend sein kann.

Was die Ausfuhrabgaben anbelangt, so wurden die Regierungsanträge unverändert zum Beschluß erhoben.

Bei den Monopolen wurde betont, daß das Hauptgewicht auf die Ersparungsmaßnahmen gelegt werden soll, und es wird Aufgabe der Generaldirektion der Tabakregie und der übrigen Monopolverwaltungen sein, auch dort diejenigen Ersparungen durchzuführen, die im Reform- und Sanierungsprogramm in diesen Belangen vorgesehen sind.

Was die Verbrauchssteuern anbelangt, so ist es selbstverständlich, daß auch diese sehr stark zur Einnahmenerhöhung herangezogen wurden. Es wurden die Regierungsanträge genehmigt mit Ausnahme der sogenannten Weinsteuer, deren Satz von 30 auf 20 Goldkronen herabgesetzt wurde. Es wurde im Finanz- und Budgetausschuß auch sehr viel darüber gesprochen, daß die Steuerfreiheit des sogenannten Haustrunkes aufgehoben werden soll. Der Finanz- und Budgetausschuß konnte den diesbezüglichen Anträgen der Opposition nicht zustimmen, sondern es wurde nur dem Antrage zugestimmt, die Steuerfreiheit für den in Mißjahren zugekauften Haustrunk aufzuheben.

Bei der Verbrauchsabgabe für Zucker wurde seitens der Opposition Wert darauf gelegt, daß der hier vorgesehene Satz von sechs auf drei Goldkronen herabgesetzt wird. Auch in dieser Beziehung hat der Finanz- und Budgetausschuß die Anträge der Regierungsvorlage genehmigt.

Es wurde sowohl in der Öffentlichkeit als auch bei den Beratungen des Finanz- und Budgetausschusses dagegen Stellung genommen, daß eine Gas- und Elektrizitätsabgabe seitens des Bundes eingehoben werde. Die Meinung der Mehrheit, ich möchte sagen, die einmütige Meinung des Ausschusses ist nun dahin gegangen, diese Gas- und Elektrizitätsabgabe den Ländern und Gemeinden zu überlassen. Es wurde außerdem die in der Regierungsvorlage festgesetzte Einführung von Verbrauchsabgaben ohne nähere Bezeichnung wieder eliminiert und den diesbezüglichen Wünschen der Opposition Rechnung getragen.

Was nun die direkten Steuern anbelangt, so ist vor allem andern festzuhalten, daß bei der Vermögenssteuer die Besteuerung nach dem Höchstsatz schon bei 300.000 Steuereinheiten statt bei 500.000 zu beginnen hat. Weiters wurde die in den bisherigen Steuergesetzen vorgesehene Einkommensteuerfreiheit für Diensteinkommen aus Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeiten neuerlich beschlossen. Außerdem wurde einem Beschlusse des Finanzausschusses entsprechend die Aufrechterhaltung der Steuerfreiheit für Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften beschlossen.

Was nun die Länder- und Gemeindefinanzen anbelangt meine sehr verehrten Damen und Herren, so ist hier festzuhalten, daß naturgemäß durch die Reformen, die auf finanziellem und steuerrechtlichem Gebiet in nächster Zeit durchgeführt werden, für die Gemeinden und für die Länder außerordentlich schwere Zeiten kommen dürften, und es war selbstverständlich, daß die Beratungen über diesen Gegenstand einen breiten Raum in den Verhandlungen des Finanz- und Budgetausschusses eingenommen haben. Es ist klar, daß das Aufhören der Personalzuschüsse eine sehr schwierige Situation für die Gemeinden und Länder herbeiführen wird. Aber der Herr Finanzminister hat in seinen Ausführungen im Finanz- und Budgetausschusse darauf hingewiesen, daß er gerade Wert darauf legen müsse, daß die Schwierigkeit der finanziellen Situation des Bundes sich auch auf die Länder und Gemeinden auswirke, damit auch dort die entsprechenden Ersparungsmaßnahmen durchgeführt werden.

Was nun die Warenumsatzsteuer anbelangt, die ja auch einer eingehenden Beratung im Finanz- und Budgetausschuß unterzogen wurde, so ist vor allem andern darauf hinzuweisen, daß seitens der sozialdemokratischen Opposition Wert darauf gelegt wurde, daß diese Steuer überhaupt nicht zur Durchführung gelange, sondern ersetzt werde durch sogenannte Steuergesellschaften der Produktion, welche jene Beträge aufbringen sollen, die man sich durch die

Warenumsatzsteuer verspricht. Die Warenumsatzsteuer selbst hat ja in der Öffentlichkeit ziemlich viel Staub aufgewirbelt, weil die Anhänger sowohl der Phasenbesteuerung als auch der Finalbesteuerung sich nicht einigen konnten. In der Regierungsvorlage selbst ist die Phasenbesteuerung als Grundlage angenommen worden und es hat sich in den Beratungen des hohen Ausschusses gezeigt, daß auch die Mehrheit des Ausschusses sich dem Gedanken der Phasenbesteuerung nähert, obwohl zu erkennen war, daß es wohl notwendig sein wird, bei der Durchführung des Gesetzes der Regierung eine gewisse Freiheit zu gestatten, durch eine Zusammenziehung der Phasen eventuell auch in einzelnen Belangen eine Finalbesteuerung vorzunehmen. Es wurde seitens der Opposition auch ein Antrag gestellt, daß lebenswichtige Artikel von der Warenumsatzsteuer ausgenommen werden sollen. In dieser Beziehung hat die Regierung die Erklärung abgegeben, daß sie auf einen derartigen Ausfall absolut nicht verzichten könnte, daß sie aber gewiß berücksichtigen werde, lebenswichtige Artikel eventuell einer geringeren Besteuerung zu unterziehen.

Ich erlaube mir nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, darauf aufmerksam zu machen, daß sich bei der Drucklegung der Vorlagen einzelne Änderungen ergeben haben und Beschlüsse des Finanz- und Budgetausschusses nicht berücksichtigt worden sind. Ich bitte, dieselben jetzt zur Kenntnis zu nehmen, und zwar:

Auf Seite 12, beim § 8 des Abschnittes A, hat der dritte Absatz zu entfallen, der lautet *(liest)*:

„Soweit die Bestimmungen der §§ 26 und 61 des Besoldungsgesetzes oder sonstiger Vorschriften hiemit im Widerspruch stehen, sind sie spätestens mit dem gleichen Zeitpunkt (1. Juli 1923) außer Kraft zu setzen."

Auf Seite 25, beim § 3 des Artikels IV: „Bundeszuschüsse und Steuerertragsanteile", heißt es *(liest)*: „. . . . als der Ertrag der bestehenden Luxuswarenabgabe für September 1922" — und hier ist einzufügen —: „auf ein Jahr umgerechnet" — worauf es weiter heißt: „um fünf Siebentel vermehrt . . ." usw.

Auf Seite 26, im § 1 des Abschnittes D: „Kreditermächtigungen", Absatz c, soll es nicht heißen: „wegen Übertretung von Steuern und Devisenvorschriften", sondern: „wegen Übertretung von Steuer- und Devisenvorschriften".

Auf Seite 33: „Im Bereiche des Bundesministeriums für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten", Post 12: „Auflassung und Entstaatlichung von entbehrlichen Fachschulen." Hier ist hinzuzufügen: „nach Anhörung der hiezu berufenen gesetzlichen Körperschaften."

Auf Seite 34 hat der Absatz: „Im Bereiche der Staatskommission für Sozialisierung" zu lauten: „Auflassung der Sozialisierungskommission und Unterstellung ihres Bureaus als eines selbständigen Amtes unter den Bundeskanzler oder einen andern Minister."

Auf Seite 37 unter „Verkehrssteuern und Gebühren" ist der letzte Abschnitt *(liest)*: „Der Ertrag der Warenumsatzsteuer wurde auf einer allerdings wenig verläßlichen Grundlage — statistische Behelfe stehen nicht zu Gebote — für den Beharrungszustand (das ist für die Zeit vom 1. Jänner 1924 angefangen) mit jährlich etwa 1280 Milliarden Kronen errechnet, wovon bei 40prozentiger Beteiligung der Länder und Gemeinden an dem Ertrage der Steuer dem Bunde eine Einnahme von etwa 768 Milliarden Kronen verbliebe", zu streichen.

Auf Seite 38 ist zu streichen die Ankündigung des Ertrages der Stempel- und Rechtsgebühren, die lautet *(liest)*: „Der als Erfolg der vorstehenden Änderungen zu gewärtigende jährliche Mehrertrag läßt sich mit etwa 130 bis 140 Milliarden Kronen beziffern."

Ich bitte das hohe Haus, diese Änderungen zur Kenntnis zu nehmen, und bitte ferner namens des Finanz- und Budgetausschusses, sowohl den vorliegenden Gesetzentwurf als auch das Finanz- und Sanierungsprogramm und die im Finanz- und Budgetausschuß beschlossenen Resolutionen zum Beschlusse zu erheben. *(Beifall.)*

Präsident: Ich eröffne die Debatte. Die Generaldebatte bezieht sich auf das Gesetz und auf das Finanz- und Sanierungsprogramm.

Ich bitte den Herrn Abgeordneten Eldersch, das Wort zu ergreifen.

Abgeordneter **Eldersch:** Hohes Haus! Der Herr Berichterstatter hat eingangs seines Berichtes gemeint, daß noch selten eine Gesetzesvorlage die öffentliche Diskussion so stark beschäftigt hat wie diese. Ich möchte noch hinzufügen, daß noch bei keiner Diskussion über Regierungsvorlagen ein solcher Aufwand an Demagogie bürgerlicherseits getrieben wurde, um das Urteil der Öffentlichkeit irre zu führen. Was das Bürgertum anbelangt, scheint Ihnen ja dieser Feldzug gelungen zu sein.

Hohes Haus! Schon der Titel dieser Vorlage erscheint uns als eine Falschmeldung. Das Gesetz hat den Titel: „Gesetz über die zur Aufrichtung der Staats- und Volkswirtschaft der Republik Österreich zu treffenden Maßnahmen (Wiederaufbaugesetz)". Wenn Sie den Inhalt dieses Gesetzes prüfen, so finden Sie eine reiche Aufzählung von Sparmaßnahmen — die selige Spar-Agnes ist ein erbärmlicher Abklatsch gegen das, was hier alles

an Ersparungsmaßnahmen verheißen wird, an Ersparungsmaßnahmen, von denen heute schon sicher ist, daß sie nicht, zumindest nicht in dem Umfange, in der Form und mit der in Aussicht gestellten Wirkung werden durchgeführt werden können. Sie finden weiter in diesem Gesetz eine Reihe von Steuergesetzen — da sind wirklich alle Schubladen im Finanzministerium ausgeleert worden — und das Ganze soll der Wiederaufrichtung unserer Volkswirtschaft dienen, soll, wie es im Titel heißt, den Wiederaufbau der Volkswirtschaft in die Wege leiten.

Sie haben, meine verehrten Damen und Herren, vor, in der nächsten Zeit ein halbes Hunderttausend von Staatsbediensteten aller Kategorien auf die Straße zu werfen, sie arbeitslos zu machen und ihnen infolge des geminderten Einkommens Konsumeinschränkungen aufzuerlegen. Nebenbei bemerke ich, daß Sie für die Gruppe der nichtständigen Staatsarbeiter gar keine Vorsorgen dafür getroffen haben, daß ihnen, wenn sie entlassen werden, auch nur die kärgliche Arbeitslosenunterstützung zuteil wird. *(Hört! Hört!)* Wir mußten Sie erst daran erinnern und dazu verhalten, daß hier so rasch als möglich Vorsorgen getroffen werden. Soll das der Volkswirtschaft, wenn eine solche Menge von Staatsbediensteten arbeitslos wird, vielleicht förderlich sein? Wir haben jetzt in Österreich schon über 100.000 Arbeitslose und wir befürchten, daß derer in der nächsten Zeit noch mehr werden, die auf diese kärgliche Arbeitslosenunterstützung angewiesen sind, die davon nicht leben können und die sich natürlich fürchterliche Einschränkungen und Entbehrungen auferlegen müssen.

Wir finden aber in dem Programm keine einzige Bestimmung, die die Möglichkeit bieten würde, eine produktive Arbeitslosenfürsorge in die Wege zu leiten oder Investitionskredite aufzunehmen, damit wir in der Lage sind, die heimische Industrie und das heimische Gewerbe mit staatlichen Aufträgen wieder zu befruchten. Angeblich haben die Völkerbunddelegierten der Aufnahme einer solchen Investitionsanleihe nicht zugestimmt. Wenn man aber glaubt, daß man die Staatswirtschaft gesund machen kann, ohne sich um die Volkswirtschaft zu kümmern, ohne auch den Gesundungsprozeß bei der Volkswirtschaft einzuleiten, dann, hohes Haus, ist diese Auffassung töricht. Sie werden die Staatswirtschaft nicht gesund machen können, wenn Sie nicht die Volkswirtschaft wieder aufrichten. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Das kommt mir so vor, wie wenn ein Landwirt eine Kuh hungern läßt und dabei doch auf einen Milchertrag hofft.

Hohes Haus! Das Finanzkomitee des Völkerbundes hat die österreichischen Verhältnisse untersucht und uns dabei auch einige Ratschläge gegeben. Auch das Finanzkomitee des Völkerbundes war der Ansicht, daß uns eine Gesundung der Staatsfinanzen allein nicht helfen kann, denn es sagt in seinem Berichte *(liest)*: „Wenn es Österreich selbst gelingt, durch eine gewisse Zeit hindurch eine gesunde Finanzlage herzustellen, so wird es sie nur dann aufrechterhalten und die Bedürfnisse seiner gegenwärtigen Bevölkerung nur dann befriedigen können, wenn es seine Produktion derart erhöht und einrichtet, daß auch in seiner Handelsbilanz das Gleichgewicht hergestellt wird. Diese Bilanz ist gegenwärtig sehr ungünstig." „Es ist daher", meint das Völkerbundkomitee, „von größter Wichtigkeit, alle möglichen Maßnahmen zu ergreifen: Verbesserung der internationalen wirtschaftlichen Beziehungen, Herstellung der Voraussetzungen, die bestimmt sind, die Stellung Wiens als Zwischenhandelsplatz zu stärken, die finanziellen Operationen und die Geschäfte des Transithandels zu vermehren; Anwendung von Maßnahmen, die geeignet sind, das Privatkapital für die Entwicklung der Produktionsquellen des Landes heranzuziehen."

Das Komitee kommt dann weiter zu dem Ratschlag: mehr zu produzieren, weniger konsumieren! *(Rufe: Sehr richtig!)* Meine Herren! Sie sagen, sehr richtig. Aber wie wollen Sie denn die Produktion steigern, wenn Sie auf der andern Seite die Konsumtionsfähigkeit breiter Massen herabsetzen, wenn wir im gegenwärtigen Zeitpunkt — in der Hauptsache wegen des Sturzes der deutschen Mark — in eine Wirtschaftskrise kommen, daß wir für unsere Produkte keinen Absatz im Auslande finden können und der deutschen Konkurrenz unterliegen? Wie wollen Sie denn unsere Wirtschaft gesund machen? Die Landwirtschaft unseres Staates ist nur befähigt, uns durch drei Monate des Jahres zu ernähren. Für sieben oder acht Monate des Jahres müssen wir alle unsere Nahrungsmittel aus dem Auslande beziehen. Unsere Industrie wäre nun in der Lage, Produkte auszuführen und den Ausfall, den wir in unserer Ernährnng haben, zu ersetzen. Aber diese Produkte können nicht im Inlande konsumiert werden, sonst würden sie unsere Handelsbilanz nicht aktiv machen, sie müssen also ausgeführt werden; es ist aber, wie gesagt, im gegenwärtigen Zeitpunkte nicht möglich, daß diese Produkte im Ausland Absatz finden. Die Arbeiterschaft will also produzieren, aber sie kann nicht, sie wird daran gehindert, weil die wirtschaftlichen Verhältnisse stagnieren und die Möglichkeit der Produktion erheblich eingeschränkt ist. Sie sprechen immer von der Erhöhung der Arbeitszeit, die unsere Wirtschaft befruchten und ihr aufhelfen soll. Wir haben doch schon jetzt in der Industrie nicht nur die Arbeitslosen, die keine Arbeit bekommen können, sondern wir haben einen erheblichen Bruchteil von Arbeitern, die nicht einmal acht Stunden täglich arbeiten, die kurz arbeiten, damit nicht die Zahl der Arbeitslosen noch vermehrt werde, die also das Opfer auf sich

nehmen, nur 30 bis 32 Stunden in der Woche zu arbeiten, damit noch eine Reihe von Arbeitern Beschäftigung findet und nicht arbeitslos werde. Wir haben ganze Industrien, wo nur durch eine halbe Woche gearbeitet wird. Was sollen also immer wieder diese Forderungen, was soll das Geraunze von der Ausnutzung und Erhöhung der Arbeitszeit? Hier sind Hunderttausende von Arbeitern, die arbeiten wollen und nicht arbeiten können, weil sie keine Beschäftigung finden, da wir uns in einer Industriekrise befinden, die eine Beschäftigung dieser Arbeiter nicht ermöglicht. Hier wäre es Pflicht des Staates, einzugreifen und durch eine produktive Arbeitslosenfürsorge, durch Investitionskredite dafür zu sorgen, daß wenigsten ein erheblicher Teil dieser Arbeitslosen Beschäftigung finde, damit die Unterkonsumtion und die Verelendung unserer Arbeiterbevölkerung nicht in einem so erschreckendem Maße zunehme.

Wien soll ein internationaler Handelsplatz, ein Stapelplatz werden, und Sie, meine Herren, führen eine Warenumsatzsteuer ein, die den Warenverkehr belastet, die Wien als Stapelplatz unmöglich machen wird, wenn Sie nicht rechtzeitig Vorsorge treffen, daß Waren, die im Transitverkehr nach Wien kommen, von dieser Besteuerung freigelassen werden. Diese Warenumsatzsteuer wird die Waren im nächsten Jahr mit 3 bis 5 Prozent, im übernächsten mit 6 bis 10 Prozent des Preises belasten.

Hohes Haus! Als der Bundeskanzler von Genf kam, hat er mit großen Pathos an die Opferwilligkeit aller Bevölkerungsklassen appelliert und erklärt, es müsse ein Sanierungsprogramm gemacht werden, das alle Klassen der Bevölkerung nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit zu Opfern für den Staat verpflichtet.

Wenn wir nun das Sanierungsprogramm auf diesen Grundsatz hin prüfen, so müssen wir sagen, daß es demselben in keiner Weise entspricht. Wir sehen durch das Sanierungsprogramm eine unerträgliche Belastung der städtischen Bevölkerung vorbereiten, wir sehen aber anderseits in dem Sanierungsprogramm, daß bei der agrarischen Bevölkerung, namentlich bei den Großagrariern, in der Belastung so zurückgehalten wurde, daß dieser Zustand, daß diese Zumutung für die städtische Bevölkerung zur Unerträglichkeit wird. *(So ist es!)* Wir haben einen Entwurf, der der dritte Entwurf genannt wird, der das Produkt interministerieller Beratungen zu sein scheint, wo man wohl schüchtern, aber doch versucht hat, den Großagrariern durchaus erträgliche Steuerlasten zuzumuten. Als die Agrarier davon erfuhren, waren sie darüber empört, daß man ihnen zumute, daß auch sie, entsprechend den Verhältnissen zur Sanierung des Staates beitragen sollten. Sie haben ihren Einfluß geltend gemacht, und so sehen wir in dem letzten Entwurf, daß die meisten Bestimmungen, die Agrarsteuern betreffen, in einem Umfange herabgemindert wurden, der sehr beträchtlich genannt werden muß.

Wir verwahren uns dagegen, daß Sie, wenn wir darauf hinweisen, daß sie sich ihrer Steuerpflicht in diesem, wie Sie behaupten, historischen Moment entziehen, das als Bauernfeindschaft auslegen und erklären, daß wir gegen die Bauern hetzen. *(Zwischenrufe.)* Es gibt viele Bauern, der Zahl nach vielleicht die meisten, die Kleinbauern und Häusler, die ebenso in proletarischen Verhältnissen leben wie die Arbeiter und deren Interessen mit denen der Großagrarier absolut nichts gemein haben. Aber, hohes Haus, wenn so ungeheuerliche Steuerlasten der städtischen Bevölkerung auferlegt werden und man anderseits bei der Belastung agrarischer Kreise schüchtern und zaghaft vorgeht und, wenn man schon einen Vorschlag gemacht hat, diesen wieder zurücknimmt, um die Hälfte und noch mehr restringiert, so muß das, sehr geehrte Damen und Herren, die Vertreter der städtischen, der Arbeiterbevölkerung veranlassen, dagegen aufzutreten und zu erklären: Wenn schon geopfert werden soll, wenn jeder das Seine und mehr als das Seine dazu beitragen soll, wie man es hier von der städtischen Bevölkerung verlangt, um den Staat sanieren zu helfen, dann muß das in ebensolchem Maße auch von der agrarischen Bevölkerung verlangt werden. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Das ist kein unbilliges Verlangen, das ist keine Hetze, das ist kein Ausdruck einer Feindseligkeit gegen einen Stand, sondern was wir verlangen, ist nichts anderes als Gerechtigkeit, Gerechtigkeit, die zu verlangen wir das Recht haben.

Sie benutzen Ihren Einfluß bei der Mehrheit dieses Hauses, um sich diese Lasten zu erleichtern, um sich vieler Lasten, die Ihnen zugedacht waren, zu entledigen. Dagegen müssen wir ankämpfen. Wenn geblutet werden soll in bezug auf Steuern, dann müssen Sie auch daran, meine Herren, und Sie sind um so mehr dazu verpflichtet, als Sie, was die Zerrüttung Ihrer Wirtschaft durch den Krieg und in der Nachkriegszeit anlangt, vielleicht doch sagen müssen, daß Ihre wirtschaftlichen Verhältnisse intakt geblieben sind, daß Sie sogar die Möglichkeit gehabt haben, sich zu entschulden. Man kann nicht sagen, daß die wirtschaftliche Lage der agrarischen Bevölkerung so bedauernswert ist, daß ihre Leistungsfähigkeit so gering ist, daß sie eine derartige Berücksichtigung, wie die Regierungsvorlage und die Ausschußbeschlüsse ihr zuteil werden lassen, verdient oder nötig hat. Die Preise der meisten Agrarprodukte stehen weit über der Goldparität *(Zwischenrufe)*, was man von den Arbeitslöhnen und von den Preisen vieler Gebrauchsgegenstände der Landwirtschaft nicht sagen kann. Ich gebe zu, daß bei manchen Gebrauchsgegenständen die Goldparität auch erreicht, beziehungsweise überschritten ist, aber bei den Löhnen und jenen Spesen, die für die Land-

wirtschaft bei dem Preise des Produktes schwer ins Gewicht fallen, kann man davon noch nicht reden.

Sehen wir uns nun einmal an, was Sie da in diesem Programm an Erleichterungen für die Agrarier zustandegebracht haben. Die dritte Vorlage hat bei der Grundsteuer die Erhöhung dieser Steuer für das Jahr 1923 auf zwei Drittel des Friedensertrages in Gold vorgesehen, für das Jahr 1924 eine Steigerung um die Hälfte dieses Betrages. Sie wären also erst im Jahre 1924 dazu gekommen, dieselbe Grundsteuer zu zahlen, die Sie vor dem Kriege gezahlt haben; ich glaube, es war schon vor dem Kriege allgemeine Ansicht, daß die Grundsteuer eine ganz unbeträchtliche Steuer ist, und es wurde von uns schon damals darauf aufmerksam gemacht, daß ein Zustand, eine ganze Berufsgruppe mit einer so niedrigen Steuer zu belegen, einfach unhaltbar ist. *(Abgeordneter Eisenhut: Darum ist der Exekutor nicht aus den Gemeinden herausgekommen!)* Nun, wegen der Grundsteuer nicht. Ich glaube, wegen der Grundsteuer hätte es sich gar nicht ausgezahlt, daß man den Exekutor auf das Land schickt. *(Abgeordneter Eisenhut: Er ist aber gekommen!)* Er ist nicht wegen der Grundsteuer gekommen. Aber reden wir doch davon, wie viele Exekutionen heute auf dem Lande geführt werden: sagen Sie uns das! Sie haben sonst immer über die große Zahl der Exekutionen geklagt, aber jetzt sind Sie nicht in der Lage sich darauf zu berufen.

Die jetzige Vorlage, beziehungsweise der Ausschußbeschluß sieht vor, daß die Grundsteuer für das Jahr 1923 nur mit der Hälfte des Friedensbetrages in Gold bemessen und für das Jahr 1924 um die Hälfte gesteigert wird, so daß Sie im Jahre 1924 erst Dreiviertel jener Grundsteuer zahlen werden, die Sie bereits im Frieden gezahlt haben. Meine Herren, wenn schon zum Opferstock aufgerufen wird, dann soll man doch nicht, wie das manche von Ihnen im Frieden gemacht haben, in den Klingelbeutel Hosenknöpfe hineinwerfen *(Heiterkeit)* sondern, wenn zum Opferstock des Staates aufgerufen wird, dann leisten Sie Ihre Steuern so wie sie auch von den andern Bevölkerungsklassen verlangt werden, und geben Sie uns nicht Hosenknöpfe in der Gestalt dieser geminderten Steuern. *(Zwischenrufe.)*

Hohes Haus! Die Mehrheit beantragt eine sehr erhebliche Erhöhung der Alkoholsteuern. Wir sind für die Besteuerung des Alkohols, wir verlangen aber, daß, wenn Alkoholsteuern eingeführt werden, diese Steuern restlos dem Staate zugute kommen. Was machen aber Sie? Sie fixieren einen Weinzoll mit 60 Goldkronen, also 9000 K beim Liter Weinzoll. Da wir ein Manko haben, da wir Wein einführen, da die Weinproduktion Österreichs seinem Bedarfe nicht genügt, ist der Landwirt, der Weinbauer — ich gebe zu, nur in den Jahren, wo die Qualität des Weines eine halbwegs entsprechende ist . . . . . *(Abgeordneter Weigl: Diese Jahre sind aber sehr selten!)* na, jetzt haben wir ein paar gute Weinjahre hintereinander gehabt — in der Lage, durch den Zoll diese 9000 K im Preise zu lukrieren. Die Regierung hat ihnen im Sommer dieses Jahres eine Weinproduzentenabgabe zugemutet, Sie waren darüber entrüstet, die Regierung ist eingeschwenkt, die Weinproduktionsabgabe ist unter den Tisch gefallen. Meine Herren, es ist unmöglich, daß wir solche Zölle einführen lassen und dabei nicht zugleich von den heimischen Produzenten verlangen, daß in Form einer Ausgleichsabgabe das was sie im Preise lukrieren, wenigstens zum Teil wieder in die Staatskassen fließt, weil die Konsumenten das ja bezahlen müssen und weil es absolut nicht angeht, daß einzelnen Berufsgruppen in dieser Weise unberechtigte Vorteile zugewendet werden. Ich will noch ein paar Worte über den Haustrunk sagen, über den schon so viel gesprochen worden ist. Glauben Sie ja nicht, meine Herren, daß es für uns besonders aufreizend ist, wenn der Haustrunk, wenn das was Sie uns immer als Haustrunk vorstellen, das Wasser, das Sie da auf die Trester schütten und dann noch ein bißchen gären lassen, nicht mit der vollen Steuer belegt wird, sondern wir meinen, daß unter dem Titel des Haustrunkes gewaltige Mengen an Wein, gewaltige Mengen an Branntwein den Weg in den Handel finden, *(Sehr richtig!)* daß diese Mengen nicht von den landwirtschaftlichen Arbeitern oder von den Familienangehörigen des Bauern *(Zwischenrufe)* getrunken werden, sondern, daß diese Steuerfreiheit von Ihnen einfach zu einer Steigerung des Ertrages benutzt wird.

Der dritte Entwurf hat eine Besteuerung dieses Haustrunkes mit der Hälfte vorgesehen und hat gemeint, daß das eine Mehreinnahme von 3 Millionen Goldkronen ergeben würde. Nach dieser Schätzung — die ich, ich bitte um Entschuldigung, obwohl ich in Opposition stehe, für übertrieben halte — wären das 6 Millionen Goldkronen bei voller Besteuerung. *(Abgeordneter Schiegl: Stimmt!)* Aber, Freund Schiegl, ich halte das für übertrieben. Das wären also 90 Milliarden Papierkronen. Wenn auch soviel Haustrunk konsumiert wird, so bin ich doch der Meinung, daß in keiner Weise die Möglichkeit vorhanden wäre, den Haustrunk zur Gänze zur Versteuerung heranzuziehen. Wir wissen schon, daß, sowie sich die Händler und die Fabrikanten bei den Bilanzen gegen eine Besteuerung wehren, auch Sie sich mit Händen und Füßen gegen eine volle Besteuerung des Haustrunkes wehren würden und der Kampf zwischen der Finanzwache und Ihnen würde keinesfalls zu einem finanziellen Ertrag von 90 Milliarden Papierkronen führen. Aber, hohes Haus, es ist doch bezeichnend und — ich kann mir nicht anders

helfen — es ist eine Schmutzerei, wenn Sie absolut nicht darauf eingehen wollen, daß der Haustrunk auch nur in einem bescheidenen Maße besteuert wird. Die Ausrede auf die Arbeiter ist hinfällig. Wenn der Arbeiter in der Stadt Alkohol trinkt, so muß er ihn schließlich teuer bezahlen. Diese Ausnahme ist also in keiner Weise gerechtfertigt. Übrigens sagt ja auch der dritte Entwurf, daß diese Steuerfreiheit bei so namhaften Erhöhungen der Branntwein- und Weinsteuer eine einseitige, kaum zu rechtfertigende Begünstigung einzelner Wirtschaftsgruppen gegenüber den übrigen Bevölkerungskreisen und auch einen wesentlichen Ausfall im Ertrage der Abgaben für den Bundesstaat bedeute. Ich lege Wert darauf, zu betonen, daß es nicht so sehr der Steuerertrag im ganzen ist, um den es sich beim Haustrunk handelt; Sie würden schon verschiedene Hintertüren finden, um sich der Besteuerung wirksam zu entziehen. Aber es macht den Eindruck, daß es eine Schmutzerei ist, wenn Sie darauf nicht eingehen. Sie haben nur zugestimmt, daß der Haustrunk, der zugekauft wird, versteuert werden soll. Was ist denn das für ein Haustrunk? Ich glaube nicht, daß Sie Tresterwein zukaufen werden. Wenn der Wein schlecht geraten ist und der Weinbauer schließlich doch ein Viertel guten Wein trinken will, so wird halt ein besserer Wein, ein Siebzehner oder Einundzwanziger gekauft und der wird versteuert. Das ist vollständig ungenügend und ich muß Sie auffordern, in diesem Falle doch daran zu denken, welchen Eindruck das in der Stadt macht. Ich kann Ihnen schon sagen, daß die Städter, die Wein oder andern Alkohol trinken, nicht die ruhigsten Leute sind und natürlich über die Erhöhung der Steuern sehr aufgeregt sein werden. Wenn ihnen dann noch zum Bewußtsein kommt, daß das auf dem Lande anders ist, daß sich die Agrarier der Versteuerung des Alkohols zu entziehen gewußt haben, so wird die Verbitterung eine noch stärkere werden. Das hätten Sie ganz gut vermeiden können.

Meine Herren! Die städtische Bevölkerung wird eine Warenumsatzsteuer zahlen müssen. In einem Zeitpunkte der Wirtschaftskrise — gehen Sie nur auf unsere Märkte; das Fleisch findet keinen Absatz, ja wir lesen in den Marktberichten schon, daß sogar das Gemüse nicht mehr jenen Absatz findet, der noch vor kurzem zu verzeichnen war — verteuern Sie die wichtigsten Nahrungsmittel, ja Sie akzeptieren nicht einmal unsern Vorschlag, Mehl, Brot, Milch und Kartoffeln von dieser Warenumsatzsteuer auszunehmen.

Wie steht es nun mit der Entrichtung der Warenumsatzsteuer durch die Agrarier? Sicherlich macht der Aufwand für die Lebensmittel 70 Prozent des Einkommens aus. Der Städter wird also bei 70 Prozent seines Einkommens eine Warenumsatzsteuer entrichten. Der Landwirt zieht die notwendigen Nahrungsmittel aus seiner Wirtschaft. Er wird die Warenumsatzsteuer nicht zahlen, sondern nur ein Pauschale. *(Bundesminister Kraft: Woher haben Sie die 70 Prozent?)* Schauen Sie eine Haushaltungsrechnung nach. Je niedriger, Herr Minister, der Lohn ist, desto mehr wird vom Einkommen für die Lebensmittel in Anspruch genommen. Der Landwirt wird ein Pauschale für die Warenumsatzsteuer zahlen. Wir werden schon sehen, wie sich da der agrarische Einfluß auf die Verordnungen, die die Pauschalierung regeln, geltend machen wird. Ich bin davon überzeugt, daß bei der Pauschalierung von Fleisch, von Hühnern, von Eiern und von sonstigen Leckerbissen — wir müssen das als Leckerbissen bezeichnen —, die heute doch bei der Ernährung der agrarischen Bevölkerung viel häufiger zu treffen sind, als es im Frieden der Fall war, keine Rede sein wird. Da wird es nur Erdäpfel, Mehl und Brot geben, die in die Pauschalierung einbezogen werden, kurz die Ernährung der Agrarier wird sich in der frugalsten und einfachsten Weise vollziehen, wenn es sich um die Festsetzung dieses Pauschales handelt.

Die Gebühren werden erhöht. Es wird im Bericht und in der Vorlage gesagt, daß die Erhöhung der Gebühren eigentlich eine Sache sei, die nicht die große Masse der Bevölkerung trifft. Das ist natürlich auch falsch, denn wenn Sie sich die Post „Rechnungsstempel" ansehen, die eine sehr respektable ist, vielleicht die rentabelste unter den Summen, die die Gebührenerträge ausweisen, so muß die der Konsument zahlen. Sie glauben doch nicht, daß diese Gebühr von dem Produzenten oder vom Verkäufer bezahlt wird. Diese Gebühren werden in die Preise einkalkuliert, beziehungsweise oft besonders in Rechnung gestellt. Unter diesen Gebühren war auch eine Post für Viehpässe; 500 K hätte die Stempelgebühr für einen Viehpaß betragen sollen. Beim Vieh sind jetzt Preise — bei einem bessern Stück — bis zu drei Millionen — und es wird auch darübergehen —, zu konstatieren. Diese 500 K Stempelsteuer haben Sie auch nicht zahlen wollen, das hat auch herausgestrichen werden müssen. Ich muß schon sagen, daß solche Dinge kleinlich sind. Da kann es sich nicht um die Existenz des Bauern handeln; denn er schlägt die 500 K auch drauf, aber er will nicht einmal die 500 K vorauslegen, er tut's nicht, eher muß die Post in der Gesetzesvorlage gestrichen werden.

Es ist auch darauf zu verweisen, daß Sie ursprünglich vorgehabt haben, die Industriegemeinden durch die Steuern zu erwürgen, daß Sie nicht nur vorgehabt haben, die städtische Bevölkerung mit hohen Steuern zu belegen, die agrarische nicht, sondern daß Sie vorgehabt haben — und das haben wir nur zu einem Teil hindern können —, die in den Städten eingehobenen Steuern auf das Land zu verschieben, damit die Landgemeinden ja nicht in die Gefahr kommen, die Grund- oder Hausklassensteuer

entsprechend erhöhen zu müssen. Über dieses Ihr Vorhaben wird Ihnen übrigens noch ein anderer Redner unserer Fraktion Vorhaltungen machen.

Die Agrarier haben auch in der Zollfrage auf einen Erfolg hingearbeitet. Sie wissen, meine Damen und Herren, daß während des Krieges eine Reihe von Lebensmittelzöllen suspendiert gewesen ist. Diese Suspendierung der Lebensmittelzölle war den Agrariern ein Dorn im Auge und sie haben, wenn auch nicht offen, so doch versteckt den Wunsch nach einer solchen Fassung der Bestimmungen dieses Wiederaufbaugesetzes über die Zölle gehabt, daß der Regierung die Möglichkeit geboten gewesen wäre, die suspendierten Lebensmittelzölle wieder einzuführen. Wir haben es, hohes Haus, zu verhindern gewußt, daß in diesem Punkte ein Erfolg für die Agrarier zu verzeichnen ist, und wir erklären heute wieder wie immer, daß wir uns gegen die Wiedereinführung der Lebensmittelzölle auf das Entschiedenste zur Wehr setzen werden. Die Agrarier haben jetzt die Möglichkeit, für ihre Produkte Weltmarktpreise zu bekommen, zuzüglich der ungewöhnlich hohen Frachten, die notwendig sind, um die Lebensmittel aus dem Auslande hereinzubringen, und wir werden es unter keinen Umständen zugeben, daß die Scheidemauer der Zölle wieder aufgerichtet, daß noch eine Verteuerung der Lebensmittel aus dem Titel der Zölle herbeigeführt wird. Sie wollten sich ursprünglich die Ermächtigung geben lassen, einen neuen Zolltarif zu verordnen, um dann noch nach Ihrem Belieben die Zölle hinauf und hinunter zu verschieben. Sie haben sich aber schließlich damit begnügen müssen, daß der Zolltarif vom Jahre 1906 mit allen Ergänzungsgesetzen und Verordnungen in Kraft bleibt und daß der Finanzminister lediglich das Recht hat, die Finanzzölle so zu erhöhen, daß sich der Gesamtertrag des Zollgefälles im Jahre 1923 auf 80, im Jahre 1924 auf 100 Millionen Goldkronen beläuft. Ich möchte aber den Herrn Bundesfinanzminister darauf aufmerksam machen, daß sich bei einer Reihe von Positionen des Finanzzolltarifs Erhöhungen werden schwer vornehmen lassen. Ich erinnere daran, daß der Zucker einen Zoll hat, der, in Papierkronen umgerechnet, 2700 K beträgt, also mehr als ein Viertel des gegenwärtigen Kaufpreises. Ich erinnere daran, daß beispielsweise Marmelade, ein Volksnahrungsmittel, das wir unbedingt aus dem Ausland einführen müssen, bereits jetzt, in Papierkronen umgerechnet, einen Zoll von 3000 K beim Kilogramm hat, und auch bei einer Reihe anderer Positionen werden sich, namentlich in der Zeit der Wirtschaftskrise und einer allgemeinen Verminderung des Einkommens aller Erwerbstätigen schwer solche Erhöhungen durchführen lassen.

Hohes Haus! Auf unsere Rekriminationen gegen die Herabsetzungen der Steuerleistungen, die den Agrariern zugedacht waren, hat der Herr Bundeskanzler schlankweg zugegeben: ja, wir mußten diese Erleichterungen zugestehen, denn schließlich stimmen ja die Agrarier für dieses Gesetz und um ihre Stimmen für das Gesetz zu erhalten, mußte man ihnen Zugeständnisse machen, das heißt also, brutal ausgedrückt, Sie haben die Mehrheit und worauf sich die Mehrheit einigt, das setzt sie durch ohne Rücksicht auf die Moral in der Geschichte, ohne Rücksicht darauf, ob die Lasten, die Sie auf die Schultern anderer Bevölkerungsklassen legen, erträglich sind oder nicht; das ist Ihnen ganz gleichgültig, wenn Sie nur selbst Steuererleichterungen durchsetzen. Hohes Haus! Ein solches System, wenn es so brutal proklamiert wird, könnte leicht dazu führen, die Opposition zu veranlassen, sich mit den schärfsten Mitteln gegen ein solches parlamentarisches System zur Wehre zu setzen. Moralisch ist ein solches System, dessen Etablierung der Herr Bundeskanzler proklamiert hat, keinesfalls.

Neben den Agrariern hat noch eine andere Interessengemeinschaft es durchzusetzen gewußt, daß sie in ihren Subventionen, in der Unterstützung, die ihr der Staat gegenwärtig angedeihen läßt, nicht geschmälert wird.

Es sind das die katholischen Gemeinden, es ist das die Aufwendung für Kultuszwecke. Meine Damen und Herren! Wenn Sie die Sparmaßnahmen durchsehen, so finden Sie, daß Ersparungen auf allen möglichen und unmöglichen Gebieten vorgeschlagen werden. Die Invaliden sollen ihrer Spitäler, sie sollen ihrer Schulen beraubt werden; es soll für die Volksbildung weniger ausgegeben werden; die überschüssigen Staatsbeamten sollen aufs Pflaster geworfen werden; den bürgerlichen; den politischen Gemeinden will man die Subventionen einschränken und sie in zwei Jahren ganz einziehen; kurz, auf allen Gebieten Ersparungen; überall wird zugeschnitten, überall wird die Decke gekürzt, nur den Kultusetat finden Sie nicht unter jenen Etats, die angeführt werden, bei denen Ersparungen durchzuführen sind.

Hohes Haus! Ist es denn nicht auch auf diesem Gebiete notwendig, Sparmaßnahmen durchzuführen? Und wenn wir kein Geld für unsere Armen haben, wenn wir kein Geld für die Spitäler haben, wenn wir kein Geld für die Kriegsinvaliden und die Krüppel haben, müssen wir denn dann von Staats wegen Geld für die katholischen Seelsorger haben? Es ist durchaus gar keine Feindseligkeit gegen die katholische Religion und gegen die katholische Glaubensgemeinschaft, wenn wir fragen: Ein Staat, der so schlecht daran ist, ein Staat, der im Auslande seine Reputation, seine staatliche Hoheit für 520 Millionen Goldkronen verklopfen muß, der soll das Geld haben, um Kultuszwecke irgendeiner Religionsgemeinschaft, und wenn es auch die stärkste in diesem Staate ist, zu fördern? Ist es daher

nicht berechtigt, wenn wir fordern, daß hier gestrichen wird, daß der Kultusetat abgeschafft wird, daß sich jede Religionsgemeinschaft selbst kümmern soll, daß die finanziellen Bedürfnisse ihrer Glaubensgemeinschaft durch die Steuern bedeckt werden, die die Gläubigen selbst leisten? Es wird darauf eingewendet: Ja, die katholischen Pfarrgemeinden sind nicht konstituiert. Ja, warum sind sie denn nicht konstituiert worden? Warum hat man sich fortwährend darauf verlassen, daß der Staat schon das Geld hergeben wird, um die Kongrua der katholischen Geistlichkeit zu bezahlen? Ich will gar nicht behaupten, daß die katholische Geistlichkeit durch die Kongrua in die Lage versetzt wird, im Überfluß zu leben. Das will ich gar nicht behaupten. Aber was wir behaupten, ist, daß der Staat, wenn er sich in einem solchen finanziellen Zustand befindet, wie der österreichische, mit Recht verlangen kann, daß die Glaubensgenossen selbst dafür sorgen, daß ihre Seelsorger erhalten werden. *(Beifall und Händeklatschen.)* Ich bitte zu bedenken, daß nach dem Voranschlag für 1923 85 Milliarden für Kultuszwecke ausgegeben werden; davon bleibt alles aufrecht, da ist in keinem Belang eine Sparmaßnahme vorgeschlagen worden.

Hohes Haus! So hat nun die Regierung und die Majorität dieses Hauses ein Finanzprogramm zusammengestoppelt — von Systematik, von einer Durchdachtheit kann gar keine Rede sein —, das zu einem großen Teil schwer oder überhaupt nicht durchführbar sein wird, zu einem andern Teil unsere Wirtschaft schädigt und unsere kulturellen Interessen gefährdet. Dafür werden wir mit Versprechungen gefüttert, dafür sollen wir noch unsere einzige große Zukunftshoffnung, den Anschluß an das Deutsche Reich preisgeben.

Hohes Haus! Wir haben gegen die Genfer Vereinbarungen und gegen die Art, wie man unsere Staatswirtschaft sanieren will, einen energischen Kampf geführt und zur Ehre der Arbeiterschaft muß es gesagt werden, daß sie sich zur Gänze in unserem Lager befunden hat, daß die Arbeiterschaft dem Unabhängigkeitsgedanken der Republik treu geblieben ist. *(Abgeordneter Fischer: Das ist aber nicht wahr!)* Aber schauen Sie, Herr Fischer, 3 Prozent christliche Arbeiter *(Zwischenruf)* haben Sie bei den vorjährigen Kammerratswahlen mit den Deutschnationalen zusammen gehabt *(Ruf: Es war einmal!)* Ich schätze, es sind eher weniger als mehr geworden, denn ich kann nicht glauben, daß Ihnen die Politik, die Sie in den letzten Monaten gemacht haben, eine nennenswerte Zahl von Mitgliedern aus Arbeiterkreisen zugeführt hätte. Die Arbeiterschaft ist also dem Unabhängigkeitsgedanken, dem Selbsthilfeprogramm — das natürlich ganz anders aussehen muß als dieses Programm, das die Besitzenden schont und den Besitzlosen ungeheuere Opfer auferlegt — der Selbsthilfe, wie wir sie uns vorgestellt haben, treu geblieben. Wir gestehen offen ein, daß es Ihrer Demagogie und namentlich dem verräterischen Verhalten der großbürgerlichen Presse gelungen ist *(So ist es!)*, das Bürgertum für den Seipelschen Sanierungsplan geistig gefangen zu nehmen. *(Zwischenrufe.)* Diese Presse, die berufen wäre, die Interessen der städtischen Bevölkerung zu verteidigen, ist dieser Aufgabe nicht gerecht geworden, sondern hat sich in den Dienst dieses Sanierungsprogramms, in den Dienst des Genfer Programms gestellt. Es ist Ihnen also mit dem Hinweis auf die 520 Millionen Goldkronen gelungen, das Bürgertum in eine Art Goldrausch zu versetzen, die Hilfe vom Auslande zu erwarten, ohne daran zu denken, welche schweren Opfer der heimischen Bevölkerung in bezug auf Steuern und Einschränkung ihres Einkommens, auf Unterbindung ihrer Lebensmöglichkeit zugemutet werden.

Wir haben bei der Beratung dieses Programms Erfolge erzielt, wir haben diesem Programm die schlimmsten Zähne gezogen, nicht nur in bezug auf Einzelheiten bei den Zöllen und andern Dingen, sondern vor allem dadurch, daß wir Sie gezwungen haben, die Vollmachten, die in dem Sanierungsprogramm für die Regierung enthalten sind, lediglich darauf zu beschränken, daß sie das, was das Gesetz materiell-rechtlich regelt, im Verordnungswege näher ausführen kann. Was materiell-rechtlich in diesem Gesetz nicht verankert ist, muß durch ein anderes Vollmachtsgesetz bereinigt werden. Diese, wie Sie behaupten, aus dem Genfer Pakt, Protokoll III, sich ergebenden Notwendigkeiten müssen ihre Regelung in einer Weise finden, bei der es dem Parlament nicht versagt bleiben wird, mitzuwirken.

Ich komme zum Schluß und erkläre namens meiner Partei, daß wir dieses Programm nach wie vor ablehnen und daß wir, wenn das Programm von der Mehrheit dieses Hauses angenommen wird, Sie mit der Verantwortung hiefür vor der Bevölkerung belasten, daß wir unablässig gegen die Ungerechtigkeiten kämpfen werden, gegen die Ungerechtigkeiten, die in diesem Programm enthalten sind, daß wir alle unsere Kraft darauf verwenden werden, das Unrecht aus der Welt zu schaffen, dafür zu sorgen und zu wirken, daß die Bevölkerungskreise, die in bezug auf die Steuerleistung durch das Programm geschont geblieben sind, auch anders als bisher und als es durch das Programm gedacht ist, herangezogen werden.

Sie haben jetzt scheinbar einen Erfolg. Ihre Blätter posaunen, Siegesjubel ertönt. Meine Herren! Auf den Rausch, den sie da in der bürgerlichen Bevölkerung verursacht haben, wird bald der Katzenjammer kommen. *(Rufe: So ist es!)* Nach wenigen Monaten wird man sehen, daß wir eigentlich nicht den Goldstrom aus dem Auslande zu erwarten

haben, sondern daß wir unter schweren Mühsalen werden Opfer bringen müssen, Opfer, die für viele Kreise der Bevölkerung unertragbar sein werden. Dann wird die Ernüchterung kommen und viele von denen, die heute den Seipel loben, werden diesem Werke fluchen, zu dem Sie sich heute bekennen. Ehe Sie es glauben, ehe Sie es denken, wird die Stunde der Ernüchterung kommen. Sie werden dann dem Volke dafür verantwortlich sein, was Sie an diesem Staate, an unserer Wirtschaft angerichtet haben. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident **Seitz** *(welcher während vorstehender Rede den Vorsitz übernommen hat)*: Zum Worte hat sich der Herr Finanzminister gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

Bundesminister für Finanzen Dr. **Kienböck**: Hohes Haus! Der geschätzte Herr Vorredner hat am Schlusse seiner Ausführungen gemeint, daß wir — er hat die Mehrheit, wahrscheinlich einschließlich der Regierung gemeint — einen Siegesjubel anstimmen werden. Er hat mit dieser Bemerkung die Stimmung, die mich als Finanzminister erfüllt, nicht zutreffend charakterisiert. Es ist zwar, wenn diese Vorlagen zur Annahme gelangen, ein großer Erfolg, vor allem ein Erfolg für unseren Staat *(Zustimmung)*, aber eine Stimmung, um Jubelfeste zu feiern, so haben wir die Situation niemals charakterisiert und so sehe ich sie nicht. Wenn er gesagt hat, es werden von uns schwere Opfer gefordert, so hat er recht gehabt. Das ist auch unsere Überzeugung. Es sind schwere Opfer, die von allen Kreisen der Bevölkerung in reichem Maße verlangt werden und verlangt werden müssen.

Am Beginne seiner Rede hat der Herr Vorredner ausgeführt, daß es uns nicht möglich sein wird, die Staatswirtschaft zu sanieren, ohne die Volkswirtschaft zu sanieren. Dem ist hinzuzufügen, daß wir allerdings die Staatswirtschaft nicht sanieren können, wenn nicht die Volkswirtschaft gesundet. Aber auch umgekehrt: die Volkswirtschaft kann bei uns nicht gesunden, wenn wir nicht bei der Staatswirtschaft endlich energisch einen Ansatz machen. *(Zustimmung.)* Schließlich ist doch die allerbrennendste Wunde, die jetzt an dem Volkskörper schwärt, die vollständige Unordnung im Geldwesen. Wir haben ja soviel durchgemacht und jetzt ist das Ärgste der Valutajammer, aus dem wir uns erst jetzt, seitdem die Genfer Aktion im Gange ist, allmählich etwas herauszuheben begonnen haben. Aber hier muß jetzt die Gesundung einsetzen. Wenn wir weiter die Notenpresse für den Staat arbeiten ließen, wenn wir nicht alle diejenigen Sparmaßnahmen ergreifen würden, welche erforderlich sind, um Aussicht auf Gleichgewicht im Staatshaushalte zu gewinnen, dann müßte ja diese Wunde weiter schwären und dann könnten wir auch die Volkswirtschaft nicht sanieren. Ich gebe daher zu, daß Sanierung der Volkswirtschaft und Sanierung der Staatswirtschaft in einer sehr innigen Wechselbeziehung stehen, aber ich muß gerade daraus die Konsequenz ableiten, daß wir, wir haben damit vielleicht bis zum äußersten wegen der Schwierigkeit dieser Dinge gezögert, jetzt endlich mit der Sanierung der Staatswirtschaft Ernst machen müssen. Es ist nicht an der Zeit, sich über die Spar-Agnes lustig zu machen. Diese Spar-Agnes muß uns allen jetzt ein Vorbild sein und mir in meiner Funktion ganz besonders. *(Sehr gut!)* Wir müssen alle Anstrengungen machen, um überall dort, wo es nur denkbar und möglich ist, ohne die Zukunft des Volkes zu gefährden — das Lebensnotwendigste dürfen wir uns natürlich nicht versagen, das ist ja ganz klar —, Sparen bis zu einer weitvorgeschobenen Grenze zum leitenden Grundsatz zu machen. *(Zustimmung.)*

Nicht in grausamer Weise, gewiß nicht. Es hat der geschätzte Herr Vorredner gewiß unrecht, wenn er sagt, wir wollen die Staatsangestellten aufs Pflaster werfen. Davon kann gar keine Rede sein. Aber daß auch auf diesem Gebiet abgebaut werden muß, daß mit allen Kräften gespart werden muß, ist eine Forderung des Augenblicks, der wir uns nicht entziehen können. Damit retten wir nicht nur den Staat, sondern diese Berufsgruppe selbst. *(So ist es!)* Denn das muß ich Ihnen schon ganz offen sagen, wir wissen ja, wie es dazu gekommen ist. Wir haben schon im Frieden vielleicht keinen Mangel an Staatsbeamten gehabt, und das hat sich unter dem Druck der Kriegsverhältnisse, gerade auch unter der Einwirkung jenes Militarismus, den Sie bekämpfen, zum Teil ins Phantastische weiter gesteigert, und das Vorhandensein einer Notenpresse, zu der man immer wieder die Zuflucht nehmen konnte, hat ja auch nach dieser Richtung inflatorisch gewirkt und hat zu einem Zustande geführt, der, wenn nicht endlich zum Rechten gesehen wird, gerade den Zusammenbruch des öffentlichen Angestelltentums nach sich ziehen müßte. *(Sehr richtig!)*

Wenn wir da mäßigend eingreifen, wenn wir sagen, wir müssen abbauen, so ist das eine Maßnahme, die dieser Schichte selbst zugute kommen wird, wenn sie ihre Interessen richtig erkennt. Immer mehr Leute anstellen, Bewilligungen, die nicht ins Gleichgewicht gebracht sind mit den Eingängen des Staates, Vermehrung der Funktionen usw., das alles vertragen wir nicht, das muß uns zugrunde richten und müßten insbesondere die betreffenden Angestellten selbst mit in den Abgrund hinabziehen. *(Sehr richtig!)*

Der Herr Vorredner hat dann insbesondere auch gesagt, um unsere Volkswirtschaft zur Gesundung zu bringen, müßten wir Investitionskredite aufnehmen. Nun, daß unsere Volkswirtschaft in hohem Maße nach Investitionen verlangt, ist nicht zu leugnen. Das ist tatsächlich richtig, und wir müssen

uns freuen, je mehr es uns möglich ist, in unsere Wirtschaft, welche gewiß vielfach abgemagert ist, wieder zu investieren. Ich will Ihnen gerne sagen, daß ich mich glücklich schätzen werde, wenn es mir möglich sein wird, Investitionskredite in diesem hohen Hause zu vertreten. Bevor wir aber von Investitionskrediten sprechen können, müssen wir überhaupt einen Kredit haben, und damit wir einen Kredit haben, müssen wir eben jene Maßnahmen treffen, zu denen wir Sie hier einladen. Gerade deswegen, weil wir wieder zu Investitionen kommen wollen, weil wir die Möglichkeit für diesen Weg wieder haben müssen, gerade deswegen müssen wir so vorgehen, wie es hier in diesem Programm vorgezeichnet ist. Jetzt den Ruf nach unmittelbarer Aufnahme von Investitionskrediten zu erheben, das muß leider eine reine Phrase bleiben. Wir sehen es auch dort, wo Sie verwalten, meine Herren! Was brauchten wir für Investitionen zum Ausbau der Wasserkräfte! Aber wo nehmen wir sie her? Wir haben eben vielfach den Kredit jetzt noch nicht. Wir haben nicht die Möglichkeit, absatzfähige Papiere zur Erlangung von Kapitalien für diese Zwecke auszugeben. Wir können solche absatzfähige Papiere derzeit nicht auf den Markt bringen. Das Ausland hat sich bisher noch nicht bereit erklärt, solche Papiere aufzunehmen. Was bleibt uns anderes übrig, um schließlich den Weg zu Investitionskrediten zu finden, als daß wir mit der jetzigen Wirtschaft reinen Tisch machen und mit aller Kraft versuchen, das Gleichgewicht wieder herzustellen? *(Abgeordneter Dr. Bauer: Aber warum sind die Investitionskredite, die im dritten Entwurf enthalten waren, wieder gestrichen worden?)* Verehrter Herr Dr. Bauer, ich weiß nicht, wie Sie es machen könnten. Ich muß sagen, daß ich die Möglichkeit für Investitionskredite jetzt, in dieser Stunde, vor Durchführung dessen, was hier vorgezeichnet ist, nicht sehe. Wenn Sie aber von mir hören wollen, daß wir Geld für Investitionen brauchen und daß wir auf diesen Weg gelangen müssen, so sage ich Ihnen: Ich bin davon ebenso überzeugt wie Sie.

Der geschätzte Herr Vorredner hat insbesondere die Charakteristik dieser Gesetzesvorlage darin gefunden, daß man hier die Großagrarier geschont habe und die städtische Bevölkerung belasten wollte, und er hat insbesondere gefunden, daß diese Vorlage, wie sie jetzt auf diesen Tisch gekommen ist, sich in dieser Beziehung von den Vorarbeiten zu ihrem Nachteil unterscheide. Wenn ich aber die Argumente prüfe, die der geschätzte Herr Vorredner diesbezüglich vorgetragen hat, so kann ich sie nicht zutreffend finden. Er hat insbesondere darauf hingewiesen — und wer ihn gehört hat, mußte meinen, daß darin tatsächlich ein sehr starkes Argument liegt —, daß die Realsteuer nicht genügend herangezogen sei, daß die Realsteuerpflichtigen zuungunsten der Konsumenten, der städtischen Bevölkerung geschont seien. Dieses Argument klingt, wenn man es so hört, ja im ersten Augenblick bestechend; aber nur so lange, bis man die Vorlage zu Rate gezogen hat. Denn wenn man die Vorlage studiert, findet man, daß hinsichtlich der Realsteuern alles — nicht das meiste, sondern alles — den Landesgesetzgebungen offen gelassen ist. *(Zwischenrufe.)* Ihnen ist das jetzt nicht recht. Ich verweise darauf, daß die Länder seit langem, seit Jahren, und zwar nicht nur diejenigen, welche von der jetzigen Mehrheit dieses Hauses verwaltet werden, ... *(Ruf: Andere gibt es nicht!)* Sie haben doch das Land Wien, welches gleichfalls mit demselben Nachdruck, und zwar einstimmig mit den anderen Ländern, verlangt hat, daß die Realsteuern den Ländern vollständig überlassen werden. Ich will heute hier nicht darüber rechten, ob das finanzpolitisch das Allerbeste war. Aber das war eine Forderung, welche einstimmig und insbesondere auch von der geschätzten Opposition dieses Hauses dort, wo sie Länderinteressen zu vertreten hat, jederzeit mit allem Nachdruck und mit der größten Schärfe geltend gemacht worden ist. Und nun wird diese Konsequenz gezogen! In Wahrheit folgt aus der jetzigen gesetzlichen Konstruktion, daß die Landesgesetzgebungen diesbezüglich das Wort haben. Es ist hier ein Minimum ausgesprochen, von dem ich Ihnen sehr gern zugebe, daß das nicht eine abschließende Ziffer sein kann. Warum ist dieses Minimum so gegriffen? Es sollte hier nichts anderes als der Vorschrift des Abgabenteilungsgesetzes entsprechend eine unterste Grenze gezogen werden, welche als unterste Grenze gerecht zu ziehen sehr schwer ist, insbesondere auch mit Rücksicht auf die Grundsteuer, weil die Katastralreinerträge in den einzelnen Ländern so verschieden veranlagt sind, daß dieselbe Ziffer in verschiedenen Ländern etwas ganz Verschiedenes bedeutet. *(Zwischenrufe.)* Die nähere Prüfung dieser Frage wird jeden Einsichtigen dazu führen, daß dies der einzig richtige Weg ist. Ich verstehe aber nicht, warum Sie sich auf den Standpunkt stellen, daß das ein Maximum ist, eine Auffassung, welche ich entschiedenst bekämpfen müßte *(Ruf: Welche, die Herren drüben aber haben!)* und für gänzlich unhaltbar halten würde. Gar keine Idee, daß das ein Maximum ist; das ist tatsächlich nur die Erfüllung jenes Postulats, und nunmehr werden die Länder, und zwar unter dem Zwange der Umstände, so weit gehen müssen, als sie gehen können. Das ist ja gewiß eine schwierige Situation für die Landesverwaltungen. *(Zwischenrufe.)* Verzeihen Sie, für alle Landesverwaltungen, ebenso wie es eine sehr schwierige Situation für die Ihnen noch näher stehenden Städteverwaltungen sein wird. Das gebe ich Ihnen rückhaltlos zu; die Schwierigkeiten auf diesem Gebiete sind gewiß nicht gering. Es wird in jedem einzelnen Falle die größte Schwierigkeit bieten, zu ermitteln, bis zu welchem Punkte man zu gehen

verantworten kann. Aber aus dem Umstande, daß es auf Grund der Finanzverfassung den Ländern überlassen ist, in den Realsteuern nach ihrem Ermessen und nach dem Ermessen der Landesgesetzgebungen vorzugehen, den Schluß zu ziehen, daß die Agrarier ungerecht niedrig besteuert sind, ist absolut unzulässig. Warten Sie ab, wie die Dinge gemacht werden, und dann urteilen Sie! *(Zwischenrufe.)* Gewiß, auch in den Landtagen. Warten Sie das ab! Es ist allerdings für richtig gehalten worden, in die Vorlage auch einen Punkt aufzunehmen, wonach die Landesgesetzgebungen ebenso wie die Städteverwaltungen ganz besonders auf diese Sache aufmerksam gemacht werden. Ich muß daher sagen, daß es vorschnell ist, wenn Sie von einer zu niedrigen Realsteuer sprechen. *(Abgeordneter Eldersch: Wir haben unsere Erfahrungen!)* Ich halte es trotzdem für der Entwicklung vorgegriffen, wenn Sie sich jetzt schon darüber beschweren, bevor noch die Entscheidungen über diesen Punkt, die in den Landesgesetzgebungen fallen müssen, erfolgt sind.

Ich will nicht auf alle Argumente eingehen, die in diesem Zusammenhange vorgebracht worden sind, sondern will nur zu dem berühmten Punkte des Haustrunkes — ein beliebtes Thema für Diskussionen — sagen, daß in diesem Punkte der geschätzte Herr Vorredner sich eigentlich nicht gar soweit von dem entfernt hat, wie ich als Finanzminister es sehe. Er hat nämlich sehr zutreffend ausgeführt, daß man bei solchen Dingen in hohem Maße mit den Kosten der Veranlagung rechnen muß. Ich bitte: mich interessiert besonders der Punkt, den Sie mit dem Steuerertrag im ganzen bezeichnet haben, und nun muß ich Ihnen ganz aufrichtig sagen, daß ich jede Vermehrung des Kontrollapparats, die nur den Zweck haben sollte, um bestimmten Bestrebungen zu dienen, absolut ablehne *(Sehr richtig!)* und daß ich Steuerexkaturen ablehne, welche schließlich zu einem effektiven Ertrag nicht führen. *(Abgeordneter Schiegl: Aber das verstehen Sie ja nicht! — Lebhafte Gegenrufe und Lärm.)*

Präsident **Seitz** *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich bitte um Ruhe!

Bundesminister für Finanzen Dr. **Kienböck**: Der Natur der Sache nach läßt sich das nur insofern machen, als es sich um Naturalwirtschaft handelt. Sie wissen auch, daß gerade deshalb eine Bestimmung aufgenommen wurde, welche diese gewissen Begünstigungen auf den naturalwirtschaftlichen Teil einschränkt, denn in allen denjenigen Fällen, wo durch Zukauf von Vollwein die selbsterzeugten Vorräte ergänzt werden sollen, ist ausdrücklich . . . *(Abgeordneter Pölzer: Das läßt sich ja nicht kontrollieren!)* . . . . Wenn sich etwas kontrollieren läßt, ist es der Transport, während man bei der Nachschau in einzelnen Kellern auf größere Schwierigkeiten stößt. *(Zwischenruf.)*

Einen viel ernsteren Punkt, hohes Haus, hat der Herr Vorredner dort berührt, wo er von der Warenumsatzsteuer gesprochen hat. Ich gebe Ihnen gern zu, daß es zur Schonung der Konsumenten gewiß sehr wünschenswert wäre, wenn man die lebenswichtigen Artikel aus der Warenumsatzsteuer auslassen könnte. Aber das können wir nicht. Es ist unmöglich, ernstlich zu einem Gleichgewicht gelangen zu wollen, wenn wir nicht zu einer ganz energischen, und zwar umfassenden Warenumsatzsteuer gelangen. Wenn wir zu den Beträgen kommen wollen, die wir erreichen müssen, und die wir zu erreichen hoffen, zu einem Betrag von mindestens 1200 Milliarden, so ist es ganz undenkbar, zu diesem Ergebnisse zu gelangen, wenn wir die große Masse der Konsumartikel vorweg weglassen. Es ist mit Recht in der Öffentlichkeit wiederholt darauf hingewiesen worden, daß man diese lebenswichtigen Artikel mit mindestens 80 Prozent des Gesamtkonsums veranschlagen muß. Aus den restlichen 20 Prozent des Konsums diese Ziffern herauszuschlagen, ist sogar der gewiegtesten Steuertechnik unmöglich. Daher bleibt in unserer Zeit — möge es eine ganz kurze Zeit sein — nichts anderes übrig, als zu diesem typischen Hilfsmittel für die Kriegs- und Nachkriegszeit zu greifen *(Ruf: Dem diebischen!)*, zu dem typischen Mittel habe ich gesagt, zu dem auch andere Länder Europas in ihrer großen Mehrzahl gegriffen haben und zu welchem schon im Jahre 1864 die Nordamerikanische Union nach dem Sezessionskriege greifen mußte, mit einem Worte, zu einem Mittel, zu welchem der Staat greifen muß, wenn er so energisch arbeiten muß, wie das uns jetzt von der Zeit absolut geboten ist.

Es ist weiters gesprochen worden, ich will es auch nur ganz kurz erwähnen, von einer Materie, die wieder mehr in das Gebiet der Diskussionsbelebung gehört, das sind nämlich die Viehpässe. Wenn ich die Zustimmung gegeben habe, daß die Vergebührung der Viehpässe entfallen könne, so ist es nur deswegen geschehen, weil das Finanzielle nicht sehr in Erscheinung tritt und anderseits gesagt werden muß, daß es sich hier um Akte handelt, die in veterinär polizeilicher Hinsicht von Bedeutung sind. Die Warenumsatzsteuer wird selbstverständlich auch auf diesen Akten ebenso liegen wie auf sonstigen Verkehrsakten.

Der geschätzte Herr Vorredner hat auch nicht recht gehabt, wenn er vorweg gemeint hat, daß das mit der Pauschalierung so nebensächlich zu behandeln wäre. Ich kann Ihnen nur sagen, daß die Finanzverwaltung selbstverständlich sehr ernstlich trachten muß, auch die naturalwirtschaftlich erzeugten

Güter, soweit sie wieder dem Konsum in der Wirtschaft selbst zugeführt werden, mit dem System der Pauschalierung auch zu erfassen, weil jedes andere undenkbar ist, und ich glaube sogar, daß auch der geschätzte Herr Nationalrat uns irgendein anderes Mittel als die Pauschalerfassung in diesem Falle nicht wird vorschlagen können.

Am Schlusse seiner Ausführungen hat der Herr Vorredner von dem Kultusbudget gesprochen, und ich sehe mich veranlaßt, darüber auch etwas zu sagen. Zunächst hat es mich gefreut, daß er ohneweiters anerkannt hat, daß die Kongrua, welche vom Staate geleistet wird, die katholische Geistlichkeit nicht in die Lage versetzt, üppig zu leben. Darin hat er ganz gewiß recht gehabt. Wenn er nun weiters gemeint hat, wir dürften daran nicht vorbeigehen und wir müßten damit die Pfarrgemeinden belasten, so hat er etwas gesagt, wovon er wohl — wie ich wenigstens annehme — gleich den meisten Anwesenden einsehen dürfte, daß damit an ein äußerst heikles Kapitel, nämlich an das Verhältnis zwischen Kirche und Staat gegriffen wird. Sie wissen, welchen Schwierigkeiten, welchen Kämpfen jede Änderung auf diesem Gebiet ausgesetzt ist. Es ist selbstverständlich, daß durch die Einfügung eines einzelnen Paragraphen hier gar nichts geschehen könnte, denn dasjenige, was von den Staatsangestellten gilt, die ja pensioniert werden, kann unmöglich von den Geistlichen gesagt werden, die doch vom Staate nicht pensioniert werden können. Das ist unsere Meinung nicht und auch die Ihre nicht. Davon kann keine Rede sein. Ebensowenig kann eine Rede von der Verminderung der Stellen sein, da ja bekanntlich schon jetzt viele Stellen gar nicht besetzt sind. Also davon kann gar keine Rede sein. Um dem Grundgedanken des Herrn Vorredners zu entsprechen, müßte ein neues Verhältnis zwischen Kirche und Staat zugrunde gelegt werden. Das, hohes Haus, im Rahmen dieses Elaborats durchzuführen, erschiene uns vollständig unmöglich. *(Zwischenrufe.)* Ich sage Ihnen ja, daß die Bestimmungen, die sich auf den Abbau der Staatsangestellten beziehen, auf die Geistlichkeit eine analoge Anwendung absolut nicht finden können. Das ist der Grund, warum dieses Kapitel hier nicht berührt werden konnte, es vielmehr künftigen Auseinandersetzungen vorbehalten bleiben muß, in dieser Richtung . . . *(Abgeordneter Glöckel: Dasselbe Herz für die Staatsangestellten wie für die geistlichen Herren!)* Über die Staatsangestellten habe ich schon vorhin gesprochen.

Und nun, hohes Haus, nachdem ich mich mit den Ausführungen des Herrn Vorredners beschäftigt habe, erlauben Sie mir, noch Bemerkungen über einige Punkte zu machen, die zur Vorlage gehören und die vom Herrn Vorredner nicht gestreift worden sind. Ich werde mich aber so kurz fassen, als es irgend möglich ist.

Ich möchte insbesondere von dem Kapitel der direkten Steuern sprechen, und zwar deswegen, weil ich nicht leugne, daß die indirekten Steuern ebenso wie die Zölle in sehr weitem Maße zur Sanierung des Haushaltes herangezogen werden müssen. Das entspricht aber nicht irgendeinem Vorurteil oder irgendeiner Tendenz. Wer immer jetzt verwalten würde, welche Partei immer es sei, sie müßte in dieser Zeit, auch dann, wenn ihre finanzpolitischen Überzeugungen eigentlich anders gerichtet sind, doch den Akzent auf die Verbrauchssteuern legen, denn eine Betrachtung der direkten Steuern ergibt, daß sie gerade in der jetzigen Zeit unmöglich jene Ergiebigkeit haben können, die sie in normalen Zeiten verhältnismäßig gehabt haben und — hoffen wir es — wieder erlangen werden. Aber bis wir dahin kommen, müssen wir, um eine Rangierung des Staatshaushaltes zu ermöglichen, in sehr weitem Maß auf die indirekten Steuern, auf die Verbrauchssteuern und auf die Zölle greifen. Nun will ich Ihnen aber beweisen, daß wir, was die direkten Steuern anbelangt, gesucht haben, zu tun, was möglich ist. Insbesondere haben wir hier die jährliche Vermögenssteuer, die laufende Vermögenssteuer aufgenommen, von der hier gesagt ist, daß sie eingeführt wird, wenn auch erst wirksam von demjenigen Zeitpunkt an, in welchem eine Stabilisierung erfolgt ist. Vorher kann das nicht geschehen, weil die Bewertungsgrundlage nicht gefunden werden könnte. Das ist aber nicht ein Aufschub, den wir wünschen, sondern das ist ein hoffentlich kurzer Aufschub, den uns die Tatsachen gebieten. Ich betone das hier, weil man von einer Verschlechterung der Vorlage gegenüber den früheren Elaboraten gesprochen hat. Hier ist im Gegenteil eine Verschärfung eingetreten, und zwar dadurch, daß das Höchstmaß, nämlich 3 Promille, nicht erst bei 500.000 Steuereinheiten, sondern bereits bei 300.000 Steuereinheiten erreicht wird. Das ist nun eine ganz erhebliche Maßnahme, die den Besitz, und zwar nicht nur den Mobiliarbesitz, sondern auch in sehr erheblichem Maße den Immobiliarbesitz treffen wird. Trotzdem halte ich diese Maßnahme, die hier beantragt ist, für vollkommen richtig, und zwar deswegen, weil ich in der laufenden Vermögenssteuer, insbesondere in der Mehrzahl der Fälle, eine Ergänzung für die Veranlagung der aus dem Einkommen zu zahlenden Steuer erblicke. Mit Rücksicht auf die Schwierigkeit des Veranlagungsverfahrens ist es gewiß zweckmäßig, wenn außer dem Einkommen auch noch zu einer direkten Steuer das Vermögen, welches sich einer Erfassung in manchen Fällen leichter öffnen wird als das Einkommen, herangezogen wird, und die Herabsetzung der Ziffer der Steuereinheit wird Ihnen

beweisen, daß wir damit durchaus nicht dort stehen geblieben sind, wo eine schärfere Heranziehung des Besitzes uns möglich erschienen ist. Was die Einkommensteuer anbelangt, so handelt es sich bei der Maßnahme, die hier vorgeschlagen wird, darum, daß wir die Grundlage gewinnen wollen, auf welcher eine nachhaltige Praxis endlich einsetzen kann. Es wäre ja vielleicht bloß fürs Auge, für die breite Masse am allerpopulärsten, wenn man da noch höhere Prozentsätze einsetzen würde; das würde gewiß für viele Kreise sehr lockend erscheinen, aber es wäre nicht sachgemäß und nicht klug. Denn ein allzu hoher Prozentsatz wird gerade für die Fälle der großen Einkommen — und das Analoge gilt bei der Vermögenssteuer für das Vermögen — viel zu viel Antrieb schaffen, Nebenwege zu beschreiten. Wenn wir aber einen sicheren und möglichst rasch arbeitenden Apparat haben wollen, müssen wir zu denjenigen Sätzen gelangen, die hier enthalten sind. Schließlich sind das nur Verhältniszahlen. Es kommt alles auf die Steuereinheit an. Diese Steuereinheit, welche bei der Veranlagung der Einkommensteuer maßgebend ist, beträgt bekanntlich jetzt 12.700 K, aber nur jetzt; denn die Verschiebung der Indexziffer, eine Entwicklung, in der wir, wie ich hoffe, jetzt begriffen sind, wird dazu führen, daß ich in den allernächsten Tagen mit einem Antrag auf Herabsetzung dieser Steuereinheit an den Hauptausschuß herantreten werde. Diese Herabsetzung der Ziffer von 12.700 K könnte nach meinem Dafürhalten bis auf 10.000 K gehen, da ist die letzte Indexentwicklung enthalten und noch etwas eskomptiert, da wir eben in einer Entwicklung des Index nach unten begriffen sind. Es wird ja der hohe Hauptausschuß darüber zu befinden haben. Ich glaube, daß man zur runden Ziffer von 10.000 K mit Recht gelangen kann. Wenn wir zu dieser Ziffer gelangen, dann ist selbstverständlich die Skala auf dieser Basis zu kalkulieren, und Sie werden finden, daß dadurch die Kurve natürlich eine steigende wird.

Was die Erwerbsteuer anbelangt, so ist es gewiß ein Fortschritt, wenn wir die Kompliziertheit des Apparats zur Veranlagung der direkten Steuern zu bekämpfen trachten und wenn wir jetzt einmal die allgemeine Erwerbsteuer in die Einkommensteuer einbauen. Das wird hier versucht, und wir wollen daher dann auch zu einem Verfahren gelangen, in welchem nicht zweierlei Kommissionen, sondern eine Kommission, und zwar eine möglichst kleine Kommission, damit ein rasches Verfahren gewährleistet wird, die Entscheidungen treffen soll. Das, hohes Haus, wird schon nachhaltig mein Bestreben sein, daß wir auf diesem Gebiete der Steuerveranlagung und Steuereinhebung hoffentlich recht rasche Fortschritte machen. Ich hoffe, daß alle Teile dieses hohen Hauses mich darin unterstützen werden *(Sehr richtig!)*, denn es kann ja doch nicht gesund sein, daß eine Steuerverwaltung schon infolge der Kompliziertheit des Verfahrens und des Aufbaues außer verschiedenen andern Hinderungsgründen, die man zu überwinden trachten muß, in hohem Maß im Rückstande bleibt. Ich glaube, daß die Bevölkerung höhere, weit höhere direkte Steuerzahlungen willig ertragen wird, wenn das Verfahren zweckmäßig gestaltet ist und nicht in Schikanen ausartet.

Von der Warenumsatzsteuer habe ich ja schon in anderem Zusammenhange gesprochen, und ich will nochmals sagen, daß es das Bestreben der Regierung sein wird, ein konkretes Elaborat zu schaffen — hier sind ja vorläufig wirklich nur allgemeine Grundsätze gezogen —, und daß die konkrete Norm so aussehen wird, daß möglichst wenig Veranlagungskosten auflaufen. Es ist selbstverständlich bei einer neuen Steuergattung gewiß die Gefahr vorhanden, daß sie zum Anlaß eines neuen ungeheuren Apparats wird. Das darf nun nicht sein; wir würden dies unter keinen Umständen vertragen, und es müssen daher diejenigen Formen gefunden werden, welche ein billiges Verfahren ermöglichen und einen hohen Ertrag liefern. Abschließendes ist über diese Form noch nicht zu sagen, sonst hätten wir gewiß gern schon das Konkrete in der Vorlage gesagt, aber ich rechne darauf, daß es uns wenigstens in nicht allzulanger Frist möglich sein wird, dasjenige zu bieten, was dann für die Öffentlichkeit eine klare Norm erkennen lassen wird. Selbstverständlich ist es, daß wir, wenn eben der staatliche Veranlagungsapparat gering sein soll, im weitesten Maß auf die Mitwirkung einerseits der Gemeinden, anderseits auch sonstiger Körperschaften, wie zum Beispiel der Genossenschaften, werden zählen müssen.

Es ist in der Öffentlichkeit in diesem Zusammenhange vielfach der Grundgedanke der Industrieverbände ventiliert worden. Ich kann mich abschließend darüber durchaus nicht äußern. Insofern es aber gelingen sollte, uns freiwilliger Organisationen, und zwar einer solchen Form der Organisation, welche keine sonstigen volkswirtschaftlichen Schäden herbeiführen würde, zu bedienen, insofern werden sie selbstverständlich für uns sehr beachtenswert sein. Ich will das deswegen betonen, weil öffentlich und von dieser Stelle aus gesagt werden muß, daß jeder Aufbau eines neuen umfangreichen Apparats von vornherein ausgeschlossen bleiben muß.

Es ist von seiten der geschätzten Opposition wiederholt in öffentlichen Äußerungen gesagt worden, es werde hier ein besonderer Druck und eine besondere Rücksichtslosigkeit gegenüber der Arbeiterschaft bekundet. Ich muß eine solche Auffassung mit allem Nachdrucke bekämpfen. Es ist überall dort, wo uns begründete und vom fiskalischen Standpunkt aus erfüllbare Forderungen vorgelegt wurden, diesen genau in demselben Maße Rechnung getragen worden wie den Forderungen von anderer Seite. Wir haben

gar keinen Anstand genommen, zum Beispiel die Behandlung der Überstunden und der Nachtarbeit bei der Einkommensteuer so zu verankern, wie es hier der Fall ist. *(Abgeordneter Schiegl: Es ist ja begründet worden!)* Ich sage ja, wenn es nicht begründet wäre, hätte ich gewiß meine Zustimmung nicht erteilt, aber dort, wo wir die Begründung einer Forderung eingesehen haben, haben wir ihr Rechnung getragen. Wir haben ebenso auch bezüglich der Behandlung der Genossenschaften und der Rechte derselben zustimmen können, weil ich der Überzeugung bin, daß es sich hier um Dinge handelt, die fiskalisch von keiner besonderen Bedeutung sind, die aber für die Entwicklung des Genossenschaftswesens von Vorteil sein können, so daß wir in diesem Punkt Entgegenkommen bewiesen.

Eines der schwierigsten Kapitel in diesem Elaborat bildet die Auseinandersetzung zwischen dem Bund und den Ländern, den Städten und Gemeinden. Das ist bei dem eigenartigen Aufbau unserer Verfassung und insbesondere unserer Finanzverfassung ein außerordentlich kitzliches und schwieriges Kapitel. Das Finanzverfassungsgesetz und das Abgabenteilungsgesetz vom heurigen Jahre haben einen Abschluß für die Entwicklung dieser Materie nicht gebracht. Das müssen wir bekennen, und ich muß sagen, daß ich auch nicht glaube, daß in dieser Beziehung hier sozusagen ein Zwölftafelgesetz aufgestellt ist, bei welchem es durch Jahrhunderte bleiben wird. *(Abgeordneter Dr. Eisler: So ist es!)* Das glauben Sie nicht, Herr Doktor, und das glaube ich nicht, sondern es ist hier dasjenige geschehen, was geschehen mußte. Wir müssen jetzt die Bundesfinanzen in Ordnung bringen, und es geht nicht anders als in der Weise, daß wir auch auf die Länder denjenigen Druck in angemessenem Ausmaße weitergeben, der auf der Finanzverwaltung des Bundes lastet. Das ist nun eine sehr böse Geschichte. Ich begreife die Sorge der Landesfinanzreferenten, ich begreife die Sorge der städtischen und der Gemeindefinanzreferenten, welche in dieses Haus und in mein Amt gestürzt kommen und welche sagen: Finanzminister, erkläre uns, beweise uns, wie sollen wir dann auskommen? Und ich muß jedesmal darauf sagen: Ein Budget für die Länder aufzustellen, ein Budget für die Städte und Gemeinden aufzustellen außer der dornigen Aufgabe, für den Bund ein Budget aufzustellen, einer solchen nicht verächt- oder verneunfachten, sondern verhundert- oder vertausendfachten Aufgabe kann ich selbstverständlich nicht gerecht werden. Zunächst einmal muß der Bund seine Mittel zusammenhalten. Ich will nicht behaupten, daß ich es anders gehalten hätte wie einer meiner Vorgänger, denn derjenige, der eine im Laufen befindliche Notenpresse neben sich hat, der müßte ein Riese von Gestalt sein und ein Heros an ungewöhnlicher Willenskraft, aus welcher Partei er immer herkäme, um sich dieses Mittels zu enthalten und allen diesen Stellen gegenüber, die an ihn fordernd sich herandrängen, Enthaltsamkeit zu üben. Das konnte man eigentlich nicht erwarten. Ich aber kämpfe jetzt mit einer Mauer im Rücken, diese Mauer ist die stillgelegte Notenpresse. Ich kann jetzt kämpfen, und darum bin ich verpflichtet, es zu tun. Von mir kann man es verlangen und ich würde der Aufgabe, die ich übernommen habe, untreu werden, ich würde ihr nicht entsprechen, wenn ich nicht in dieser Beziehung Festigkeit an den Tag legen würde, Festigkeit dort, wo es sich um meine eigenen Parteifreunde handelt, und Festigkeit, wo es sich um die Opposition handelt. Ich muß einmal hier nach allen Richtungen einen Zwang üben, daß jeder das Äußerste tue, um in demjenigen Rahmen, der ihm gesteckt ist, einmal das Auskommen zu finden. Es ist eine bittere, eine schauderhafte Arbeit, nur eines kann ich nicht zugeben, daß diese Arbeit schwieriger ist als die von dieser Stelle aus zu leistende. Denn wenn die Finanzreferenten der Länder mich fragen: Wie soll ich das machen? So ist das ja die Frage, die auch ich mir stellen muß. *(Abgeordneter Dr. Bauer: Sie haben die Steuerhoheit und den Ländern nehmen Sie sie weg!)* Nein, Herr Doktor, wir nehmen nichts weg; wir haben allerdings die Steuerhoheit, aber die Entwicklung, die diese Maßnahmen nehmen werden, wird man verfolgen. Man wird beobachten, was geschieht, man wird beobachten, was die Konsequenz daraus ist, und es ist ja die Möglichkeit vorhanden, dann einzugreifen, wenn es notwendig sein sollte. Ich sage Ihnen aber gleich, daß ich in dieser Beziehung alles tun werde, um den Punkt, der jetzt einmal festgehalten ist, nicht ins Wanken kommen zu lassen. Wenn ich nur darauf ausgehen würde, Popularität zu gewinnen, auf welcher Seite immer, so würde ich ja ein Verbrecher sein, denn ich bin verpflichtet, so zu handeln, und darf es nicht anders; darum sind die Rekriminationen, die so stark auf uns hereinströmen, daß wir die Länder erdrosseln, daß wir die Städte erdrosseln, daß wir die Gemeinden erdrosseln, gänzlich ungerecht. Es muß einmal dieser Druck sich auswirken, sich mit voller Stärke auswirken, und dann erst wird man erproben können, was sich machen läßt oder nicht. *(Abgeordneter Schiegl: Hält er's aus, ist's gut, hält er's nicht aus, ist's auch gut!)* Verehrter Herr Nationalrat Schiegl, das gilt von uns allen — es ist ja die Zeit so ernst —, das gilt von der Privatwirtschaft, es gilt von den Unternehmungen, es ist ja für jeden einzelnen eine große Frage. Aber wenn wir nicht von vornherein die Hände in den Schoß legen und sagen wollen: Es nutzt uns ohnedies nichts, so müssen wir es so machen. *(Ruf: Das haben wir nicht gesagt!)* Das haben Sie nicht gesagt, aber es würde keine andere Konsequenz übrigbleiben.

Entweder man legt die Hände in den Schoß und sagt: Wir können halt nicht! oder man richtet sich auf und sagt: Wir werden uns nach allen Richtungen betätigen! Und das ist der Weg, den wir hier betreten. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Am Schlusse meiner Ausführungen verweise ich Sie nochmals darauf, daß am 18. November der Mißbrauch der Notenpresse zugunsten des Staates aufgehört hat. *(Beifall.)* Diese Periode liegt hinter uns — das ist aus dem heute veröffentlichten Bankausweis zu ersehen. Er ist der letzte seiner Art, und nunmehr sind wir vor eine ganz neue Aufgabe gestellt.

Es ist nun in der früheren Debatte von der Gegenseite hervorgehoben worden, daß wir uns hier in Schuldknechtschaft begeben, und das hänge mit der Kreditermächtigung zusammen, um die hier ersucht wird. Ich kann das durchaus nicht zugeben. Ich bitte, meine Herren, lesen Sie nicht nur den § 1, sondern auch den § 2. Wenn Sie der Meinung sind, daß unsere Wirtschaft recht bald genug kräftig sein wird, um das Joch, das schließlich jede Schuld, jede Verpflichtung bedeutet, und gewiß auch dann bedeutet, wenn sie in der Form auftritt wie hier, um diese Schuld und die Konsequenzen, die mit dieser Schuld verbunden sind, wieder loszuwerden, dann haben wir den Weg ja vorgezeichnet. Wir können uns ja befreien und wir werden uns befreien, je nachhaltiger wir zusammenwirken, um dazu zu gelangen. Ich glaube, eine Auseinandersetzung über die Frage, ob wir mit der Selbsthilfe allein, ohne Auslandshilfe auskommen können, ist wirklich müßig. Wenn unsere Selbsthilfe stark genug sein wird, um uns auch in dieser Beziehung wirtschaftlich von dem zu befreien, was als Schuld auf uns lasten wird, so ist uns die Möglichkeit dazu gegeben und wird uns bleiben. Und wir alle — und jetzt spreche ich zu allen Bewohnern dieses Staates — müssen hoffen, daß wir dazu gelangen, wir müssen jedoch die Arbeit, die uns dazu führt, gemeinsam leisten, wenn auch nicht einheitlich, gewiß mit verteilten Rollen, aber doch so, daß wir jeder das Ziel, zu dem wir gelangen wollen, fördern und nicht das verhindern wollen, was die unbedingte Voraussetzung für ein Gedeihen ist.

Es wird mit den Maßnahmen, die zur Gesundung führen sollen, jetzt in möglichst raschem Tempo vorgegangen werden. Wir werden ehestens mit den konkreten Schritten zur Gründung der neuen Notenbank hervortreten. Es werden in den nächsten Tagen die Bedingungen bekanntgegeben werden, unter denen auf Grund der erhaltenen, beziehungsweise der mir gewordenen Kreditermächtigung die große Anleihe, die im Inland in einem Betrage von 6 Millionen Dollars gleich 30 Millionen Goldkronen aufgelegt wird. Die Zeichnung wird ja aller Wahrscheinlichkeit nach mit einer gewissen Option auf die Aktien der neu zu gründenden Bank verbunden sein, mit einem Wort, es wird nicht an den Voraussetzungen fehlen, die es dem Publikum wünschenswert machen, an dieser Anleihe teilzunehmen, und hier rufe ich gleichfalls alle Teile der Bevölkerung, Stadt und Land und jede Schichte auf, an diesem Werke mitzuwirken. Wenn dieses Werk gelingt, so wird das nicht nur der Erfolg irgendwelcher einzelner Menschen sein, sondern der Erfolg, der uns das allgemeine Vertrauen, die erste Voraussetzung jedes Kredits verschafft. *(Zustimmung.)* Darum hoffe ich, daß diese Vorlage, die uns heute hier beschäftigt, Annahme finden wird und ich rechne darauf, daß die Bevölkerung zu dem Ja, das dieses hohe Haus sprechen wird, ihr Amen gern und bereitwillig sagen wird. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident **Seitz**: Ich breche die Verhandlungen ab.

Folgende Vorlagen der Bundesregierung werde ich, wenn keine Einwendung erhoben wird, sofort zuweisen, und zwar:

das Handelsübereinkommen zwischen der Republik Österreich und Polen *(1276 der Beilagen)* und

das Bundesgesetz, betreffend die Aufhebung von Preisnachlässen beim Bezuge von unveränderten Abdrucken der Katastralmappen *(1277 der Beilagen)*,

dem Ausschusse für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten;

das Bundesgesetz über die Erhöhung der Geldstrafen im Verwaltungsstrafrechte (Zweites Verwaltungsstraferhöhungsgesetz) *(1278 der Beilagen)* dem Justizausschuß.

Ich werde ferner zuweisen:

Die Anträge 1273 und 1275 der Beilagen dem Ausschusse für Land- und Forstwirtschaft;

den Antrag 1274 der Beilagen dem Ausschusse für soziale Verwaltung.

Ausschußmandate haben zurückgelegt:

Der Herr Abgeordnete Dr. Dinghofer als Mitglied des Finanz- und Budgetausschusses; der Herr Abgeordnete Clessin als Ersatzmann dieses Ausschusses.

Wenn keine Einwendung erhoben wird, werde ich die Ersatzwahl durch Abstimmung über den mir vorliegenden Wahlvorschlag sofort vornehmen. *(Nach einer Pause:)* Eine Einwendung wird nicht erhoben, ich werde daher in dieser Weise vorgehen.

Der Wahlvorschlag lautet:

für den Finanz- und Budgetausschuß als Mitglied Clessin; als Ersatzmann Dr. Hampel.

Ich ersuche die Abgeordneten, die mit diesem Wahlvorschlag einverstanden sind, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)*

Der Wahlvorschlag ist angenommen und damit die Ersatzwahl vollzogen.

Die nächste Sitzung schlage ich vor für morgen, Samstag, den 25. November, 9 Uhr früh, mit folgender Tagesordnung:

1. Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag des Abgeordneten Seitz und Genossen, betreffend eine Ergänzung des Bundesgesetzes vom 19. November 1920, B. G. Bl. Nr. 10, über die Geschäftsordnung und eine Ergänzung der Geschäftsordnung des Nationalrates.

2. Fortsetzung der heutigen Tagesordnung.

Der Verfassungsausschuß tritt jetzt, fünf Minuten nach Schluß der Hausitzung, in Abteilung I zusammen.

Wird gegen den Sitzungstag oder die Tagesordnung eine Einwendung erhoben? *(Nach einer Pause:)* Es ist nicht der Fall, es bleibt daher bei meinem Vorschlage.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 8 Uhr 50 Minuten abends.

Druck der Österreichischen Staatsdruckerei in Wien. 8066 22